Montag, 25. November 1985 – D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 274 - 48. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 30,00 bfr. Dänemark 8,75 dkr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 140 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 275,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,20 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 115 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 2,00 sfr. Spanien 150 Pts. Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Spionage: Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Holger Pfahls, hat an alle Übersiedler aus der „DDR" appelliert, sich dem Verfassungsschutz zu stellen, falls sie der Ostberliner Geheimdienst „geworben" habe. In einem Interview der „Bild"-Zeitung sagte Pfahls, man sei zwar gegen die „DDR"-Spionage nicht hilflos, aber viele der 30 000 Ostagenten kämen als Übersiedler getarnt.

Anschlag: Bei der Explosion einer Autobombe vor einem amerikanischen Kaufhaus in Frankfurt sind gestern fünf Menschen zum Teil schwer verletzt worden.

Hessen: Die Grünen lehnen den Gesetzentwurf der Landesregierung ab, der die Einspeisung privater Hörfunk- und Fernsehprogramme in Kabelnetze ermöglichen soll. Ebenso beschloß die Landesversammlung der Partei gestern in Butzbach, daß der künftige Umweltminister Joschka Fischer und die beiden Staatssekretäre Karl Kerschgens und Marita Haibach einen großen Teil ihrer Gehälter an die Partei abführen sollen.

Afghanistan: Präsident Karmal hat Mitgliedern seiner kommunistischen Partei vorgeworfen, sie seien eingebildet, korrupt und unmoralisch. In einer in Islamabad abgehörten Sendung von Radio Kabul hieß es, sie hätten öffentliches Eigentum gestohlen, Bestechungsgelder angenommen und Vetternwirtschaft betrieben.

Türkei: Nach fast zweijährigen Vorbereitungen hat Rahsan Ecevit, die Frau des früheren Ministerpräsidenten Bülent Ecevit, die Gründung einer neuen Partei unter dem Namen „Demokratische Linkspartei" am Wochenende in Ankara bekanntgegeben. Frau Ecevit wurde zur Vorsitzenden gewählt.

UdSSR: Das Zentralkomitee der KPdSU wird sich möglicherweise heute zu einer Plenarsitzung in Moskau versammeln. Dabei dürfte Parteichef Gorbatschow den mehr als 300 ZK-Mitgliedern über seine Genfer Gespräche mit US-Präsident Reagan berichten. Auf den vergangenen Sitzungen waren jeweils wichtige Beschlüsse über personelle Veränderungen gefaßt worden.

ZITAT DES TAGES



» Es heißt dann oft: In Bayern gehen die Uhren eben anders. Das stimmt, aber bei uns gehen sie richtig «

Franz Josef Strauß, bayerischer Ministerpräsident und CSU-Chef, an die Verantwortlichen in Bonn, die die Mahnungen und Ratschläge aus München des öfteren als Störmanöver bezeichnen (S. 4)
FOTO: TEUTOPRESS

WIRTSCHAFT

Steuerlast: Nur durch eine umfassende Reform der Unternehmensbesteuerung kann die Attraktivität der Bundesrepublik Deutschland als Unternehmensstandort gesichert werden. BDI-Präsident Hans Joachim Langmann bezeichnete in einem WELT-Gespräch die hohe Steuerlast als einen zunehmenden Wettbewerbsnachteil für die deutsche Industrie. (S. 9)

Benzin: Der Preis für Dieselkraftstoff an den Tankstellen schickt sich an, den für Normalbenzin zu übersteigen. Bereits jetzt kostet Diesel auf dem Spotmarkt in Rotterdam etwa zehn Pfennig je Liter mehr als Normalbenzin. (S. 9)

US-Preise: Die 1985 in Amerika erreichte relative Preisstabilität ist nicht mehr zu überbieten, heißt es in Expertenkreisen. Für das Gesamtjahr wird die Teuerungsrate voraussichtlich 3,5 Prozent betragen gegenüber 3,8 bis vier Prozent seit 1982. Die Teuerung hat sich im Oktober etwas beschleunigt. (S. 9)

Tempolimit: Die Ergebnisse des Großversuchs in der Bundesrepublik Deutschland werden die EG-Kommission nicht davon abhalten, den Mitgliedsstaaten eine Geschwindigkeitsbegrenzung für Kraftfahrzeuge vorzuschlagen. Die Hoffnungen auf eine Realisierung sind aber gering. (S. 9)

KULTUR

Theater: In den Münchner Kammerspielen brachte Herbert Achternbusch in eigener Regie acht der zehn Bilder seines neuesten Stücks „Weg" auf die Bühne. Das Publikum zeigte sich nach der Uraufführung am Freitag gespalten: Neben den Achternbusch-Anhängern verschafften sich auch die Buhrufer Gehör. (S. 15)

Kempff: Vor fünf Jahren hatte er sich in Paris vom Podium zurückgezogen, heute begeht der Doyen der deutschen Pianisten seinen 90. Geburtstag. In Wilhelm Kempff verehrt und feiert die Welt immer noch einen Künstler, dessen musikalisches Deutschtum nie in Deutschtümelei ausartete. (S. 15)

SPORT

Boxen: Der 37 Jahre alte Peter Hussing wurde in Mainz zum 16. Mal deutscher Schwergewichts-Meister der Amateure. Der Altersregelung wegen muß Hussing zum Ende des Jahres seine Laufbahn beenden. (S. 13)

Handball: Nach dem 21:19 (9:6)-Sieg über Rekord-Weltmeister Rumänien erreichte das deutsche Nationalteam den dritten Platz beim Supercup, dem bedeutendsten Turnier nach der Weltmeisterschaft. (S. 14)

AUS ALLER WELT

Bhagwan: Nach der Rückkehr des Sektenführers nach Indien zeigen sich in Rajneeshpuram im US-Bundesstaat Oregon erste Auflösungserscheinungen. Das 1981 von Bhagwan gegründete Dorf, zu dem landwirtschaftliche Nutzflächen, Hotels, ein Lehrzentrum und ein Supermarkt gehören, steht zum Verkauf. Täglich reisen 30 bis 40 Jünger ab. (S. 16)

Zugunglück: In der „DDR" sind am Wochenende beim Zusammenstoß von zwei Güterzügen drei Menschen ums Leben gekommen, 19 wurden verletzt. Das Unglück ereignete sich auf der Strecke Neubrandenburg–Friedland. (S. 16)

Wetter: Bewölkt, zeitweise Schneefall. Minus 4 bis 0 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Schnee und Glatteis behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser für mögliche Verzögerungen bei der Zustellung um Verständnis.

Beim Thema Abtreibung ist die Union noch gespalten

Strauß: Keine Mehrheit für politische Lösung / Kohl verweist auf Hilfen

lz/gba. München/Osnabrück

In der Union ist die Diskussion über die Abtreibung und ihre Finanzierung durch die Krankenkassen wieder aufgebrochen. Während die CSU erneut für eine Gesetzesinitiative *zur strengeren Handhabung der* gegenwärtigen Praxis eintrat und in dieser Forderung vom Zentralkomitee der Deutschen Katholiken unterstützt wurde, äußerte sich Bundeskanzler Helmut Kohl ablehnend gegenüber einer solchen Gesetzesnovellierung.

Die von der CSU geforderte Änderung der Abtreibung auf Krankenschein wird zu einer ernsten Belastung für die Regierungskoalition, nachdem am Wochenende auf dem *CSU-Parteitag in München deutlich* wurde, daß die Basis der CSU nicht länger gewillt ist, die bisherige Praxis hinzunehmen. Mehrere Delegierte bekundeten, hier stünde die Glaubwürdigkeit der Partei auf dem Spiel. Parteichef Franz Josef Strauß und der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Theo Waigel, konnten nur mit Mühe einen Parteitagsbeschluß verhindern, durch den die bayerische Staatsregierung zu einer Verfassungsklage in Karlsruhe aufgefordert worden wäre.

Zeit gewannen Strauß und Waigel mit dem Hinweis auf einen neuen Entschließungsentwurf, den Strauß am heutigen Montag dem monatlichen Jour fixe mit den CSU-Bundesministern in der Münchner Staatskanzlei beraten wird und von dem die CSU-Spitze hofft, er sei für die CDU-Ministerpräsidenten soweit akzeptabel, daß sie ihm im Bundesrat zustimmen werden.

Kern der Entschließung ist, das ungeborene und geborene Leben gleichermaßen unter Schutz zu stellen

SEITE 2:
Kohls Diskussionstag

und den, wie Waigel formulierte, eklatanten *Mißbrauch der sozialen Indikation* zu unterbinden. Danach soll der Arzt die Notwendigkeit einer sozialen Indikation gründlich und schriftlich begründen, die Beratungsstellen müßten verpflichtet werden, zu Gunsten und nicht – wie in vielen Fällen – zu Ungunsten des Kindes zu beraten und die personelle Verbindung zwischen Beratung und Indikation müsse unterbunden werden.

Strauß machte ebenso wie Bundeskanzler Helmut Kohl auf dem Deutschlandtag der Jungen Union allerdings darauf aufmerksam, daß es sich hier um einen Trennungsstrich handelt, der mitten durch die CDU gehe. Jede andere Aussage wäre gegenüber der FDP unfair. Man könne ihr nicht die Schuld geben, denn man benötigte ihre Stimme nicht, wenn CDU und CSU in dieser Frage geschlossen wären. Nochmals betonte Strauß, hier sei die Bundesregierung gefordert und dürfe die Verantwortung nicht auf die Länder abwälzen. Bayern würde aber eine Klage der Regierung vor dem Bundesverfassungsgericht unterstützen und ihr beitreten.

Auch Bundeskanzler Helmut Kohl sieht derzeit keine Möglichkeit, den Abtreibungsparagraphen 218 zu ändern. *Auf dem Deutschlandtag der* Jungen Union in Osnabrück, bei dem dieses Thema gestern mehrere Stunden lang kontrovers diskutiert wurde, sagte der Kanzler zu Forderungen aus der Nachwuchsorganisation nach Änderung des Gesetzestextes: „In dieser Legislaturperiode gibt es dafür keine Änderungsmehrheiten im Deutschen Bundestag."

Kohl sprach sich dagegen aus, Maximalpositionen zu beziehen, „die Fahne aufzupflanzen und dann unter-

● Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

Wertewandel

PETER GILLIES

Den Robbenbabys oder dem kranken Wald gilt der Deutschen herzbewegende Fürsorge. Die Tatsache jedoch, daß jährlich – mindestens – zweihunderttausend Kinder abgetrieben werden, löst keine entsprechenden Wallungen aus. Gegen diese öffentliche Moral, die den Wert des Lebens so feinsinnig abstuft, regt sich Widerstand im bürgerlichen Lager.

Der CDU macht dieser offensichtliche Wertewandel zu schaffen. Die wieder aufflammende Diskussion über Zulassung, Praxis und Finanzierung der Abtreibung vom Wochenende belegt dies. Jene Gruppen, die sich von Selbstverwirklichungsparolen in *die Resignation gedrängt fühlten* und verstummten, melden sich wieder zu Wort. Sie reklamieren unzweideutige moralische Vorgaben der Politik, zumal einer christlichen.

Zu begrüßen ist, daß die Diskussion im Gegensatz zu den siebziger Jahren sehr sachlich verläuft. Die Taktiker meinen, in diesem Bundestag sei (vor allem wegen des Koalitionspartners FDP) keine Mehrheit für die Änderung des Abtreibungsparagraphen zu gewinnen. Unterstützt werden sie von jenen, die bezweifeln, daß eine Verschärfung Schwangerschaftsabbrüche verhindert. Beide Argumente haben ihr (unterschiedliches) Gewicht.

Wenn jedoch rund acht Zehntel der Abbrüche mit einer meist sozialen Notlage begründet werden, stellt sich die Frage, ob die Praxis nicht zur gesetzeswidrigen Fristenlösung geführt hat. Ein sozialer *Rechtsstaat muß sich im Kern* seines Selbstverständnisses getroffen fühlen, wenn mehr als hundertfünfzigtausend Kinder aus wirtschaftlichen Gründen ungeboren bleiben.

Einiges ist geschehen und manches auf den Weg gebracht, damit junge Mütter nicht in wirtschaftliche Verlegenheit geraten. Noch wichtiger ist jedoch, den Schutz des menschlichen Lebens in die angemessene moralische Kategorie zu heben. Politiker denken an die nächsten Wahlen, Staatsmänner an die nächste Generation. Aber auch Staatsmänner (und -frauen) brauchen Wahlen nicht zu verlieren.

Flugzeugentführung: Ein Gemetzel?

Geiseln erschossen / Arabische Mubarak-Gegner werden als Attentäter vermutet

DW. Valetta/Kairo

„Ein ägyptischer Sicherheitsbeamter hatte noch auf einen der Flugzeugpiraten geschossen, doch dann wurde er selbst von den übrigen Hijackern niedergestreckt", berichtete die Ägypterin Loretana Shafik. Sie gehört zu 14 Geiseln, die gestern auf dem Flugplatz der Hauptstadt der Insel Malta aus dem entführten Flugzeug freigelassen worden waren.

In einer ägyptischen Boeing 737 kam es am Samstag abend auf dem Weg von Athen nach Kairo zu einer Schießerei, in deren Verlauf der Pilot mit Waffengewalt zur Landung in Valetta gezwungen wurde. Bei den Entführern handelt es sich angeblich um Angehörige der Undergrundorganisation „Ägyptische Revolutionäre", die von Staatspräsident Mubarak einen kompromißlosen Kampf gegen Israel verlangen.

Bis gestern abend kamen bei dem Terrorunternehmen *mindestens* sieben Menschen ums Leben, neun wurden verletzt. Die Geiselnehmer drohten, jede weitere Stunde einen Fluggast umzubringen, falls der Jet nicht aufgetankt würde. Über die Forderungen der Luftpiraten wurde nichts bekannt. Bei dem B 737-Jet soll es sich um das von US-Militärmaschinen über dem Mittelmeer abgefangene Flugzeug handeln. Es wurde zur Landung auf einem US-Luftwaffenstützpunkt auf Sizilien gezwungen. Seine Insassen, die Entführer des italienischen Kreuzfahrtschiffes „Achille Lauro", waren in italienische Haft gekommen.

Nach Angaben der freigelassenen Geiseln soll es sich bei den Flugzeugentführern um drei junge, mit Revolvern und Handgranaten ausgerüstete Männer handeln, deren Namen den Athener Behörden inzwischen bekannt sind. Unterdessen verhandelten der Ministerpräsident Maltas, Carmelo Mifsud Bonnici, und sein Außenminister Alex Sceberras Trigo*na über Funk mit* den Terroristen.

An Bord der Maschine befinden sich gestern abend noch mehr als 80 Passagiere, unter anderem drei Amerikaner und zwei Israelis.

Im Gegensatz zu Angaben aus diplomatischen Kreisen vermuten die Behörden in Athen, daß die Entführer über den Transitraum des Flughafens in die Maschine gelangt seien, nachdem sie aus anderen Orten eingeflogen waren. Die Athener Flughafenverwaltung traf bis gestern abend keine zusätzlichen Sicherheitsvorkehrungen.

Der ägyptische Krisenstab unter der Leitung von Staatspräsident Hosni Mubarak entsandte gestern ein Elitekommando der Armee nach Valetta. Die Geiselnehmer drohten jedoch, das Flugzeug sofort in die Luft zu sprengen, falls es gestürmt würde. Ebenfalls wurden ägyptische Militäreinheiten in Richtung libysche Grenze in Marsch gesetzt, meldete Radio Kairo. In ägyptischen Regierungskreisen wird *Libyen als Drahtzieher* hinter der Entführung vermutet.

Seite 2: Ägyptens Mitschuld

Der Vatikan sucht Hilfe bei den Gläubigen

F. M. Rom

Der Haushalt des Vatikans gerät von Jahr zu Jahr mehr in die roten Zahlen. *Um das wachsende Defizit* zu decken muß zum erstenmal das vatikanische Vermögen angegriffen werden. Das berichteten Mitglieder der vom Papst eingesetzten Kardinalskommission für Finanzprobleme am Wochenende dem versammelten Kardinalskollegium in Rom. Wie offiziell mitgeteilt wurde, belief sich das vatikanische Haushaltsdefizit im Jahre 1984 auf 87,4 Millionen Mark. In diesem Jahr wird es wahrscheinlich auf fast 130 Millionen Mark ansteigen. Die Kardinäle wiesen auf die Schwierigkeit hin, die Ausgaben der Kurie ohne Beeinträchtigung der Effizienz der zentralen Kirchenbehörden zu beschneiden. Sie appellierten an die Gläubigen, dem Vatikan zu Hilfe zu kommen. Angeblich ist in diesem Jahr das Aufkommen des „Peterspfennigs" gesunken.

Krenz endgültig Kronprinz von Erich Honecker?

ms. Bonn

Mit der Entfernung des Ost-Berliner SED-Bezirkschefs Konrad Naumann aus dem Politbüro ist nach Einschätzung zuständiger Regierungskreise in Bonn eine Art Vorentscheidung über die Nachfolge von SED-Generalsekretär Erich Honecker zugunsten des Politbüromitgliedes Egon Krenz gefallen. Mit dieser Entscheidung, so hieß es, sei ein Machtkampf zwischen Naumann und Krenz entschieden worden.

Allerdings habe, wenn es um die Nachfolge Honeckers gehe, auch der für die Landwirtschaft zuständige Sekretär des Zentralkomitees Werner Felfe noch gewisse Chancen. Felfe wird demnächst die Bundesrepublik Deutschland besuchen. Die Einladung hat nach Absprache mit den entsprechenden Bundesministerien die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft ausgesprochen. Felfe wird bei dieser Gelegenheit auch von Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble empfangen.

Neben Naumann hatte auch Herbert Häber seinen Sitz im SED-Politbüro verloren. Häber hatte die Beziehungen zu Politikern in Bonn unterhalten und war häufiger Gast auch bei dem stellvertretenden CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Volker Rühe.

Nach den der Bundesregierung vorliegenden Berichten ist Häber tatsächlich seit längerem schwerkrank. Ein Nachfolger für ihn sei nicht ernannt worden, was in Bonn als nachteilig empfunden wird. Im Gegensatz zu Häber sei Naumann aus machtpolitischen Überlegungen entlassen worden, außerdem habe er Alkoholprobleme gehabt und er habe die Freundin eines „prominenten Genossen ausgespannt". Dies alles sei seit längerem vorrangiger Gesprächsstoff der gehobenen SED-Funktionäre gewesen.

Seite 4: Kenner Bonns verloren

Bonn: Elbmitte ist nicht die Grenze

Zusätzliche „DDR"-Dokumente widerlegen nicht die westdeutsche Position / „Ohne Aussagekraft"

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Bundesregierung ist auch nach der Übermittlung weiterer Schriftstücke aus der *„DDR" der* Rechtsauffassung, daß der Grenzverlauf an der Elbe am Nord-Ost-Ufer und nicht, wie es Ost-Berlin seit langem fordert, in der Mitte des Flusses zu sehen ist. Im Bundesinnenministerium, dem die fachliche Beurteilung zusteht, hieß es gestern, von einer Positionsveränderung könne überhaupt nicht die Rede sein. Wer etwas anderes behaupte, lasse sich als Sprachrohr der „DDR"-Interessen mißbrauchen.

Tatsache sei, daß die Vertreter der „DDR" in der deutsch-deutschen Grenzkommission im September 26 weitere „sogenannte Dokumente" übergeben hätten. Es handele sich dabei ausschließlich um Kopien, deren Echtheit allerdings nicht bestritten werde. *Auch* seien bei diesen Beratungen Karten aufgelegt, aber nicht übergeben worden. Die Schriftstücke seien nach dem Prüfungsergebnis „ohne Aussagekraft", keinesfalls jedoch geeignet, den Rechtsstandpunkt der „DDR" zu unterstützen. Vielmehr seien darin Formulie*rungen enthalten, die eher die Auffas*sung der Bundesregierung bekräftigten. So werde darin einmal von der „Grenze an der Elbe" (nicht auf der Elbe), von der „sowjetischen Seite der Elbe" und auch einmal davon gesprochen, die Sowjets sollten nicht aggressiv reagieren, wenn jemand „in die Nähe des Ufers" kommen sollte. In diesen Schriftstücken gebe es „keinen Hinweis" darauf, daß in der Elbe-Mitte der Grenzverlauf zu sehen sei, hieß es im Bundesinnenministerium.

Experten der Bundesregierung hätten in jüngster Zeit auch in London eine Fülle von Dokumenten eingesehen. Die britische Regierung wolle selbst öffentlich keine Position beziehen, aber sie habe ihre Unterlagen der Bundesregierung zur Verfügung gestellt. Bei der Sichtung dieser Schriftstücke habe sich die Bundesregierung in ihrer Rechtsposition bestärkt gefühlt. Auch in London habe es keinen Hinweis auf die Strommitte gegeben.

Als einen „alten Hut" nannte das Bundesinnenministerium überdies einen Bericht des „Spiegel", wonach SED-Generalsekretär Honecker vor zwei Monaten dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt angeboten habe, im Gegenzug für ein Elbe-Abkommen im Sinne der „DDR" über Fischerei-Rechte für die Bundesrepublik in Ostsee-Gewässern, die sich die „DDR" zurechnet, zu verhandeln. Dies sei absolut nichts Neues, sondern liege als „Angebot" Ost-Berlins seit langem auf den Tisch. Mit geringfügigen Konzessionen dieser Art wolle die „DDR" Statusveränderungen erreichen. Die Bundesregierung hingegen lege Wert darauf, daß lediglich die „Grenzfeststellung" in ihre *Kompetenz falle, nicht jedoch* die „Grenzfestlegung". Die „DDR" wolle letzteres, um sich als „souveräner Staat" herauszustellen.

Seite 2: Ostelbisches

Der Nachfolger Khomeinis ernannt

DW. Nikosia

In Iran ist die Entscheidung über die Nachfolge des 86jährigen Ayatollahs Ruhollah Khomeini als oberster religiöser Führer des Landes gefallen. Wie die Nachrichtenagentur IRNA meldete, wählte der Rat der Revolutionswächter den 63jährigen Ayatollah Hussein Ali Montaseri zum Nachfolger Khomeinis im Falle von dessen Tod. Im Kampfe gegen die Schahherrschaft half Montaseri 1963 Khomeini bei einem Aufstand in Ghom. Er wurde inhaftiert und gefoltert, kam später jedoch auf Druck der Öffentlichkeit frei. Als Khomeini ins Exil ging wurde er 1968 Khomeinis persönlicher Vertreter in Iran. Nach dem Umsturz wurde er Freitagsprediger in Teheran.

Seite 2: Khomeinis Willen

Hollands „Mata Hari" für Ost-Berlin?

HELMUT HETZEL, Amsterdam

Eine neue Spionageaffäre zeichnet sich in den Niederlanden ab. Verdächtigt und bereits verhaftet wurde in der vergangenen Woche in Amsterdam eine 42jährige Frau, die als Sekretärin bei dem international angesehenen Patentbüro Los & Stigter arbeitete und im Rahmen ihrer Tätigkeit regelmäßig mit Patentanfragen *in- und ausländischer Firmen zu tun* und so Zugang zu neuesten technologischen Entwicklungen auf zahlreichen Forschungsgebieten hatte.

Bei einer Hausdurchsuchung in einer Amsterdamer Privatwohnung, zu der die Sekretärin Zugang gehabt haben soll, wurden die niederländischen Sicherheitsbeamten am Freitag fündig. Wie der die Ermittlungen leitende Staatsanwalt H. Wooldrik bestätigte, wurden dort in einem Safe streng geheime Unterlagen gefunden, die für das niederländische Militär von „größter Bedeutung" sein sollen. Unbeantwortet ließ Wooldrik jedoch die Frage, ob diese Aufzeichnungen darüber hinaus auch für die NATO von wesentlicher Bedeutung sind. Die Ermittlungen seien noch nicht abgeschlossen, hieß es dazu. Bestätigt wurde in diesem Zusammenhang allerdings, daß die Frau „für den Ostblock" tätig gewesen ist und bereits seit geraumer Zeit vom hiesigen Militärischen Abschirmdienst (MID) observiert worden ist. Dabei kristalliert sich immer mehr heraus, daß das Ostblockland, für das die 42jährige ihre Spionagedienste verrichtete, die „DDR" ist.

Von einer Amsterdamer Zeitung wird die Frau gar schon als „eine neue Mata Hari" beschrieben. Diesem Bericht zufolge war die Sekretärin nicht nur Mitglied in der Kommunistischen Partei der Niederlande (CPN), sondern auch in einer in Holland bisher gänzlich unbekannten Freundschaftsvereinigung „Niederlande–DDR" sehr aktiv.

Obwohl das ganze Ausmaß der Affäre noch nicht absehbar ist, wird in verschiedenen niederländischen Zeitungsberichten übereinstimmend von einem „dicken Fisch" und einer „wichtigen Spionin" gesprochen. Auch die Tatsache, daß die Frau vom MID noch immer an einem geheimgehaltenen Ort in den Niederlanden verhört wird, deutet darauf hin, daß sie für die östliche Rüstungsindustrie äußerst wichtige illegale Technologietransferdienste verrichtete. Dabei soll es auch ums Know-how von nicht niederländischen Firmen gehen, die bei dem Amsterdamer Büro Patente für den holländischen Markt beantragt hatten.

So wird es in Amsterdam auch für möglich gehalten, daß in Kürze weitere Verhaftungen folgen könnten. Erst vor einigen Tagen wies der holländische Innenminister Rietkerk in einer Rede vor dem Parlament darauf hin, daß die ihm unterstellten Abschirmdienste über gesicherte Erkenntnisse verfügten, wonach die Spionagetätigkeit östlicher Agenten in Holland in den letzten Jahren erheblich zugenommen habe.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Kohls Diskussionstag

Von Günther Bading

Der Deutschlandtag der Jungen Union kann als Erfolg der politischen Arbeit der Nachwuchsorganisation von CDU und CSU gewertet werden. Man hatte sich drei schwierige Themen vorgenommen. Und man hat sie in positivem Sinne bewältigt, ja, mit der Entschließung über die Zukunftsgestaltung im Zeichen raschen technischen Wandels hat man sogar über die Diskussion in der Mutterpartei hinausgedacht. Und niemand wird wohl allzugroßen Anstoß daran nehmen, daß die jugendlichen Delegierten dem von ihnen so genannten „Eiertanz“ um den Paragraphen 218 ein Ende durch eine Gesetzesänderung machen wollen. Zwar hatte der Kanzler dem Kongreß gesagt, daß es dafür keine Mehrheiten im Bundestag gebe – aber es ist das unbestrittene Vorrecht der Jugend, auch angeblich nicht „machbare“ Forderungen zu stellen.

Das dritte im Vorfeld als schwierig bezeichnete Thema des Deutschlandtages war die Sparte „Kritik an der Bundesregierung“. Da hatte man „sehr harte Fragen“ an den Kanzler angekündigt, der sich den ganzen Samstagvormittag Zeit für die Diskussion mit dem Parteinachwuchs genommen hatte. Und die kritische Rede, die der mit beachtlichen 91 Stimmenprozenten im Amt bestätigte Vorsitzende Böhr zur Eröffnung hielt, ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Da wurde – wie am nächsten Tag auch bei der CSU in München – das Machtwort des Kanzlers gegenüber dem auf Profil um jeden Preis bedachten Außenminister eingefordert. Und da wurden von Böhr „Fehler, Pannen und Versäumnisse“ der Regierung in Erinnerung gerufen, die so mancher Delegierte in Strom des optimistischen Wir-Gefühls gern vergessen hätte.

Die Rechnung Böhrs ging auf. Seine Kritik schürte keine Anti-Kohl-Stimmung, sondern sie wirkte als Ventil für da und dort in den Landesverbänden aufgestauten Verdruß. Und Helmut Kohl, der immer dann am überzeugendsten spricht, wenn er, ohne Manuskript, mit Delegierten von Parteigremien diskutiert, nutzte die Stunde. Wie zuvor bei der Frauenvereinigung in Bonn, dann bei den Sozialausschüssen in Saarbrücken, so schaffte er es auch in Osnabrück, eine kritische Grundhaltung in Zustimmung, ja sogar in Begeisterung umzukehren.

Ostelbisches

Von Enno v. Loewenstern

Für die sowjetische Politik gibt es, was Territorialfragen in Europa betrifft, zwei eherne Grundsätze. Erstens: Die Nachkriegsgrenzen sind unveränderlich. Zweitens: die Elbgrenze muß verändert werden.

Wer darin einen Widerspruch sieht, kennt die Dialektik des dialektischen Materialismus nicht. Sie besagt, daß das, was schon vom historischen Fortschritt besetzt ist, ihm erhalten bleiben muß, daß alle übrigen Gebiete aber dem Fortschritt zugänglich bleiben müssen. So marschiert eine eigene Gruppe für „Berlin-West“ in ein Moskauer Stadion ein. Davon wird das freie Berlin gewiß nicht zur „selbständigen politischen Einheit“ und damit zum dritten deutschen Staat, der anschließend vom zweiten geschluckt wird. Aber immerhin, eine Juso-Gruppe aus der Bundesrepublik Deutschland konnte in den Casus verwickelt werden; sie hat herumgemault, aber sie hat sich am Ende unter die Demütigung geduckt.

Ein anderer Reisender aus dem freien Deutschland forderte vor wenigen Tagen in Berlin-Ost die Anerkennung einer „DDR-Staatsbürgerschaft“, was ebenfalls aus Berlin eine eigene Einheit mit eigener Staatsbürgerschaft machen würde. Erst unter Druck seiner Partei lenkte er ein. Und jetzt findet sich ein sogenanntes Nachrichtenmagazin, das die Nicht-Nachricht transportiert, „Bonner Fachleute“ seien „beeindruckt“ von jetzt plötzlich aufgetauchten sowjetischen Dokumenten, wonach „die östliche Flußhälfte zur damaligen sowjetischen Besatzungszone gehörte.“

So macht man Geschichte aus Mosaiksteinchen, wenn die anderen sich nur von Gesten und Gerüchten allmählich ermüden lassen und um der lieben Friedenssicherung schließlich einlenken. Warum auch nicht, es geht ja nur um ein paar Quadratkilometer Wasser, und überhaupt, hat uns nicht ein Großer des westöstlichen Diwangeplauders vor dem „Formelkram“ gewarnt? Unglücklicherweise vergaß das eifrige Blatt, Einzelheiten aus den spätberufenen Sowjetpapieren zu zitieren. Sonst hätten die erstaunten Leser erfahren, daß von einer Grenze „an der Elbe“ (nicht: „auf“ der Elbe) die Rede ist. Und an der Elbe bleibt sie, damit hier nichts in Fluß kommt.

Einigung über Ulster

Von Reiner Gatermann

Margaret Thatcher und ihr irischer Kollege Garret FitzGerald haben mit der Unterzeichnung des Ulster-Abkommens staatsmännische Größe bewiesen. Dem Taoiseach (Regierungschef) aus Dublin muß es positiv angerechnet werden, daß er nicht aufgab nach der undiplomatischen Abfuhr, die ihm Frau Thatcher vor einem Jahr erteilte. Damals fegte sie bei einem anglo-irischen „Gipfel“ Expertenvorschläge zur Lösung des Nordirlandproblems rigoros vom Tisch.

Frau Thatchers Größe zeigte sich darin, daß sie sich hinter eine Vereinbarung stellt, die den Interessen von Kräften zuwiderläuft, die ihr politisch nahestehen. Aber sie hat richtig erkannt, daß die Ulster-Unionisten mehr auf die Erhaltung ihrer eigenen Macht denn auf ein gleichberechtigtes Bürger- und gutes staatliches Nachbarschaftsverhältnis aus sind.

So verwerflich der Terror der katholischen IRA ist, mit dem sie die Wiedervereinigung Irlands erreichen will – auch die protestantischen Unionisten schrecken vor Gewalt nicht zurück. Daß diese noch nicht Ausmaß und Rücksichtslosigkeit der IRA-Handlungen erreicht hat, liegt vor allem daran, daß die Unionisten auch ohne Schußwaffe und Sprengstoff die Provinz lahmlegen können. Das zeigten sie 1974, als London in Ulster die politische Gewaltenteilung zwischen Katholiken und Protestanten einführen wollte. Ein zweiwöchiger Generalstreik verhinderte dies.

Wahrscheinlich ist das Klima für die Beilegung des Nordirland-Konflikts jetzt günstiger als je zuvor, trotz der offenbar kompromißlosen Halsstarrigkeit der rivalisierenden Gruppen. In Dublin ist man seit langem der Ansicht, daß Frau Thatcher im Gegensatz zu vielen ihrer Vorgänger Willen und Durchsetzungsvermögen für eine Veränderung hat. Sie weiß für den von ihr eingeschlagenen Weg eine beachtliche Parlamentsmehrheit hinter sich, auch innerhalb der Opposition; zudem werden die Briten des Ulster-Problems überdrüssig – und schließlich winkt wirtschaftliche Hilfe sowohl von den USA als auch von der EG, falls der Konflikt beigelegt wird.

Woran es bisher noch mangelt, sind Einsicht und Kompromißbereitschaft der politischen Extremisten in Ulster.



MACNELLY/CHICAGO TRIBUNE

Freiheit West und Ost

Von Carl Gustaf Ströhm

Das „Kulturforum“ der KSZE in Budapest, das am heutigen Montag nach mehrwöchigen Sitzungen zu Ende geht, hat die Frage nicht beantwortet, ob es zwischen Kommunismus und pluralistischer Demokratie überhaupt einen gemeinsamen Kulturbegriff geben kann.

Die Kluft ist vom stellvertretenden Moskauer Delegationschef in Budapest, Juri Kiritschenko, in einem Interview der ungarischen Parteizeitung „Nepszabadsag“ bloßgelegt worden. Der sowjetische Vertreter faßte den Standpunkt Moskaus mit folgenden Worten zusammen: „Manche im Westen legen diese Freiheit als ein Recht des Künstlers aus, zu tun, was ihm gefällt, wobei der Staat sich völlig indifferent zur materiellen Lage jener verhält, die kulturelle Werte schaffen.“

Damit geben die Sowjets zu erkennen, daß nach ihrer Auffassung der Künstler keinesfalls das tun darf, was ihm gefällt – und daß er als Lohn für seinen System-Konformismus und seinen ideologischen Gehorsam eine Sicherung seiner materiellen Lage vom Staat (durch die ihn beherrschende Partei) erwarten darf. Das spiegelt ziemlich genau die Situation der Künstler, vor allem der Schriftsteller, in der Sowjetunion wider: Solange sie regimekonforme oder zumindest nicht regimekritische Werke publizieren, leben sie recht gut und genießen Privilegien. Werden sie einmal aus dem sowjetischen Schriftstellerverband oder anderen offiziellen Künstlerorganisationen ausgeschlossen, stehen sie materiell vor dem Nichts.

Weiter sagte der sowjetische Kultur-Delegierte: „Wir sind für die materiell wie rechtlich gesicherte, wahre schöpferische Freiheit und sind entschieden dagegen, daß die Kultur und die mächtige fachliche Potenz der Kultur in den Dienst der Propaganda von Krieg und Gewalt, Chauvinismus und Rassenhaß gestellt wird, damit sie der Unmoral, dem gegenseitigen Mißtrauen und dem Völkerhaß diene ... Unserer Überzeugung nach kann das Recht des Menschen auf Leben nicht parallel mit der sogenannten ‚freien‘ Propaganda von Chauvinismus, Gewalt und Aggression existieren.“ Schöne Worte; wer aber bestimmt, was humanistisch und fortschrittlich und was chauvinistisch oder rassistisch ist? Der Widerstandskampf der Schwarzen in Südafrika etwa ist in sowjetischer Sicht fortschrittlich und humanistisch, der Widerstandskampf der afghanischen Bevölkerung gegen die sowjetische Okkupation dagegen ist in derselben Sicht chauvinistisch, wenn nicht gar faschistisch. Was in Südafrika „Befreiungsbewegung“ genannt wird, heißt in Afghanistan „Banditen“.

Anders gesagt, was Kultur ist, bestimmt die sowjetische Parteiführung. Das ist eine Formel, mit der sich der Westen niemals einverstanden erklären kann. Nun ist aber auch das Budapester Forum eingebettet in die große Weltpolitik. Nach dem Erfolg des Genfer Gipfels zwischen Reagan und Gorbatschow (wobei nach der Dauer und der Substanz solcher Erfolge gewiß noch zu fragen sein wird) kann ein paar Tage später nicht das Budapester Kulturforum mit einem Mißerfolg enden. Also sucht man eine salvatorische Formel, mit der am Ende die Diplomaten mehr anfangen können als die Künstler selbst.

Dennoch hat Budapest einiges gezeigt, gelehrt und vielleicht sogar genutzt – trotz der absurden Idee, wochenlang hinter verschlossenen Türen unter Ausschluß der Öffentlichkeit über das Thema Kultur zu diskutieren, das wie kein anderes auf Öffentlichkeit angewiesen ist und von ihr lebt. Da war erstens der Pluralismus des Westens, der hier seine Stärke und Lebenskraft beweisen konnte. In den westlichen Delegationen – von den USA bis zur Bundesrepublik Deutschland – traten Künstler als Sprecher hervor, die zum Teil in scharfer Opposition zu ihrer jeweiligen Regierung stehen und dennoch oder gerade deswegen gesprochen haben. Das hinterließ bei den Intellektuellen des Ostens starken Eindruck. Zweitens zeigten sich im Ostblock die Delegationen der kleineren kommunistischen Staaten – einschließlich der „DDR“ und natürlich der gastgebenden Ungarn – um vieles kompromißbereiter gegenüber dem Westen als die Sowjetunion. Drittens kam auf dem Budapester Forum ein Thema zur Sprache, das in seiner brisanten Bedeutung vielen Westeuropäern nicht mehr geläufig ist: die Nationalitätenfrage.



Gastgeber des Kulturforums: Budapest im Winter FOTO: DIE WELT

Dieses Problem existiert vor allem im kommunistischen Teil Europas, hauptsächlich zwischen Ungarn und Rumänien (aber keineswegs nur dort). Das Schicksal der zwei Millionen Ungarn in Siebenbürgen lehrt, daß die nationale Frage durch den angeblich so internationalistischen Marxismus-Leninismus um nichts besser, vielmehr eher schlechter gelöst wird als vorher unter „bourgeoisen“ Regierungen.

Die ungarische Volksrepublik, die mit diesem Kulturforum zum ersten Mal eine Ost-West-Konferenz von großem politischen Kaliber als Gastgeber betreute, hat sich offensichtlich weiter als ernst zu nehmender und eigenständiger politischer Faktor international bestätigen können. Die diplomatische Taktik und auch der Takt, mit der das offizielle Budapest etwa das vieldiskutierte „Parallelsymposium“ der Dissidenten tolerierte, hat das Ansehen des Kadar-Regimes im Westen weiter gestärkt. Damit sind die geopolitischen und strategischen Voraussetzungen, unter denen Ungarn existiert, natürlich nicht außer Kraft gesetzt. Im Gegenteil: Für Ungarn und für die anderen kleineren osteuropäischen Staaten, die fast alle nach mehr Kontakt zu Westeuropa streben, hängt viel vom Kurs eines Mann namens Gorbatschow ab.

IM GESPRÄCH Andreas Thiel

Der Hexer

Von Ulla Holthoff

Irgendwie wirkt an diesem Mann alles ein wenig unverhältnismäßig. Die Schuhgröße 48 ist in Relation zur Körpergröße (190 cm) zu groß, die Arme sind zu lang, die Augen zu schwach, seine Leistungen unverhältnismäßig gut, sein Zigarettenkonsum außergewöhnlich reichlich, zumal dann, wenn man ihn an diesen Leistungen mißt. Oft steht er noch bis kurz vor dem Anpfiff mit einer Zigarette in den Gängen der Sporthallen. Doch der Handball-Torwart Andreas Thiel kann sich das leisten. Denn dieser Mann ist ein Phänomen.

Und weil ein Phänomen mit gewöhnlichem Vokabular nicht mehr zu erfassen ist, greift die Fachwelt zu Begriffen aus dem Bereich des Überirdischen. Sie nennt ihn „Hexer“ oder „Teufelskerl“ und kürt ihn zum besten Torwart der Welt.

Begründet wird der Weltruhm des 25jährigen Gummersbacher Torwarts durch seine überdurchschnittliche Erfolgsquote beim Abwehren von Siebenmeter-Strafwürfen. Darin ist er unnachahmlich, im Erfolg wie im Verhalten. Denn das Zeremoniell ist immer das gleiche: Die Schiedsrichter entscheiden auf Siebenmeter-Strafwurf. Daraufhin, so scheint es, will Thiel jedesmal empört protestieren. Doch im nächsten Moment, so als habe er urplötzlich erkannt, daß Proteste keinen Erfolg haben, fügt er sich in die Entscheidung. Sein Körper erschlafft, die Arme schlenkern, als gehörten sie nicht zu ihm, der Gang wird lässig, der Gesichtsausdruck wird ironisch. Die Augen unter den buschigen Augenbrauen grinsen den Werfer spöttisch an, unter dem dichten Schnäuzer umspielt ein Lächeln die Lippen. Stets erweckt Thiel den Eindruck eines Mannes, der weiß, daß er nichts zu verlieren hat: Er wirkt gleichgültig, überlegen, unergründlich. Und das verunsichert die Gegner. Denn sie wissen, daß er im nächsten Augenblick explodieren wird und sie seine Reaktion nicht berechnen können.



Im Ernstfall ironisch schlenkernd: Thiel FOTO: LACI PERENYI

„Im Handballtor wird man populär,“ hat Andreas Thiel schon zu Beginn seiner Karriere beim VfL Gummersbach erkannt. Den Gipfel der Popularität hat Thiel längst erreicht. Doch aus seinem Ruhm Kapital zu schlagen liegt ihm fern. Bereits vor zwei Jahren hat er ein lukratives Angebot abgelehnt, das ihm 70 000 Mark Gage pro Saison garantierte. Thiel zog es vor, in Gummersbach zu bleiben. Begründung: „Wenn ich mit dem Europapokal in der Hand eine Ehrenrunde in der Dortmunder Westfalenhalle drehe, bedeutet das für mich mehr als Geld.“

Diese Meinung vertritt er, wie er überhaupt stets seine Meinung vertritt, mit Vehemenz. Das deckt sich mit seiner hervorgehobenen Position auf dem Spielfeld. Als Torwart ist er stets auf sich allein gestellt, muß den Kopf hinhalten für die Fehler seiner Vorderleute. Daraus hat sich ein ausgeprägter Gerechtigkeitssinn entwickelt, der auch seine Zukunftsgedanken beeinflußt. Denn der Jurastudent Thiel will später beruflich als Rechtsanwalt und sportlich als Schiedsrichter für mehr Gerechtigkeit sorgen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WESER-KURIER

Das Bremer Blatt analysiert das Gutachten:

Bundeskanzler Helmut Kohl – obwohl er fast immer strahlt – hatte gestern einen triftigen Grund zur Freude. Was ihm die „Fünf Weisen“ mit ihrem Jahresgutachten vorlegten, war eine nachdrückliche Bestätigung seines Wende-Versprechens „Wir schaffen den Aufschwung“. 500 000 neue Arbeitsplätze in den Jahren 1985 und 1986 zusammen soll ein von der SPD und von den alternativen Wirtschaftswissenschaftlern gefordertes Beschäftigungsprogramm erst einmal auf die Beine bringen.

WESTFALEN-BLATT

Das Bielefelder Blatt kommentiert die Inflationsrate im Zusammenhang mit dem Wirtschaftsgutachten:

Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik ist ein Aufschwung mit derart niedrigen Preissteigerungsraten verlaufen wie jetzt. Die Analyse zeigt einmal mehr sehr klar, daß sogenannte Beschäftigungsprogramme die Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht dauerhaft bessern können.

The Washington Post

Sie befaßt sich mit der Verschuldung Lateinamerikas:

In dem langen und harten Kampf, wie die Schulden Lateinamerikas unter Kontrolle gebracht werden können, fällt der schwierigste Teil dieser Bemühungen notwendigerweise den lateinamerikanischen Ländern selbst zu. Sparsamkeit allein genügt nicht. Sie werden einige schlechte Angewohnheiten ändern müssen, die sich in ihren politischen Systemen eingebürgert haben ...

LIBERATION

Das Pariser Blatt schreibt zur Verurteilung der französischen Geheimdienstoffiziere in Neuseeland zu je zehn Jahren Haft:

Der Appell der französischen Behörden, der wenige Stunden vor dem Urteil von François Mitterrand wiederholt wurde, zu berücksichtigen, daß die beiden Angeklagten „auf Befehl“ gehandelt hätten, konnte von dem Chief Justice natürlich nicht berücksichtigt werden. Wenn die französische Regierung wirklich gewollt hätte, daß der Richter ihre Soldaten für nicht verantwortlich für ihre Tat erklärt, hätte sie nur den oder die wahren Schuldigen nach Auckland schicken müssen, damit diese an deren Stelle verurteilt würden.

THE SUNDAY TELEGRAPH

Die britische Sonntagszeitung nimmt zu der Rückzugsdrohung Großbritanniens aus der Unesco Stellung:

Es ist unfair, wenn der frühere britische Premierminister Heath der Regierung „einen häßlichen und engstirnigen Nationalismus“ vorwirft ... Die Behauptung, daß eine Rückzugsdrohung nationale Arroganz zeigt, läßt sich nur schwer belegen. Die Unesco wird in einem stärkeren Umfange von den Drittweltländern als Forum für eine antiwestliche Propaganda benutzt. Die Verwaltung in Paris ist außerordentlich stark überbesetzt. Man könnte argumentieren, daß das nationale Interesse Großbritanniens besser durch einen Reformversuch von innen gewahrt werden kann. Das hat man aber mit nur wenig Erfolg in diesem Jahr versucht.

Ägyptens Mitschuld an der Entwicklung des Terrors

Wo Zeitungen hetzen und die Regierung schwach ist / Von Peter M. Ranke

Im Kairoer Vorort Meadi wurde der dreißigjährige israelische Diplomat Albert Atrakchi am 20. August dieses Jahres in seinem Wagen erschossen. Seine Frau Ilana und die Botschaftssekretärin Mazal Menache wurden verletzt. Der ägyptische Ministerpräsident sandte an die Familie, die aus Irak in Israel eingewandert war, ein Beileidsschreiben. Die Presse in Kairo verschwieg jedoch, daß zehn Monate vorher schon der israelische Botschaftsangestellte Zvi Kedar angeschossen worden war.

Die Täter konnten jedesmal entkommen. In Enthüllungsbriefen bezeichneten sie sich als „Ägyptens Revolutionäre“, die den Krieg gegen Israel „und seine amerikanischen Hintermänner“ fortsetzen wollen. „Die israelische Fahne entehrt unser Land“, schrieben sie. Es sind dieselben Terroristen, die am Samstag abend die Boeing 737 der „Egypt Air“ nach Malta entführten und mehrere Passagiere sowie einen Sicherheitsbeamten ermordet haben. Ob es sich bei den Tätern um Ägypter oder andere Araber handelt, ist noch unbekannt.

Es ist auffällig, daß die Mörder bisher nicht in dem sonst durchaus engmaschigen Netz der ägyptischen Polizei-Überwachung hängengeblieben sind. Sie haben zudem offenbar auch gute Beziehungen ins Ausland. Sie scheinen sogar darauf zu vertrauen, daß sie Mithelfer in ihrem Terrorkrieg gegen Israelis und Amerikaner haben, in Ägypten oder im Ausland. Schon durch den Israel-feindlichen Tenor der ägyptischen Presse könnten sie sich ermutigt fühlen, oder auch durch Unterlassungen der ägyptischen Staatsgewalt.

Nach dem Mord an Atrakchi warfen israelische Minister der ägyptischen Presse vor, mit feindseliger und aggressiver Berichterstattung den Nährboden für das Attentat geschaffen zu haben. Tatsächlich wurde das „akademische Zentrum“ der Israelis am Nil als Vorposten des israelischen Geheimdienstes Mossad bezeichnet. Der feige Mord an drei israelischen Seglern in Larnaca durch Palästinenser Ende September wurde entweder verschwiegen oder als „Operation“ gegen den Mossad gefeiert.

Bei der Berichterstattung über den Mord an sieben Israelis auf dem Sinai bei Ras Burka am 5. Oktober verschwieg die Presse, daß der schießwütige ägyptische Soldat keineswegs geisteskrank ist und daß fünf der Verwundeten zu retten gewesen wären, daß Ärzte aber nicht helfen durften und die Opfer deshalb verbluteten. Zu einer Entschuldigung sah sich die ägyptische Regierung erst veranlaßt, nachdem der Soldat, der aus islamischen Fanatismus gehandelt hatte, vor ein geheimes Militärtribunal gestellt worden war. Die offiziöse Zeitung „Al Ahram“ behauptete gar, die israelische Armee verwende bei gefangenen libanesischen Partisanen Verbrennungsöfen, die sie von den Nazis übernommen hätten.

Das Klima von Haß und Feindschaft, das zur Zeit in Kairo gegenüber Israel herrscht und das seit dem Schulterschluß zwischen Präsident Mubarak und PLO-Chef Arafat nach der Kaperung der „Achille Lauro“ auch von Regierungsseite geduldet, wenn nicht gefördert wird, erinnert an die Ära Nasser. Wie die „Ägyptischen Revolutionäre“ fordern die linken und die rechten Oppositionsparteien ein Ende des Friedensvertrages mit Israel, und die Presse feiert palästinensische Terroristen oder schiitische Selbstmordakteure als wahre „Freiheitskämpfer“.

Präsident Mubarak erhielt Beifall, als er nach der Kaperung der „Achille Lauro“ am 7. Oktober den Mord an dem Amerikaner herunterspielte und die Abfangaktion der Amerikaner, bei der fünf Terroristen in die Hände der Italiener fielen (die dann den Anführer Abdul Abbas laufen ließen), als schändliche Luftpiraterie kritisierte. Er hatte vorher die Auslieferung der Terroristen und ihre Verurteilung durch die PLO in Tunis angekündigt. Doch dabei wären ja nicht Mord und Schiffsentführung „verhandelt“ worden, sondern die Nichterfüllung des Terrorauftrags, im israelischen Aschdod so viele Menschen wie möglich niederzuschießen. Wußte das der Präsident wirklich nicht?

Die PLO ist heute in Kairo wieder heimisch. Laxe Haltung gegenüber Terroristen, wenn sie nur Israelis umbringen, kennzeichnet die Medien. Washington, Mitunterzeichner von Camp David, nimmt das hin, weil es Mubarak als „Verbündeten“ betrachtet, der auch von Terror bedroht ist. Der mit heimlicher Freude begrüßte Terror gegen Israel richtet sich aber nun gegen Ägypter selbst. Die Touristenflüge mit ägyptischen Maschinen dürften weniger gefragt sein. Der Versuch, die Beziehungen mit Israel abzubrechen und eine wohldosierte Stimmung für den Terror gegen Israelis und Amerikaner zu schaffen, ist erst einmal mißlungen. Die Entführung der ägyptischen Boeing und die Morde auf Malta erweisen sich als ein gigantischer Rohrkrepierer der ägyptischen Politik.

Mit seinen Vätern feiert ein ‚Glücksfall' Geburtstag

Es war eine Zeit, in der die Menschen vor Trümmern standen. Damals, vor 40 Jahren, fanden sich in Bayern die ersten auf breiter christlicher Grundlage zusammen in der CSU. Nun feierte die Partei ihre ersten vier Jahrzehnte – und 350 Mitstreiter aus der Geburtsstunde waren dabei.

Von PETER SCHMALZ

Mit seinen 67 Lenzen zählt Rudolf Birkl zu den jungen Spunden in der langen Reihe derer, die in der Münchner Bayernhalle nicht immer ohne Mühe sieben Holzstufen hinaufsteigen und droben auf dem Podium geduldig warten, bis ihnen Franz Josef Strauß mit gütigem Lächeln und festem Händedruck eine Silbermedaille und eine Urkunde überreicht, in der sich der Parteichef bedankt für die 40jährige Mitgliedschaft in der CSU.

Denn wer vier Jahrzehnte dabei ist, der darf sich zur ehrenwerten Gilde der Gründungsväter rechnen. Und die Christlich-Soziale Union hat viele Väter. Bei der Vorbereitung zur festlichen Münchner Geburtstagsfeier wurden 598 noch lebende Mitglieder aus dem Gründungsjahr ausgemacht, 350 davon fühlten sich so rüstig, daß sie die Reise in die Landeshauptstadt antraten. Der älteste von ihnen, der Niederbayer Josef Sporrer, feiert just an diesem Tag auch noch seinen ganz privaten 91. Geburtstag.

Wie gesagt, Rudolf Birkl ist darunter eigentlich ein junger Hüpfer, aber die Rührung macht ihm dann doch feuchte Augen, als Generalsekretär Gerold Tandler seinen Namen aufruft und Strauß seine Hand ergreift. Birkl war 27, als der Krieg zu Ende war und den größten Trümmerhaufen in der Geschichte der Menschheit hinterlassen hatte. Die zwölf Jahre zuvor hatten auch seine Familie in den Strudel der Politik gerissen: Der Vater, ein aufrechter Lehrer an der Oberrealschule in Hof, trat aus demokratischem Trotz nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten der Bayerischen Volkspartei bei und nahm damit Leid und Verfolgung auf sich. Der Rechtsanwalt Josef Müller, ein Bauernsohn aus dem Oberfränkischen, der „Ochsensepp" genannt wird, hilft ihm in diesen schweren Jahren mit juristischem Rat.

In den ersten Monaten nach dem Krieg machen sich Vater und Sohn in Hof daran, mit Gleichgesinnten einen politischen Neubeginn zu wagen. Mit Fahrrädern strampeln sie übers Land und werben für ihre Idee einer neuen bürgerlichen Partei christlicher Prägung. „Damals", sagt Strauß nun auf der Geburtstagsfeier, „waren keine Ämter und Mandate zu vergeben. Wer sich für politische Aufgaben zur Verfügung stellte, konnte nicht Glanz und Ehre erwarten, sondern Arbeit, Mühe und Sorge." Mit Gottvertrauen sei man damals in scheinbar aussichtsloser Not an den Aufbau einer menschenwürdigen Zukunft gegangen. Und rasches Handeln war gefragt: „Die Menschen mußten etwas zu essen haben, sie brauchten vor allen Dingen Arbeit und Brot. Es interessierten keine langatmigen Diskussionen – das war keine Palaver-Generation, wie wir sie später an manchen Universitäten zum Überdruß kennengelernt haben."



Parteiveteranen auf dem CSU-Kongreß: 350 Männer und Frauen der ersten Stunde kamen in die Bayernhalle.
FOTO: WINFRIED RABANUS

Und Strauß findet einen griffigen Vergleich, der in der weiten Bayernhalle lebhafte Zustimmung findet: „Heute braucht man für kleine Probleme Jahre, damals haben wir für große Probleme nur Tage gebraucht." – „Das war ja das Schöne an dieser Zeit", schwelgt Birkl in nostalgischer Erinnerung.

Die Zeiten haben sich geändert, aber mit dem Essen hat CSU-Landesgeschäftsführer Manfred Baumgärtel auch beim 49. Parteitag seine Not. Die Geburtstagsgäste müssen schließlich beköstigt werden – und das bedeutet bei der CSU zur Vorspeise Gemütlichkeit, zum Hauptgang Schweinshaxn und zum Nachtisch eine zünftige Gaudi. Aber keine der Münchner Bierburgen wäre groß genug, ein solches Menü für 2000 Gäste zu garantieren, worauf sich der Parteimanager zu dem Wagnis entschloß, die abweisend-kühle Bayernhalle mit Girlanden und Blumengebinden zum provisorischen Festsaal umzugestalten. Und an den in den Parteifarben blau, grün und weiß gedeckten Tischen wird ein Mahl aufgetragen, das im allgemeinen Irish Stew heißt, in Bayern Pichelsteiner genannt wird und sich als ein Eintopf aus 400 Kilo Kartoffeln und 500 Kilo Fleisch entpuppt. „Fabelhaft leicht zu servieren", schwärmt Baumgärtel. „Eine Zumutung", mault dagegen ein prominentes Parteimitglied und schiebt den Teller indigniert von sich.

Aber was soll das Mäkeln über das Leibliche, wenn der Hauch der Geschichte durch die Halle weht. Wenn die Erinnerung wachgerufen wird an die Wochen, als überall im bayerischen Land eine Bewegung sich zu einer Organisation formierte, deren Gründung Strauß einen „Glücksfall in der Geschichte der Bundesrepublik" nennt und die zur erfolgreichsten Partei der freien deutschen Nachkriegsgeschichte wird. „Keine Partei in der Bundesrepublik", sagt Generalsekretär Gerold Tandler, „hat eine Organisationsdichte wie die CSU. Wir sind, bezogen auf Fläche und Einwohnerzahl, die stärkste Partei." Im Foyer der Bayernhalle präsentiert sich dieses politische Kraftpaket in einer Wanderausstellung selbstbewußt. „Bayern ist voller Leben. Hier regiert die CSU", lautet der Spruch auf einer der Ausstellungstafeln, die mit dem Satz beginnt: „Erfolgreicher als andere."


Der Gründer und der Chef: Josef Müller, der „Ochsensepp", ein Jahr vor seinem Tod 1979 mit FJS
FOTO: DPA

Aus dieser Position der Stärke holt man auch den Mut für manche kleine Frechheit. Der Kanzler etwa bleibt auf dem Parteitag ohne Namen, auch in den beiden je zweistündigen Reden von Strauß taucht er nicht auf, und beim Plausch an den Kaffeeständen sagt keiner der knapp 1000 Delegierten, er finde es schade, daß anstelle des CDU-Vorsitzenden nur dessen „General" Heiner Geißler zum Grußwort nach München gekommen sei. Auch in der Ausstellung taucht der Vier-Buchstaben-Name Kohl nicht auf. Nur auf der Tafel mit dem Titel „Was ist dran an der jungen Generation?", wo zum Beispiel steht „CSU statt Langeweile" oder „Leistung statt Laschheit", da steht unter der Zeile „Nachdenken statt Vorurteile" die auf den ersten Blick unvollständige Leiste „Strauß statt ....", und keinem fällt ein anderer Name ein als der eine.

Daß auch die Journalisten – die auf diesem Parteitag so mangelhaft mit Unterlagen versorgt werden, wie es sich dies keine andere Partei mehr leisten würde – auf einer Tafel über jene, für die die CSU eine ständige Herausforderung sei, zwischen Marxisten und Sozialisten geraten sind, dabei noch Glück haben, nicht zwischen Dilettanten und Opportunisten plaziert zu sein, ist inzwischen auch der Parteiführung peinlich: Bevor die Ausstellung auf Wahlkampf-Wanderschaft durch Bayern zieht, werden die Journalisten, die als einziger Berufsstand zwischen Gesinnungshaltungen geraten sind, herausgenommen.

Das aber sind nicht mehr Marginalien eines Geburtstagsfestes, dessen Hauptperson Franz Josef Strauß heißt, der aber mit Respekt und Ehrfurcht von einem Mann spricht, der vor sechs Jahren gestorben ist, dessen Geist aber in der Partei weiter wirkt: Josef Müller, der „Ochsensepp", der in seinem Wohnzimmer in der Münchner Gedonstraße Männer um sich scharte, zu denen auch der junge Strauß zählte, die im Gegensatz zu dem konservativ-klerikalen Parteifreund Alois Hundhammer eine Partei gründen wollten, die allen Bürgern offenstehen sollte, die sich – wie Strauß heute sagt – „zum christlichen Sittengesetz in der weitesten Auslegung seines Wortes" bekennen.

„Ochsensepp" wurde zum Gründer der CSU, Strauß sein erster Generalsekretär – und Jubilar Rudolf Birkl verdankt der Partei das Wichtigste in seinem Leben: Nachdem er die Junge Union mitbegründet hatte, lernte er dort die Frau seines Lebens kennen. Die Liebe zur Partei und die Liebe zu seiner Frau haben auch nach 40 Jahren noch Bestand.

Auch an der Leine blinkt und klingt es wie neu

Zwischen Zürich und Kopenhagen ist die Jahrhundert-Restauration im Gange. Europa entsinnt sich liebevoll seiner Opernhäuser. Am Wochenende war es nach anderthalb Jahren in Hannover soweit: Wiedereröffnung des alten Hauses im neuen Dekor.

Von KLAUS GEITEL

Man beginnt, stolz auf sie zu werden. Vielleicht nicht einmal auf das, was künstlerisch in ihnen geschieht, als auf ihren Denkmalscharakter. Inmitten der mehr oder minder wüst und stillos ineinandergeschachtelten Zentren der zerschlagenen Städte mit ihrer öden Konsumarchitektur halten würdig und still die Opernhäuser ihre von Tradition vornehm gezeichneten Gesichter den Flanierenden hin. Man mag sie nicht mehr missen. Augen auf – sie gehören plötzlich zum Schönsten, *was noch die Städte* bewahren.

So war es in Frankfurt, wo sich die Bürger geduldig (wenn auch nur als Konzerthaus) ihre „Alte Oper" ertrotzten. In Wiesbaden und Stuttgart feierte man umfangreiche Wiedergutmachungen an den im Verlauf des Jahrhunderts herabgewirtschafteten Häusern. Sie wurden wie Sehenswürdigkeiten hinaufrestauriert, zu Opernhäusern von Postkartenpracht, mit liebevoll aufgefrischtem alten Dekor. Nostalgie und Denkmalsschutz tanzten den Pas de deux.

Ost-Berlin hob Schinkels Königliches Schauspielhaus aus der Asche und funktionierte den klassizistischen Bau am Gendarmenmarkt zur Konzerthalle um. In Dresden erstand Sempers prangender Bau bis aufs I-Tüpfelchen wieder, schöner denn je, eine städtebauliche Touristen-Attraktion ersten Ranges. Jetzt schließt Ost-Berlins traditionsreiche Oper Unter den Linden, das Haus Friedrichs des Großen, vor 35 Jahren festlich eröffnet, auf Monate hinaus ihre Pforten. Nun ist es an ihr, jeden erdenklichen *restaurativen* Liebesdienst zu erfahren, und manche Burg, manches Schloß, mancher Dom da oder dort seufzt wohl insgeheim inzwischen: „Opernhaus müßte man sein."

Mit Millionenaufwand, mehr aber noch mit ehrlicher Hingabe und Liebe hat Europa sich seiner musikalischen Vergangenheit angenommen, um ihr die Zukunft zu sichern. 33 Millionen hat sich allein Hannover die Instandsetzung seiner Oper kosten lassen, und zur Einweihung drängte man ihr in Massen zu, als stehe mindestens „Rigoletto", „Carmen" oder „Lohengrin" auf dem Eröffnungsprogramm. Dabei spielte man Schönbergs „Moses und Aron", in einer Aufführung allerdings von denkwürdiger szenischer wie musikalischer Eindringlichkeit.

Oberhofbaurat Georg Ludwig Friedrich Laves hat im Auftrag König Ernst Augusts das Hannoveraner Opernhaus auf dem damaligen Windmühlenberg, auf städtischem Niemandsland sozusagen, erbaut. 1852 wurde es festlich eröffnet, das zweite Opernhaus bereits der aufstrebenden Stadt. *Das erste von 1672 war sogar* um 100 Plätze größer gewesen als das jetzige mit seinen nur noch 1200 Sitzen, obwohl Hannover damals erst ganze 11 000 Einwohner zählte. Das barocke Opernhaus war dem Leineschloß eingegliedert, ein Hoftheater, von der jetzigen Bürger-Oper durch Welten geschieden.

Es war aber erst der Laves-Bau, der sich in seiner breit hingelagerten, repräsentativen Pracht die Herzen gewann. Um ihn schien sich die Stadt geradezu zu zentrieren. In einer einzigen Bombennacht des Jahres 1943 brannte er bis auf die Grundmauern nieder.

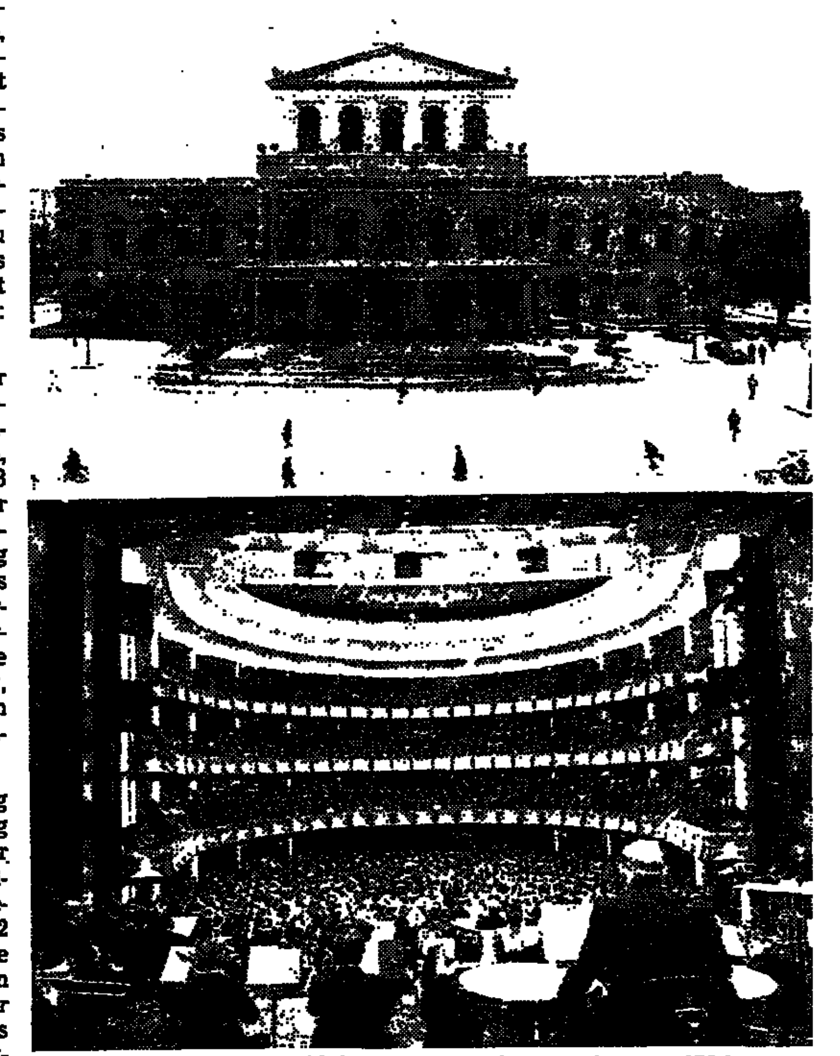
Die Oper zog in ihr Ausweichquartier: in den Galerietrakt des Schlosses von Herrenhausen, und dort auch nahm sie als erste Oper Deutschlands nach dem Kriege den Spielbetrieb bereits am 11. Juli 1945 wieder auf, und geradezu im Handumdrehen schien auch der Laves-Bau durch geniale Umkrempelung von Alt und Neu durch den hamburgischen Architekten Kallmorgen wieder hergestellt.

Doch erwies sich seine Arbeit mit der Zeit mehr und mehr als ein Provisorium. Erst jetzt, nach anderthalbjähriger Unterbrechung des Spielbetriebs im Laves-Komplex, ist Hannover buchstäblich in den alten Mauern mit einem putzneuen Zuschauerhaus wiedergekommen. Alle anhängenden Publikumszonen von der Kassenhalle bis zu den Foyers wurden gleichfalls von Dieter Oesterlen einer gründlichen Regeneration unterzogen. In Hannover in die Oper zu gehen, ist jetzt eine Lust, selbst wenn man nicht spielt. Allerdings empfiehlt sich die Mitnahme eines Pelzkragens. Die muntere Belüftung weht einem frischwindig beinahe gezielt einen steifen Hals an den Nacken.

Festlich und elegant, ein bißchen modisch auch mit seinen Messingschilden als Auskleidung der Rangbrüstungen gibt sich der Zuschauerraum, aus der Kreisform in die alte Laves'sche Hufeisenform zurückverwandelt. Nur den Mut zum festlichen roten Theatersamt hat man auch in Hannover noch nicht gefunden.

Man hat für die Sitze ein Beinahe-aber-noch-nicht-Rot verwendet und einen cognacfarbenen Vorhang, dessen Anblick vor Glück nicht gerade trunken macht. Er beläßt es eher bei Nüchternheit. Man hat 300 Plätze der *allgemeinen Bequemlichkeit, der* rundum verbesserten Sicht und der Aufpäppelung der Akustik geopfert. Das Haus wirkt nicht nur neu, es klingt auch wie neu. George Alexander Albrecht, der Generalmusikdirektor Hannovers und Bruder des Herrn Ministerpräsidenten, kann nun im gewandelten Haus die wohlklingende Regierungsmusik machen. Der Bruder des Herrn Generalmusikdirektors wiederum, in der ersten Reihe des ersten Ranges repräsentativ als Zuhörer ausgestellt, konnte sich bei der Wiedereröffnung beifällig davon überzeugen.

Dem Publikum gefiel (wahrscheinlich bis auf Schönberg) mit Recht so ziemlich alles am neuen Haus, und es vermißte, ebenso wahrscheinlich, wohl nur eine zweite Pause. Nicht nur die rätselfreudige Wissenschaft von der Akustik weiß um den guten Ton, die Gesellschaft nicht minder. Wer mit wem wo an diesem ersten Abend im Opernhaus saß und dort auch gesehen wurde, war eine Frage der niedersächsischen Etikette, die nicht weniger sorgfältig hatte bedacht werden müssen wie der ideale Nachhall des Klangs. Am langen und guten Nachhall einer Operneröffnung ist schließlich jedem gelegen. In Hannover war er vernehmlich dankbar, zustimmend und groß.


Für 33 Millionen Mark erhielt das von König Ernst August 1852 begründete Hannoveraner Opernhaus innen wie außen neuen Glanz
FOTOS: MANFRED WIENHÖFER

Jenningers Reise zu den guten Freunden am Nil

Von E. NITSCHKE

Rifaat Al Mahgoub, Doktor der Rechte und Präsident der Volksversammlung, des Parlaments von Ägypten, hob das Wasserglas: „Es gibt hier bei uns in Kairo ein Sprichwort, daß nämlich, wer aus dem Nil trinkt, auch hierhin wiederkommt. Trinken wir aus dem Nil!"

Bundestagspräsident Philipp Jenninger, seine Frau Ina und die gesamte Delegation von deutschen Parlamentariern, mit der der Präsident nach Ägypten gereist war, kamen der schwungvollen Aufforderung unverzüglich nach. Die Herzlichkeit und die Zuneigung der Gastgeber spülte alle Bedenken hinweg, die man vor diesem Getränk schon wegen der aus Bonn im Gepäck mitgebrachten Merkblätter „Gesundheitliche Vorsorge" haben zu müssen glaubte.

Deutsche Pünktlichkeit war fast unmöglich

Jenninger, der mit dem fünftägigen Ägypten-Aufenthalt den Besuch ägyptischer Parlamentarier in Bonn Ende vorigen Jahres erwiderte, hatte alle Privatinteressen der Einhaltung seiner politischen Termine untergeordnet. Der Besuch im weltberühmten Ägyptischen Museum der Hauptstadt der Arabischen Republik mußte so zu einem Wettrennen mit der kostbaren Zeit werden, damit erste Treffen mit Al Magoub und Abgeordneten aller Fraktionen, danach mit Subhi Abdel *Hakim, dem Präsidenten des Shura*-Rats (der zweiten Kammer) und vor allem anschließend mit Ministerpräsident Ali Lutfi wie angesetzt abgewickelt werden konnten.

Das Chaos auf Kairos Straßen, vergrößert durch den begonnenen Bau einer U-Bahn, machte die deutsche Pünktlichkeit fast unmöglich. Nur die gnadenlosen Fahrkünste der einheimischen Chauffeure in der von Botschafter Klaus Müller bereitgestellten Autokolonne ermöglichten ein geschlossenes Programm, in dessen Mittelpunkt Mah*goub die Forderung stellte:* „Europa muß zusammen mit den arabischen Ländern eine effektivere Rolle zwischen den Großmächten spielen, um den Frieden zu erhalten und Krieg unmöglich zu machen."

Daß der Präsident der Volkskammer den Parlamentarierbesuch nicht in erster Linie als bloße Kontaktaufnahme zwischen Volksvertretern verschiedener Länder ansah, ging daraus hervor, daß er den Gedankenaustausch mit einer fast einstündigen Anrede eröffnete, in der er auf die seit neuestem weit geöffneten Türen seines Landes für jede Art der deutsch-ägyptischen Zusammenarbeit hinwies. Die „Annäherung an arabische Bruderstaaten" mache den Markt am Nil noch interessanter. Nach europäischem Vorbild und dem der Bundesrepublik Deutschland als wichtigstem Land in der EG versuche man jetzt in Kairo einen arabischen Block aufzubauen. Die Lösung des Palästinenser-Problems dürfe man nicht den großen Blöcken überlassen. Arafats Kairo-Erklärung mit der Verurteilung des Terrorismus *sei eine „immense Veränderung"*, die erkannt werden müsse.

Fünfzig Minuten nach Beginn der Ansprache sagte Mahgoub: „Nun können wir vielleicht die Beziehungen Volksversammlung und Bundestag anschneiden."

Jenninger blieb in seiner Antwort beim Kardinalproblem, das am nächsten Tag auch in Kairoer Zeitungen nachgelesen werden konnte: „Die Bundesrepublik Deutschland hat volles Verständnis für das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung. Der internationale Friede kann nicht erhalten bleiben ohne Lösung der Probleme im Nahen Osten. Mein Land unterstützt jede Initiative, die dazu beiträgt." Die Hoffnungen Ägyptens auf gemeinsames europäisches Eingreifen mußte Jenninger allerdings dämpfen: „Wir sprechen noch nicht mit einer Stimme. Der Wille ist da, aber es gibt noch unterschiedliche Meinungen."

Große Wartelisten für die deutschen Schulen

Beim Abendessen im Tahrir-Club, einem Stadtschloß, in dem einst der vom Thron vertriebene König Faruk seine Feste feierte, konnte Jenninger dem gastgebenden Volksversammlungs-Präsidenten aber eine andere wesentliche Zusage machen: „Ägypten bleibt ein Schwerpunkt unserer wirtschaftlichen Zusammenarbeit." Der bilaterale Handelsaustausch hat im letzten Jahr mit 4,578 Milliarden Mark erstmals die Vier-Milliarden-Mark-Marke passiert. Trotz Kürzungen im deutschen Staatshaushalt wurde der Umfang der deutschen Kapital- und Technischen *Hilfe* mit 268 Millionen Mark beibehalten.

Bei der Besichtigung des Deutsch-Ägyptischen Gemeinschaftsunternehmens Ferrometalco erklärte Manager Peter Wagner dem Bundestagspräsidenten am nächsten Tag: „Wir kommen auf das drei- bis vierfache unserer jetzigen Umsätze, wenn das mit der heutigen Auftragslage so weitergeht." Jenninger nach Besichtigung der Fabrik: „Jetzt habe ich einmal gesehen, wie Ägypter schuften können. Die Kerle sahen noch nicht einmal hoch, so sehr sind sie bei der Sache."

Noch auf einem anderen Feld war die Lernbegierigkeit der Gastgeber zu spüren. Drei traditionsreiche deutsche Schulen in Kairo und Alexandria, die deutsche evangelische Oberschule und die zwei Schulen der Borromäerinnen, werden mit deutschen öffentlichen Mitteln gefördert und gelten als die besten im Lande. Die Zahl von insgesamt 3000 Schülern, darunter 2700 Ägypter, könnte um das Mehrfache erhöht werden, wenn die Kapazitäten da wären. Die Warteliste ist unübersehbar.

Die Heidelberger Professorin und Bundestagsabgeordnete der CDU Roswitha Wisniewski, Präsidentin der Deutsch-Ägyptischen Gesellschaft Bonn-Kairo und Mitglied der deutsch-ägyptischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages, konnte als Delegationsmitglied zu diesem Andrang Hintergrundmaterial beibringen. Sie hat als Germanistin zwei Jahre lang an der Universität Kairo unterrichtet und weiß, daß an den insgesamt drei Universitäten der Hauptstadt die Deutsch als Sprache lernenden Studenten in die tausende gehen. Das Kairoer Goethe-Institut berichtet von 70 ägyptischen Oberschulen, an denen rund 9000 Schüler mit hundert einheimischen Lehrern Deutsch lernen.

Eine andere deutsche Schule, die inzwischen nach zweijährigem Bestehen zu einem Magneten für junge Ägypter geworden ist, ist die mit Vorzug deutschen Besuchern vorgeführte Hotelfachschule in Luxor. Dem Bundestagspräsidenten und seiner Delegation wurde der Unterricht in Praxis vorgeführt, in dem 200 Studenten in zwei Jahren zu dem Personal herangebildet werden, das im ägyptischen Tourismus spürbar fehlt. Die Bundesrepublik Deutschland hat schon für die erste Projektphase bis Ende 1984 rund vier Millionen Mark für das Unternehmen Luxor zur Verfügung gestellt, für die Fortführung bis 1987 noch einmal vier Millionen.

Die Kontinuität ist nötig, erfuhr der Bundestagspräsident in Luxor zwischen Tempelbesichtigung und Gouverneursempfang, da man mit dem Bau neuer Hotels in der Region nicht so schnell nachkommt: Selbst das 85-Zimmer-Lehrhotel der Schule ist noch nicht wie geplant fertig.

Hilfe bei Gewinnung von Agrarland in der Wüste

Schneller als die Bauten ist die in dieser Region begonnene Zucht friesischen importierten Rindviehs: Es gibt nach kurzer Zeit schon 3000 Stück deutscher schwarzbunter Kühe. Bundestagspräsident Jenningers Luxor-Toast beim obligaten Bankett mit den Ägyptern war diesmal Hibiskusblütensaft, verbunden mit dem Versprechen, daß die Deutschen bei der fortschreitenden Gewinnung von Agrarland in der Wüste nach besten Kräften mithelfen werden.

Hatte Jenninger mit seiner Delegation schon in Kairo die Arbeit des seit 1907 in Ägypten arbeitenden Deutschen Archäologischen Instituts gesehen, das nun nicht nur bei Ausgrabungen, sondern bei der Rettung historischer Bauten in der Altstadt mithilft, so wurden der Gruppe in Assuan auf der Nilinsel *Elephantine die Grabungen gezeigt*, die hier seit 15 Jahren planmäßig mehrtausendjährige Siedlungen freilegen. Angesichts der Tempelpracht und der atemberaubenden Ausstattung der Pharaonengräber mag diese Arbeit glanzlos erscheinen, aber sie zeigt erstmals in diesem Umfang das Leben des einfachen Mannes 2000 Jahre und mehr vor Beginn der Zeitrechnung.

Nach dem Besuch von Bundespräsident Richard von Weizsäcker in Ägypten und Außenminister Hans-Dietrich Genschers Visite im September ist dies der dritte Besuch hochrangiger deutscher Politiker am Nil gewesen. Philipp Jenninger hatte dazu unter anderen den SPD-Bundestagsabgeordneten Hans Gottfried Bernrath als Experten für Kommunalpolitik und den CDU-Abgeordneten Hans-Peter Repnik als Spezialisten seiner Partei für die Euro-Arabische Kooperation mitgenommen. Am mit russischer Hilfe gebauten Assuan-Staudamm und vor dem turmhohen Denkmal inzwischen verflossener und gestörter ägyptisch-sowjetischer Freundschaft, das Moskau hier am Ufer des Nils hinterließ, hörte die Delegation die rührende Bitte, ob nicht die Deutschen im Land der Pharaonen nun ein Denkmal aufrichten könnten: für eine ewige Freundschaft diesmal, auf festem Fundament.

Honecker hat den besten Kenner der Bonner Szene verloren

Herbert Häber aus Politbüro ausgeschieden / Spekulationen um Werner Jarowinsky

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Wenn Erich Honecker in den Westen kommt, fehlt ihm die optimale Vorbereitung: Sein bester Deutschland-Experte und intimer Kenner der gesamten Bonner Szene, Herbert Häber, schied als schwerkranker Mann aus dem Politbüro aus. Honeckers Ex-Kontrahent Konrad Naumann ging ebenfalls, angeblich aus „gesundheitlichen" Gründen. Inzwischen ranken sich neue Spekulatio*nen um die Nachfolge des 73jährigen* Honecker: Moskau soll angeblich Politbüro-Mitglied Werner Jarowinsky (58) im Auge haben. Er stand als Berichterstatter im Mittelpunkt der jüngsten ZK-Sitzung.

Das Ausscheiden von Professor Herbert Häber und nicht die angeblich geplante Pensionierung von Politbüro-Senior Erich Mielke (Stasi-Minister) bildete die Sensation des 11. ZK-Plenums. Mit Häbers Ausscheiden büßt Honecker ausgerechnet in der Vorbereitungsphase seines Bonn-Besuchs den wichtigsten Berater ein. Denn Häber bildete jahrelang Gesprächs- und Kontaktstelle für sämtliche führenden Bonner Politiker, die über den SED-Kurs in innerdeutschen Dingen und über das Gesamtgefüge im Warschauer Pakt Bescheid wissen wollten.

Stationäre Behandlung

Häbers Partner reichten von Walther Leisler Kiep für die Union über Wolfgang Mischnick und Hans-Günter Hoppe für die Liberalen bis zur Spitzen-Crew der Sozialdemokraten. Er war erst am 15. November 55 Jahre *alt geworden. Der Zwickauer Exper*te, dessen Zögling Gunter Rettner kürzlich erst die über lange Jahre von Häber geleitete West-Abteilung im SED-Spitzenapparat übernahm, blieb schon seit Monaten von der Bildfläche verschwunden.

Nach „DDR"-Meldungen trat Häber am 19. August dieses Jahres bei einer Kranzniederlegung im KZ Buchenwald zum letztenmal öffentlich auf. Auch als Gastgeber einer DKP-Delegation erwähnte ihn die Partei-Presse noch. Im Spätsommer mußte sich Häber dann offenbar in stationäre Behandlung begeben.

Während Häbers Gesundheitszustand offenbar weiteren Streß in der ZK- und West-Arbeit (damit ist die gesamte Steuerung der DKP verbunden) nicht mehr zuließ, müssen die *mitgeteilten* „gesundheitlichen Gründe" bei Ost-Berlins SED-Chef Konrad Naumann keineswegs zutreffen. Er galt stets als unbequemer, Honecker durchaus widersprechender „hard liner" im Politbüro. Naumanns Karrieresprung in die SED-Spitze fiel mit der Nach-Ulbricht-Periode zusammen. 1976 avancierte Naumann – von den Genossen „Konny" genannt und wegen seines barocken Lebenswandels allseits bekannt – zum Vollmitglied im Politbüro.

Ihm wurde parteiintern die Vorbereitung des 750. Geburtstages Berlins auf der Ostseite sowie die Zuständigkeit für Ost-Berlins Sonderbauvorhaben übertragen – samt 1,2 Milliarden Ostmark und 28 000 Bauarbeiter aus der „DDR"-Provinz. Möglicherweise führten Mängel bei der zügigen Termineinhaltung für dieses ehrgeizige Feier-Programm oder auch der Stil des ehemaligen Bauhilfsarbeiters zum Verlust der Macht. Naumanns Rücktritt als Ost-Berlins SED-Chef dürfte nur eine Frage der Zeit und des geeigneten Nachfolgers sein.

Als Mann nach Professor Häber hält sich mit Professor Otto Reinhold ein aussichtsreicher Kandidat bereit: *Der Rektor der Akademie für Gesell*schaftswissenschaften beim SED-Zentralkomitee genießt Honeckers Vertrauen und erwies sich als Wirtschaftsfachmann. Auf diesem Gebiet entscheiden sich, eingestandenermaßen, Erfolg oder Mißerfolg der Honecker-Ära. Reinhold verfügt über ausgezeichnete West-Kontakte und betreute beispielsweise die Delegation von Willy Brandt im September. In die West-Medien geriet sein Name, als seine Tochter Eva vor einem Jahr eine Zwischenlandung in Kanada zur Flucht nutzte.

Über die Suche nach einem geeigneten Häber-Nachfolger hinaus beansprucht zunehmend die Frage nach edem nächsten SED-Generalsekretär Interesse. In diplomatischen Kreisen geht die Spekulation um, die anfängliche Begeisterung über den vermeintlichen „Kronprinzen" Honeckers – Ex-FDJ-Chef Egon Krenz – halte sich bereits in Grenzen. Krenz nimmt als Chef des Bereichs „Sicherheit" im Politbüro die früher von Honecker selbst und dann von Paul Verner eingenommene Position ein.

Vertrauen der Sowjets

Sicherem Vernehmen nach gilt aus Moskauer Sicht das Politbüro-Mitglied Werner Jarowinsky – zuständig für das wichtige Ressort Handel und Versorgung – als ein durchaus geeigneter Honecker-*Nachfolger.* „Naschi", wie er von russischen Freunden genannt wird, wohnte lange Jahre in der Sowjetunion und genießt allein schon dadurch und seine Fixierung auf Moskau das Vertrauen der Sowjets.

Die Gerüchtelage über Jarowinsky besagt nichts über die objektiv und subjektiv völlig unangetastete Position Honeckers, den Gorbatschow im Prager Sitzungssaal mit demonstrativen Bruderküssen bedachte. Beide Nachrücker (Kandidaten) für das SED-Politbüro verdeutlichten Honeckers *Spitzenstellung:* Erfurts SED-Chef Gerhard Müller sprach von „höchster Achtung und Anerkennung" für Honecker. Siegfried Lorenz, SED-Sekretär von Karl-Marx-Stadt (Chemnitz), lobte Honeckers positiven Gipfel-Kommentar: „Er bringt voll und ganz unsere Gedanken und Gefühle zum Ausdruck."

Strauß hebt Rolle der CSU in Koalition hervor

Parteitag als eine Demonstration der Geschlossenheit

PETER SCHMALZ, München

Mit großen Worten beendete Ministerpräsident Franz Josef Strauß nach zwei Tagen den 49. Parteitag der CSU in der Münchner Bayernhalle: Es sei eine Demonstration der Einigkeit und Geschlossenheit gewesen, das Parteitreffen werde ausstrahlen auf ganz Bayern und ganz Deutschland; und das Ansehen der CSU in Europa und darüber hinaus stärken.

Mit diesen Schlußsätzen formulierte Strauß das Selbstbewußtsein, von dem die CSU als bayerische Regierungspartei und als Koalitionspartner in Bonn erfaßt ist. Die Irritationen um die Rolle von Strauß beim Milliardenkredit für die „DDR" sind Vergangenheit, der Denkzettel dafür, als der Parteitag vor zwei Jahren Strauß mit nur 77 Prozent der gültigen Stimmen als Vorsitzenden bestätigte, ist in den Parteiakten abgelegt. Am Wochenende zeigte sich die CSU uneingeschränkt hinter ihrem Parteichef.

Sein programmatischer Rechenschaftsbericht – nach der Festrede am Tag zuvor die zweite zweistündige Ansprache innerhalb von 18 Stunden – wurde mit minutenlangen stehenden Ovationen gefeiert, das anschließende Wahlergebnis schien selbst den Parteichef zu überraschen: 967 von 979 gültigen Stimmen, das entspricht 98,8 Prozent. Mit 99 Prozent erzielte Strauß während seiner knapp 25 Vorstandsjahre nur 1979 ein besseres Ergebnis, als er zum Kanzlerkandidaten nominiert war.

Ohne Gegenkandidaten wiedergewählt wurden auch die vier Stellvertreter von Strauß, wobei aber Landtagspräsident Franz Heubl vom drit*ten auf den ersten Platz vorgewählt* wurde. Die Bundesminister Werner Dollinger und Fritz Zimmermann fielen um je einen Platz auf den zweiten bzw. dritten Rang zurück, während Mathilde Berghofer-Weichner als einzige Frau Platz vier blieb. Bei der Wahl der weiteren 30 Vorstandsmitglieder wurden nochmals vier Frauen gewählt, nachdem Landtagspräsident Heubl gebeten hatte, die Frauenfrage „gentleman-like" zu lösen. Gescheitert ist der Europaabgeordnete Franz Ludwig Graf Stauffenberg, der bisher einen der vorderen Plätze innehatte.

Vor dem Wahlgang hatte Strauß die besondere Bedeutung der CSU innerhalb der Bonner Regierungskoalition hervorgehoben. Die Partei werde ihren Beitrag leisten, daß nicht zum zweitenmal nach dem Zweiten Weltkrieg „noch einmal eine Periode der Irrtümer, der Verstrickungen, der Utopien, des gesellschaftlichen Nirwana" geschaffen werde.

Eindringlich forderte er den Bundeskanzler auf, den verwirrenden Eindruck um eine deutsche Beteiligung am amerikanischen Forschungsprogramm SDI „jetzt schnellstens noch vor Ende dieses Jahres durch eine klare Richtlinienentscheidung" zu beenden.

Gedämpft positiv äußerte er sich zum Genfer Gipfel. Jetzt sei die Zeit der Nüchternheit und Besonnenheit, meinte Strauß und fuhr wörtlich fort: „Wenn Gorbatschow jetzt begriffen hat, und er scheint es begriffen zu haben, daß Reagan den Frieden will und nicht ein Kriegstreiber ist, dann wären wir schon ein gewaltiges Kapitel weiter auf dem Weg zu einer gedeihlichen und friedlichen Zukunft".

Als eine „Vision in das nächste Jahrtausend" bezeichnete Strauß seine Prognose, der rapide, durch Wissenschaft, Technik und Produktionsformen hervorgerufene Wandel werde das Ende des heutigen kommuni*stischen Systems* bedeuten. „Ich wage zu sagen", meinte der CSU-Vorsitzende, „daß sich das sowjetische Machtsystem ohne Anlehnung an den Westen und ohne Zusammenarbeit mit dem Westen nur noch durch Spionage, aber nicht mehr durch eigene Kreativität und Produktivität in der Zukunft behaupten kann".

Junge Union will „Mut zum Risiko"

GÜNTHER BADING, Osnabrück

Hauptthema des Deutschlandtags der Jungen Union (JU) war „Technik beherrschen, Zukunft gestalten". Der Leitantrag des Vorstands forderte „Mut zum Risiko". Wirtschaftliche Zukunft, Schaffung von Arbeitsplätzen und internationale Konkurrenzfähigkeit hingen „von neuen Erfindungen, Chancen und Unternehmensgründungen" ab. Auch Verantwortung wurde spürbar: Als ethische Grundlage der Technik müßten kommende Generationen gleiche Rechte haben wie die jetzt lebende.

Gastredner war Forschungsminister Riesenhuber, einst selber lange im JU-Vorstand. Er brachte den 320 jungen Delegierten die entscheidende Botschaft nahe: Die Gestaltung der Zukunft sei Sache des einzelnen, nicht des Staates. In der falschen Entwicklung der siebziger Jahre habe man Handlungsanweisungen von der Wissenschaft für die Zukunftsgestaltung durch den Staat erwartet – was jede Eigeninitiative gelähmt habe. Dies sei nun vorüber. Riesenhuber lobte den Staat, daß der schon eine großartige Leistung vollbracht habe, „wenn er die Leute nicht bei der Arbeit stört". Die Delegierten feierten ihn minutenlang.

Einig war man sich, daß Mißbräuche zu verhindern seien. Doch ansonsten wurde zum § 218 heftig gestritten. Ohne Überraschung blieben die Wahlen zum JU-Vorstand. Der Vorsitzende Christoph Boehr erhielt – ohne Gegenkandidat – 91 Prozent der Ja-Stimmen.

Wehrpflicht für alle

Zeidler: Gleichberechtigung muß auch für Bundeswehr gelten

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Im Prinzip muß jeder Staatsbürger in der Bundesrepublik Deutschland Wehrpflicht leisten – also auch die Frauen, „denn Belastungen müssen ja gerecht verteilt werden". Das erklärte der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Wolfgang Zeidler, gestern vor Millionen von Fernsehzuschauern, als er zum 30jährigen Jubiläum der Bundeswehr die Wehrpflicht ein „wichtiges Prinzip einer demokratischen Staatsform" nannte.

Zeidler meinte in der ZDF-Sendung „Bonner Perspektiven", eine weitere Aufgabe für die Zukunft werde es sein, in dem Ausmaß, in dem die Frauen Gleichberechtigung erhielten, nicht nur dem Rechte nach, sondern auch in der „sozialen Wirklichkeit" einen „gleichrangigen Anteil am Waffentragen, an der Gestaltung der bewaffneten Streitkräfte" zu erreichen.

Viele Länder der Welt hätten ja bereits gezeigt, so erklärte der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, daß sich dieser Anspruch einer *Demokratie praktisch durchaus* sinnvoll verwirklichen lasse.

Im Gegensatz zu den Ausführungen des Verfassungsgerichtspräsidenten meinte Bundesfamilienministerin Rita Süssmuth in der gleichen Sendung, Zeidlers Argumente seien zwar „plausibel", jedoch sei die soziale Wirklichkeit, von der er spreche, „noch längst nicht dazu angetan, daß die Gleichberechtigung in anderen Bereichen vollzogen ist". Ob die Bundeswehr dann ausgerechnet das Feld sein müsse, „in dem die Gleichberechtigung mit dem Dienst an der Waffe herbeigeführt werden muß, das würde ich mit einem Fragezeichen versehen", erklärte die Bundesministerin.

Nach Auffassung von Frau Süssmuth haben sich die Väter des Grundgesetzes „etwas dabei gedacht", als sie den Artikel 12a der Verfassung schufen, in dem es heißt, daß „Männer vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an" zum Dienst in den Streitkräften verpflichtet werden können.

Die Diskriminierung der Frau, die einer wirklichen Gleichberechtigung und damit der Zeidler'schen Forderung noch im Wege stehe, sieht die Bundesfamilienministerin unter anderem bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz, bei den beruflichen Aufstiegschancen und beim Zugang zu den politischen Ämtern.

Wörtlich sagte Frau Süssmuth: „Und wenn wir all dies hinter uns gebracht haben, dann können wir ja zwei Jahrzehnte später auch noch mal wieder über die Gleichberechtigung bei der Bundeswehr sprechen." Ihre Ablehnung des Gedankens über einen solchen Termin hinaus drückte sie mit den Worten aus: „Ich kann nicht verhehlen, daß ich absolut vorziehe, daß die Frauen im zivilen Bereich tätig sind in der Bundeswehr und vom Dienst an der Waffe nicht Gebrauch machen müssen."

SPD-Frauen enttäuscht

Hamburger Landesparteitag entscheidet gegen Garantiequote

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Die Hamburger SPD-Frauen müssen auf den raschen Weg in Landesparlament und Bezirksversammlungen über eine Garantiequote von sicheren Listenplätzen noch warten. Auf dem SPD-Landesparteitag gingen zwar so viele weibliche Delegierte wie nie zuvor ans Mikrophon. Doch der Antrag, ein Drittel aller Mandate für Genossinnen zu reservieren, wurde mit der klaren Mehrheit von 191 zu 131 Stimmen abgewiesen. Es bleibt bei der Empfehlung des Landesvorstandes, den Frauenanteil zur Bürgerschaftswahl 1986 „deutlich zu erhöhen", erst zur Wahl vier Jahre später soll dann der Frauenanteil „dem aktuellen Mitgliederanteil entsprechen". Er liegt bei den Sozialdemokraten an der Elbe gegenwärtig bei 33 Prozent.

Die SPD-Frauen im Hamburger Gewerkschaftshaus waren tief enttäuscht. „Wir machen Wahlkampf, wir arbeiten an der Basis, und die Männer erhalten die Teilhabe an der Macht", drückte eine Delegierte ihren Frust aus. Dabei hatte die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen mit Heide Pfarr, Vizepräsidentin der Hamburger Universität, eine Frau ans Mikrophon geschickt, deren Referat ebenso eloquent wie ironisch war. Frau Pfarr hält die Quotenregelung auch schon zum Schutze des häuslichen Friedens (natürlich ist jeder Genosse mit einer Genossin verheiratet) für unbedingt erforderlich.

Doch vielleicht schreckte der Esprit dieser Dame ab, stimmten die Männer aus einem Gefühl der Unterlegenheit gegen den Quotenantrag. Auch Elisabeth Ostermeier (72), eine alte Kampfgefährtin Herbert Wehners im Kreis Hamburg-Harburg und selbst in drei Jahrzehnten Parlamentsarbeit in Hamburg als eine Praktikerin ausgewiesen, konnte die guten Argumente der Frauen nicht mehr über die Klippe des *männlichen* Mißtrauens bringen. Sie drohte: „Wenn sich in zehn Jahren nichts bewegt hat, rufe ich dazu auf, eine eigene Partei zu gründen." Henning Voscherau, Fraktionschef der Bürgerschaft, hielt den Genossinnen vor: „Ich mache Politik aus inhaltlichen Gründen, weil ich die Wirklichkeit verändern will, also unterstütze ich Frauen wie Männer nach inhaltlichen Beurteilungskriterien." In diesem Rahmen wolle er sich dafür einsetzen, den Anteil der Frauen zu erhöhen.

Eine Frau, die nicht der SPD angehört, kämpfte für einen höheren (finanziellen) Stellenwert der Kultur in Hamburg: die ehemalige FDP-Landesvorsitzende Helga Schuchardt, jetzt parteilose Kultursenatorin. Gerade wegen des übermächtig werdenden Einflusses elektronischer Medien sei eine „kulturelle Abfederung" notwendig, möglichst als „Kulturangebot um die Ecke", sprich Stadtteilkultur. Der Parteitag beschloß dann auch ein breit angelegtes Programm „Kulturpolitik in Hamburg" als Konzept für die nächsten Jahre.

Das Hamburger Mediengesetz kann endlich verabschiedet werden, nachdem die Delegierten Anträge des linken Flügels abgelehnt hatten, die die Möglichkeiten für private Anbieter erheblich beschränken wollten. Bürgermeister Klaus von Dohnanyi bezeichnete diese Vorschläge als eine Diskriminierung. Mit großer Mehrheit wurde der Antrag E 53 gebilligt, der der Bürgerschaftsfraktion für die Abstimmung am Mittwoch grünes Licht gibt. Der Gesetzentwurf biete eine gute Grundlage für die Sicherung des Medienstandortes Hamburg, heißt es in dem Parteitagsbeschluß, er schaffe die Voraussetzungen, „daß neue Hamburger Rundfunkprogramme im Zeichen der Meinungsfreiheit und der Themenvielfalt stehen".

Diepgen warnt vor Selbstzufriedenheit

Mit 96 Prozent der Stimmen als Landeschef wiedergewählt / Landowsky neuer Generalsekretär

hrk, Berlin

Der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen genießt mit rund 60 Prozent Zustimmung der Berliner den höchsten Popularitätsgrad, den jemals ein CDU-Politiker in der Stadt erreichte. Dagegen fallen das Urteil der Berliner über die CDU und den inneren Zustand der Partei deutlich ab. Diepgen warnte die Union auf dem Landesparteitag am Wochenende deshalb vor der „Arroganz der Macht" und, auf Vorgänge mit führenden CDU-Funktionären anspielend, vor „falschen Freunden, die ihre Pöstchen ausnutzen und uns alle in Mißkredit bringen".

Diepgen ließ es auf dem ersten Wahlparteitag der CDU seit Richard von Weizsäckers Weggang aus Berlin und dem CDU-Wahlerfolg vom 10. März nicht zu, sich in Triumphstimmung zu wiegen. Er hielt es – trotz eines CDU-Abstimmungsergebnisses von 96 Prozent aller Delegierten für seine Wiederwahl zum CDU-Chef – mit Nüchternheit und Augenmaß: „Wir dürfen nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen, wir dürfen nicht übermütig werden." Diepgen zeichnete die großen Linien der ertrags- und erfolgreichen Politik des CDU/FDP-Senats nach: „Wir sind auf dem richtigen Weg, auch als Partei. Senat und damit die CDU haben große Chancen, Berlin in eine gute Zukunft zu führen."

Auf diesem Wege habe er keineswegs vor dem politischen Gegner, der „weit und breit" ohne Bedeutung sei, sondern allenfalls vor Vorgängen im eigenen Lager Angst. Er zielte dabei auf Vorwürfe gegen einen Ex-CDU-Kreischef und Baustadtrat, der Bestechlichkeit und anderer Handlungen verdächtig ist und in U-Haft sitzt – ein Gesprächsthema in der Stadt.

Der „Regierende" machte seine strikte Absicht klar, mit voller Autorität von Amt und Person niemals wieder Zustände wie gegen Ende der damaligen SPD/FDP-Koalition mit allen ihren verheerenden Folgen für Berlins Image einreißen zu lassen: „Wer nicht dient, sondern sich selbst bedient, der fliegt raus aus der Union!" Die CDU habe die Verantwortung in der Stadt erhalten, „weil Berlin Perspektivlosigkeit, Krawalle und roten Filz leid war". Die Union werde unbeirrt daran arbeiten, zur neuen Berlin-Partei zu werden und darin die SPD abzulösen. Hier muß noch einiges getan werden. Denn die CDU steht nach internen Erhebungen nur mit etwa 45 Prozent Zustimmung in der Rangfolge hinter dem Koalitionssenat, dem weit über 50 Prozent der Berliner eine gute Arbeit bescheinigen.

Der alte und neue CDU-Chef beklagte „Geschwätzigkeit" in der Deutschlandpolitik und hielt der Berliner SPD vor, an diese Probleme „wie ein Catcher" heranzugehen. Zum Thema „DDR"-Staatsbürgerschaft merkte Diepgen an: „Wir werden nicht zulassen, daß ein Potsdamer, der nach Hannover übersiedelt, zum Asylbewerber wird."

Diepgen griff auch in heftige Parteitagsdebatten über rechtsradikale Töne von Mitgliedern der Jungen Union ein, die in einer Frankfurter Jugendherberge durch „Sieg Heil"-Rufe und das Singen des Horst-Wessel-Liedes im Frühjahr unliebsam auffielen. Wer ihm „Roß und Reiter" nenne, könne sicher sein, daß diese Mitglieder aus der CDU „hinausfliegen". Wörtlich rief er: „Jede Eiterbeule muß aufgestochen werden."

Mit der Wahl des neuen Generalsekretärs Klaus Landowsky installierte die Berliner Union ein „Frühwarnsystem". Landowsky brachte es auf den Punkt: „München war uns ein warnendes Beispiel, das soll sich in Berlin nicht wiederholen." Die Partei dürfe nicht „selbstgerecht und übermütig werden", die Union müsse nach den Köpfen „nun auch die Herzen" der Berliner erobern.

Das Politbüro sieht Mängel

dpa, Berlin

„Hie und da bleiben noch manche Wünsche offen", heißt es in einem Bericht des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland", in dem das Politbüro Mängel in der Versorgung der Bevölkerung der „DDR" zugibt. Doch sei es eine „zutiefst politische Aufgabe, weitere Reserven zur unmittelbaren Verbesserung der Produktion" zu erschließen. Weiter ist nachzulesen, daß eine bessere Versorgung mit Dienstleistungen und Reparaturen beschlossen worden sei. Für „veraltete Erzeugnisse mit zu hohem Energie- und Materialverbrauch" gebe es künftig Preisabschläge. Für Qualitätsprodukte und „gestalterische Spitzenleistungen" würden Preiszuschläge von zwei Prozent" gewährt, kündigt der von Politbüromitglied Werner Jarowinsky vorgelegte Bericht an. Danach soll es in der Handelsbilanz mit dem Ausland bedeutenden Exportüberschuß gegeben haben. Zahlen wurden hierzu allerdings nicht veröffentlicht.

Berlin will die „Lücke" nutzen

dpa, Berlin

Berlin will Zentrum deutscher Raumfahrtforschung werden. Auf einer Pressekonferenz mit dem deutschen Astronauten Reinhard Furrer erklärte Wissenschaftssenator Kewenig, man wolle sich der „Lücke" in der Produktion von Gütern fürs Weltall widmen. Als „Brücke" zwischen Wissenschaft und Wirtschaft soll noch dieses Jahr ein „Institut für extraterrestrische Produktionstechnik" gegründet werden, mit Schwerpunkten auf Werkstoff- und Nachrichtentechnik. Furrer sah in der D-1-Mission Beweis dafür, daß es „außer Tennisspielen noch was gibt, worauf wir stolz sein können."

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

In Nordirland ändert sich vorläufig nicht viel

Demonstrationen und Proteste gegen Ulster-Abkommen

REINER GATERMANN, London

„Über 60 000 protestantische Unionisten versammelten sich am Samstag auf dem Rathausplatz in Nordirlands Hauptstadt Belfast, um gegen das vor einer Woche unterzeichnete anglo-irische Abkommen zu demonstrieren, das der Republik Irland ein gewisses Mitspracherecht in vor allem sicherheitspolitischen und juristischen Belangen der nordirischen Briten-Provinz Ulster einräumt. Während das Parlament in Dublin den Vertrag bereits mit einer Mehrheit von dreizehn Stimmen annahm, wird er in Westminster am Dienstag und Mittwoch zur Debatte stehen.

Auch in London ist ein bedeutendes Stimmenübergewicht zugunsten der Vereinbarung gewährleistet, nachdem die Oppositionsparteien positiv Stellung bezogen haben. Ein gewisser Widerstand regt sich in der konservativen Regierungspartei. Mit dem Rücktritt des Staatssekretärs im Schatzamt, Ian Gow, ein enger Vertrauter von Premierministerin Margaret Thatcher, fand er seinen bisher stärksten Ausdruck.

Mit dem parlamentarischen Beschlußprozeß hat das im Schloß Hillsborough von den beiden Regierungschefs, Margaret Thatcher und Garret FitzGerald, unterzeichnete Ulster-Abkommen jedoch lediglich die niedrigste Hürde auf seinem Weg zur effektiven Verwirklichung überwunden. Der heftigste Widerstand kommt von denjenigen, für die es gemacht worden ist, den Nordiren. Die bis auf den Tod verfeindeten protestantischen Unionisten und katholischen Republikaner verwerfen die Vereinbarung, obgleich aus völlig konträren Gründen. Die Loyalisten sehen darin eine Schwächung der Bande zu London und die „Einmischung einer fremden Macht" in die inneren Angelegenheiten Ulsters, während die Sinn Fein, radikale Gruppierung innerhalb der katholischen Minderheit mit der IRA als ihrem militant-terroristischen Ableger, kategorisch alles ablehnt, was nicht die Wiedervereinigung Irlands unter sozialistischer Führung zum Endziel hat.

Aber gerade das rückt mit diesem Vertrag weit in den Bereich des Unrealistischen. Frau Thatcher und Garret FitzGerald unterstreichen, daß es keine Änderung im Status Nordirlands geben wird gegen den Willen der Majorität. Und diese liegt zu 60 Prozent bei den Protestanten, die ihre politische Lebensaufgabe darin sehen, nichts mit der „fremden Macht" im Süden der grünen Insel zu tun zu haben. Daß nun Frau Thatcher beabsichtigt, Dublin erstmals seit der politischen Teilung der Insel 1922 ein begrenztes Mitspracherecht, offiziell Konsultationen genannt, einzuräumen, ist den Unions-Führern Pfarrer Ian Paisley und James Molyneaux Anlaß genug, der Premierministerin „Verrat" und „Ausverkauf" vorzuwerfen und den Demonstranten auf dem Belfaster Rathausplatz Grund, neben einer irischen Flagge, die offiziell in Ulster nicht gezeigt werden darf, auch eine Thatcher-Puppe zu verbrennen. Dananch sang man die Nationalhymne.

Nach 15monatigen intensiven, weitgegend strikt geheimen Verhandlungen glauben die beiden Regierungschefs jetzt endlich eine Basis gefunden zu haben, die den 16jährigen Terror in Nordirland, der über 2500 Menschenleben forderte, zu einem Ende zu bringen. Eine „Ministerkonferenz" mit einem Sekretariat in Belfast soll sich mit allen Fragen befassen, die die Sicherheit fördern, die Kluft zwischen Protestanten und Katholiken überbrücken und das Vertrauen der Bevölkerung in Polizei und Rechtswesen verbessern können. Dazu gehört eine größere Kooperation zwischen den Sicherheitsbehörden in Belfast und Dublin; ferner, daß sich die Republik Irland der europäischen Antiterror-Konvention anschließen wird, und dazu gehört auch eine Überprüfung des von den Katholiken als Armee der Protestanten angesehenen Ulster-Verteidigungsregiments sowie die Besetzung von Sondergerichten mit Richtern aus London und Dublin.

Frau Thatcher hat ein von den Loyalisten gefordertes Referendum abgelehnt. Nach einer von der „Sunday Times" veröffentlichten Meinungsumfrage würden 75 Prozent der Prote stanten den Vertrag in einem Referendum ablehnen, die Katholiken würden zu 65 Prozent Ja sagen. Die terroristische IRA reagierte auf die für sie typische Art, sie verübte am Tag der Veröffentlichung einen Bombenanschlag.

Plädoyers im Vatikan für eine Marktwirtschaft mit humanem Leitbild

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Während Johannes Paul II., umgeben von 450 konzelebrierenden Kardinälen, Bischöfen und Priestern, im Petersdom die Bischofssynode mit einer feierlichen Messe eröffnete, ging gestern in der unweit vom Vatikan gelegenen Päpstlichen Universität Urbaniana der bisher vielleicht bedeutendste Dialog zwischen Kirche und Wirtschaft zu Ende.

Die wachsende Unruhe in breiten kirchlichen Kreisen vieler Entwicklungsländer, die sich in den verschiedenen, oft nur diesseitig, weniger eschatologisch verstandenen Theologien der Befreiung manifestiert, wird die Bischofssynode wahrscheinlich ebenso beschäftigen, wie sie das vom Päpstlichen Laienrat, dem Institut der Deutschen Wirtschaft (Köln), der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Internationalen Vereinigung katholischer Universitäten ausgerichtete Symposium unter der Devise „Kirche und Wirtschaft in der Verantwortung für die Zukunft der Weltwirtschaft" beschäftigt hat.

Bei diesem Dialog, dem ersten Zwiegespräch, das auf so hoher Ebene zwischen Kardinälen, Wirtschaftsmanagern, Regierungsvertretern aus der Ersten und Dritten Welt, Wissenschaftlern und Entwicklungspolitikern geführt wurde, kristallisierten sich vor allem zwei Fragen heraus: Wie kann die Wirtschaft mit Ethik durchdrungen und wie kann künftig sichergestellt werden, daß kirchliche *Stellungnahmen zur entwicklungs-* und sozialpolitischen Problematik von wirtschaftlicher Sachbezogenheit getragen sind?

Zwei verschiedene Ebenen

Worum es beiden Seiten ging, war in erster Linie die Eröffnung eines Dialogs durch sachliche Darlegung der jeweiligen Standpunkte, das Werben um Verständnis füreinander. Wenn schon ein Ergebnis erreicht werden konnte, dann die gemeinsame Überzeugung, daß Wirtschaft und Theologie auf zwei verschiedenen Ebenen agieren, daß es keine theologisierende Wirtschaft und auch keine in die konkreten Wirtschaftsprozesse eingreifende Theologie geben kann.

In seiner Ansprache an die Teilnehmer des Symposiums sagte der Papst klipp und klar, daß es nicht Aufgabe der Kirche sein könne, konkrete Lösungen für die wirtschaftliche Entwicklung der Völker vorzuschlagen. „Dazu verfügt sie weder über die notwendigen Mittel noch über die nötige Kompetenz." Sie könne und müsse nur die Industrieländer immer wieder an die „schwere Verpflichtung" erinnern, den anderen Ländern „in ihrem Ringen um die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung zu Hilfe zu kommen". In gleicher Weise äußerten sich Kardinalstaatssekretär Casaroli und der Präfekt der Glaubenskongregation, Kardinal Ratzinger. Casaroli: „Es ist nicht die Aufgabe der Kirche ..., konkrete Anweisungen zu geben, wie das sittliche Ziel des ‚*Mehr-Mensch-Werdens*' in der Arbeit und durch die Arbeit verwirklicht werden kann". Ratzinger: „Mit alledem wollte und konnte ich keine Antwort geben auf die Fragen, die uns bewegen: Dazu fehlt mir der wirtschaftliche Sachverstand."

Trotzdem machten die führenden Kirchenvertreter deutlich, daß sie die Armut in der Dritten Welt als Herausforderung für den diesseits bezogenen Teil der Kirchenarbeit verstehen, daß die Kirche nicht müde werden wird, auf den Menschen im Sinne einer Durchdringung der Wirtschaft mit Ethik einzuwirken. Dabei trat vor allem der Kölner Erzbischof, Kardinal Höffner, dem in den letzten Jahren auf Grund von Äußerungen zahlreicher Kirchenvertreter aufgekommenen Eindruck entgegen, als suche die Kirche nach einem „dritten Weg" zwischen zentraler Verwaltungswirtschaft und Marktwirtschaft. Er erklärte: „Die katholische Soziallehre hält – auch im Interesse der Weltwirtschaft – die Marktwirtschaft für die richtige Grundform der Wirtschaftsordnung. Sie ist jedoch davon überzeugt, daß ihr ein humanes Leitbild gegeben werden muß ... Zum Marktmechanismus und zum Streben nach wirtschaftlichem Erfolg muß die soziale Ausrichtung der Weltwirtschaft treten. Sie ist steuerungsfähig und steuerungsbedürftig."

Von den führenden Männern der Wirtschaft, die sich am Dialog beteiligten, wurde dem nicht grundsätzlich widersprochen. Fritz-Heinz Himmelreich, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, setzte allerdings die Gewichte etwas anders, als er auf die systemimmanente Funktionstüchtigkeit marktwirtschaftlicher Ordnungen verwies.

Soziale Kraft des Kapitals

Himmelreich: „Die soziale Leistungsfähigkeit des planwirtschaftlichen Kapitalismus ist auch die Erfolgswelle, die den Ländern der Dritten Welt zugute kommt ... Praktisch gesprochen ist die Leistungsfähigkeit der westlichen freiheitlichen Industriegesellschaft die materielle Voraussetzung für den Wohlstand der Dritten Welt und der freie Handel der ordnungspolitische Rahmen, der ebenso nötig ist. In diesen Rahmen gestellt, müssen die Länder der Dritten Welt ihr Schicksal selbst gestalten." Das Thema Eigenverantwortung der Entwicklungsländer wurde auch vom Papst angesprochen: „Letztlich entscheidend ist ja die Selbsthilfe; sie kann durch keine Fremdhilfe ersetzt werden."

Bittere Kritik an manchen sozial- und entwicklungspolitischen Verlautbarungen kirchlicher Kreise wurde vom Vorstandsvorsitzenden der „Volkswagen do Brasil S.A." und Präsidenten des deutsch-brasilianischen Industrie- und Handelsrates, Wolfgang Sauer, geübt. Der Vatikan habe 1984 in einer Stellungnahme zu Aspekten der Befreiungstheologie von den „zügellosen Praktiken des ausländischen Kapitals" in Entwicklungsländern gesprochen. Selbst der Papst habe gesagt, die Kirche sehe „in der Zusammenballung wirtschaftlicher Macht ein Instrument der Ausbeutung der Schwächsten durch die Stärksten". Sauer: „Ich möchte ... feststellen, daß die Kraft des ausländischen Kapitals in unserem Gastland Hunderttausende von Arbeitsplätzen schuf, die Millionen von Menschen Ernährung und Existenz bieten." Er bat die Kirche, „überkommenen Sprachgebrauch und eingebürgerte Vorurteile zum Wohle eines verbesserten gegenseitigen Verständnisses einem tiefgreifenden Überdenken zu unterziehen".

Vermeidet Montazeris Wahl Nachfolgekämpfe?

Ein künftiger Revolutionsführer nach Khomeinis Willen

PETER M. RANKE, Athen

Schon im Februar 1982, als der iranische Revolutionsführer Ayatollah Ruhollah Khomeini (85) zum ersten Mal schwer erkrankt war, wurde der Ayatollah Hossein Ali Montazeri (63) als sein Nachfolger genannt. Nun ist er es: Unabsetzbar, auf Lebenszeit soll dieser hohe schiitische Gelehrte die geistige Führung des revolutionären Iran übernehmen, wenn der greise Khomeini stirbt. Damit ist offenbar bald zu rechnen.



Leicht lenkbar und kränklich: Ayatollah Montazeri FOTO: DPA

Khomeini hat seit langem gewünscht, daß Montazeri ihm nachfolgt, denn er ist sein Schüler und Mitstreiter gewesen. Nach dem Sturz des Schah 1979 war Montazeri der einflußreiche Vorbeter des Freitaggebets in Teheran, der die religiös-politischen Parolen ausgibt. Jetzt hat er diese Stellung in der heiligen Stadt Ghom inne. Er ist einer der sieben „großen Ayatollah" der Schiiten Irans. In Ghom sahen sich Khomeini und Montazeri fast täglich. Sie wohnen Haus an Haus. Die beiden wurden 1963 zusammen verhaftet, als sie gegen die Landreform des Schah in den Moscheen zur Revolte aufriefen. Während Khomeini danach ausgewiesen wurde und nach Irak ging, kam Montazeri 1964 frei und blieb. Er wurde aber immer wieder verhaftet. Von 1974 bis 1978 saß er hinter Gittern.

Der „Rat der Experten", der aus 83 *Religionsgelehrten besteht,* hat sich bei der Wahl Montazeris streng nach dem Willen Khomeinis gerichtet und dadurch Nachfolgekämpfe vorerst vermieden. Es ging auch sehr hierarchisch zu. Montazeri hat als höchster Religionsführer in Ghom und als „großer Ayatollah" ein Anrecht, der neue „Faqih" zu sein, der Religionswächter, der den verborgenen 12. Imam der Schiiten bis zu dessen Rückkehr repräsentiert. Das „Faqih"-System wurde nach dem Willen Khomeinis in der Verfassung verankert: Der „Faqih" kann jeden Minister absetzen, sogar den Präsidenten der Republik, er kann Gesetze verhindern oder für Änderungen sorgen, und er kann die Kriegsziele im Golfkrieg bestimmen, der für Khomeini ein Glaubenskrieg ist.

Es ist zweifelhaft, ob das unter Montazeri so bleiben wird. Einmal gilt der Mann mit dem weißen Turban als kränklich, zum anderen als schwach. Er hat keine politische Erfahrung, übernahm nach der Revolution in Teheran kein Amt. Nur bei der Gleichschaltung des Rechts- und Schulsystems nach streng islamischem Sinne arbeitete er aktiv mit. Allerdings ist er ein intimer Kenner des schiitischen Klerus und sorgte dafür, daß einer seiner möglichen Konkurrenten, Ayatollah Schariatmadari, rechtzeitig als Gegenspieler Khomeinis abgehalftert wurde.

Die Vorrechte der 180 000 Mullahs werden von Montazeri sicherlich nicht beschnitten werden, er besitzt Anhang unter ihnen, seitdem er 1980 bei der Geiselnahme der Amerikaner in der Teheraner Botschaft als Einpeitscher gegen den „Satan" Jimmy Carter auftrat. Aber wenn die Berichte aus Teheran zutreffen, daß der mächtige und pragmatischere Parlamentspräsident Ayatollah Rafsandschani die Wahl des leicht lenkbaren Montazeri betrieben und gefördert hat, ergeben sich für die Zukunft Chancen auf einen Kurswechsel.

(SAD)

Briefe an DIE WELT

DIE WELT Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Starrheit der Schulordnung

Sehr geehrte Damen und Herren,

zwar wird im Grundgesetz Art. 2 (1) jedem das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt, verbrieft, doch kann es im bildungspolitischen Bereich aufgrund der Starrheit der Schulordnung nicht praktiziert werden.

Allein die Tatsache, daß die Elite-Diskussion, wobei der Begriff Elite bereits negativ behaftet ist, in der Öffentlichkeit immer noch geführt wird, zeigt, daß viele die pädagogische Notwendigkeit von Chancengleichheit und -gerechtigkeit und begabungsgerechter Förderung noch nicht erkannt haben. Wer sich hiergegen versperrt, kennt die psychischen Auswirkungen von Unterforderung nicht. Frust und Depressionen rütteln stark am seelischen Gleichgewicht und können zu Passivität, Resignation und Verzweiflung führen.

Die ständige Diskussion um dieses Thema hilft den Betroffenen jedoch kaum weiter: Das Schulsystem muß endlich aktiv modernisiert werden. Nicht Massenabfertigung, sondern Individualförderung ist das Ziel und der Appell an die Bildungspolitiker. Sonderregelungen für Höherbegabte würden einen wesentlichen Beitrag leisten.

Es muß Schülern, die in der Schule offensichtlich keine Entfaltungsmöglichkeiten besitzen, ermöglicht werden, schon vor dem vorgeschriebenen Alter von 19 Jahren die Hochschule zu besuchen. Es ist völlig unsinnig, Studierfähige zum Schulbesuch zu zwingen, mit dem sie sich in keiner Hinsicht identifizieren können.

Meine spezielle Forderung: Die Aufnahme an eine Universität nach einem Auswahlverfahren sollte Schülern auch vor dem Abitur ermöglicht werden.

Mit freundlichen Grüßen
Patricia Geller,
Wunstorf

Kampfunfähige Vereine?

„Nazi-Vergleich ‚empörender Vorgang'": WELT vom 18. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

natürlich kann darüber gestritten werden, ob die plakative Hintereinanderreihung einer geschichtlichen Tatsache, „Die Nazis haben die Gewerkschaften verboten" und einer durch öffentliche Erklärungen maßgeblicher Politiker der Regierungsparteien erhärteten Vermutung, „Diese Regierung will sie ausbluten", fair oder geschmackvoll sei.

Wahr bleibt dennoch folgendes: Würde der Paragraph 116 des Arbeitsförderungsgesetzes so geändert, wie große Teile der CDU/CSU und Wirtschaftsminister Bangemann sowie der Abgeordnete Lambsdorff als Wortführer der FDP-Bundestagsfraktion es wollen, könnten die Gewerkschaften im Streikfalle durch kalte Aussperrungsinszenierungen der Unternehmer in nicht bestreikten Tarifgebieten zu kampfunfähigen Berufsvereinen degradiert werden. Vorausgesetzt, sie würden ihre Streiktaktik nicht ändern. Nach alldem, was seit der politischen Wende (ich setze die letzten beiden Worte nicht in Anführungsstriche, weil sie im Sinne der Gegen-Evolution des sozialen Fortschritts tatsächlich eingetreten ist) realisiert oder auf den Weg gebracht worden ist, muß davon ausgegangen werden, daß die derzeitige Regierung und die sie tragende Mehrheit an einer Reduzierung der Arbeitnehmerrechte sowie deren mangelnde Durchsetzungsmöglichkeiten durch starke Gewerkschaften interessiert ist.

Mit freundlichen Grüßen
Fritz Bieding,
Kierspe

Nur zum Schein

„Rau: Mit mir auch keine Tolerierung": WELT vom 9. November

Sehr geehrte Redaktion,

ich meine, daß sich Ministerpräsident Rau nur optisch den späteren Wählern gegenüber jetzt so anbieten will, daß er nicht mit den Grünen koalieren würde und sich durch diese auch nicht tolerieren lassen wird. Doch haben auch bei ihm die Bundesbürger immer die „grüne" Börner-Regierung, hinter der die hessischen Sozialdemokraten geschlossen stehen, vor Augen, obgleich Börner bis zum Wahlausgang – wohl nur zum Schein noch danach – die Grünen sogar bekämpft hat. Für die Erlangung der Regierungsmacht jedoch waren sie ihm dann plötzlich recht. So würde es auch bei Rau werden.

Rau wird sein Versprechen genau so wenig einhalten können, so wie er schon andere Sprüche inzwischen zurücknehmen oder wesentlich abschwächen mußte. Zwischenzeitlich hat er ja von seinem Parteichef Brandt, der sich zu diesem Thema bewußt oft ganz zweideutig gibt, gehört, daß für die SPD, um in Ländern und auch beim Bund jeweils die Regierung bilden zu können, alle Mittel und Wege richtig sind. Wichtig ist hier nur, „unbedingt" an die Macht zu kommen. Übrigens ist der Oppositionsführer im Kieler Landtag und Brandts Adlatus Engholm grundsätzlich nicht gegen eine Koalition mit den Grünen, ebenso nicht der IG-Metall-Funktionär Janzen. Andere SPD- und DGB-Spitzenfunktionäre, die genau so denken, halten ihre Aussage dazu lediglich vorerst noch zurück. Doch diesmal werden sich meines Erachtens die Bundesbürger bei den nächsten Wahlen nicht wieder täuschen lassen.

Mit freundlichen Grüßen
Helmut Spindler,
Lübeck

Funktionäre

„Krankheitskosten: Soll man handeln oder abwarten?": WELT vom 21. November

Sehr geehrte Redaktion,

in seinem Artikel zitiert Ihr Redakteur Herr Albert Müller den seinerzeitigen Arbeitsminister Theodor Blank, der sich zum Scheitern der Krankenversicherungsreform wie folgt geäußert hat: „Die Reform ist nicht an der Konzeptionslosigkeit der Regierung, nicht an den Argumenten der Gegner, sondern am Druck der Interessenten gescheitert." Das ist so gelaufen: Ärzte-Funktionäre setzten den damaligen Bundeskanzler Konrad Adenauer widerrechtlich – weil unter Umgehung seines Ministers – unter Druck und bedrängten den Kanzler erfolgreich, die Reform unter Mißachtung des Parlaments *autoritär* zu verhindern.

Albert Giercke,
Hamburg 65

Wort des Tages

„König Alfons der Heilige von Kastilien pflegte zu sagen: Vier gute Dinge sind in der Welt. Altes Holz, um Feuer zu machen; alter Wein, um ihn am Feuer zu trinken; alte Bücher, um darin zu lesen; und alte Freunde, um ihnen zu vertrauen."

Victor Auburtin, deutscher Autor (1870–1928)

Andere Sicht

„Sich selbst der Dritte": WELT vom 14. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Autor hat sich mit Begriffen wie seelisch krank und gesund nicht auseinandergesetzt, sonst würde er nicht soziales Wohlbefinden, hohe Lebenserwartung und hohe Autodichte mit seelischer Gesundheit oder gar Glück gleichsetzen können. Was sollen die unseriösen rhetorischen Suggestivfragen: „Ein ganzes Volk" auf der Couch? Und: „Die Deutschen" physisch und psychisch am Ende? Wer hat das denn jemals behauptet!? Die Zahlen von 25 Prozent behandlungsbedürftigen neurotischen und psychosomatischen Störungen in der Bevölkerung (Zentralinstitut für seelische Gesundheit, Mannheim, 1984) beziehen sich gerade nicht auf die unrealistische WHO-Definition von Gesundheit (1946), sondern auf Kriterien wie zum Beispiel Leidensdruck.

Vergötzung von wissenschaftlich-technischem (-sozialen) Fortschritt mit seiner rationalistischen Einengung des Bewußtseins unter Verlust von tieferen Einsichten in anthropologische kulturhistorische Zusammenhänge führt zur seelisch-geistigen Verfettung des von Gillies propagierten deutschen Edel-Wohlstands-Bürgers. Psycho- und damit Kulturhygiene sind somit unmöglich. Mit hedonistischer Verblödung à la Werbefernsehen und einer „Was-sind-wir-tolle-Leute!"-Attitüde stabilisiert man keine Nervenkostüme, sondern eher mit einer realistischen Einschätzung der Tatsache, daß es in der Nachkriegssituation bedeutend weniger neurotische Störungen gab, während diese mit steigendem Wohlstand nur scheinbar paradox erheblich zunehmen. Verleugnung hilft nicht weiter.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Eduard Finck,
Bielefeld 1

Personalien

EHRUNG

Außenminister **Hans-Dietrich Genscher** wird Ehrendoktor der spanischen Universität Salamanca. Die Germanistische Abteilung der Philologischen Fakultät will dem deutschen Liberalen den Doktorhut verleihen. Dazu hieß es in Salamanca, mit der Auszeichnung würdige man „das menschliche, das intellektuelle und das moralische Format" Genschers und auch seinen langjährigen Einsatz für den Beitritt Spaniens zur Europäischen Gemeinschaft. Mit dem Doktorhut verbinden die Spanier außerdem den Dank an drei bedeutende Mittlerorganisationen des Auswärtigen Amtes, an die Humboldt-Stiftung, den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) und an den Besucherdienst „Inter Nationes".

ERNENNUNG

Dr. **Dieter Benecke**, Leiter der Abteilung Grundsatz und Planung in der Konrad-Adenauer-Stiftung, wird Anfang kommenden Jahres als Nachfolger von Dr. **Horst Schirmer**, der als Botschafter nach Uruguay geht, Vorsitzender von „Inter Nationes", der Besucherorganisation der Bundesregierung. Dr. Benecke, Ökonom, hatte sich in den zurückliegenden Jahren mit Projektkonzeptionen in Entwicklungsländern befaßt, wobei seine Abteilung in der Stiftung sich neben der Konzeption und der Umsetzung auch speziell mit der Wirksamkeit solcher Projekte auseinandersetzte.

GEBURTSTAG

Professor Dr. **Wulf Lübken**, Chefarzt der Medizinischen Klinik der Krankenanstalten Heilbronn, feiert am Mittwoch seinen 65. Geburtstag. Professor Lübken, in Stralsund geboren, studierte von 1940 an Medizin und erhielt seine Promotion im April 1945. Die erste berufliche Tätigkeit an der Medizinischen Universitätsklinik Greifswald unter Professor **Katsch**, einem damals führenden Diabetologen, bedingte Interesse für Stoffwechselprobleme. Trotz der damals widrigen Verhältnisse konnte er diesem Interesse durch einen Forschungsaufenthalt am Pharmakologischen Institut der Universität zu Frankfurt am Main von 1948 bis 1950 nachgehen. Danach war er wieder in Greifswald tätig, wo er 1951 die Facharztanerkennung für Innere Medizin und 1955 diejenige für Röntgenologie und Strahlenheilkunde erlangte. 1956 verließ er Mitteldeutschland und übernahm eine Oberarztstelle an der Medizinischen Klinik der Städtischen Krankenanstalten Heilbronn. Seit 1965 steht er dieser Klinik als Chefarzt vor. Seit 1972 hat Dr. Lübken in der Gestaltung des medizinischen Unterrichts im Rahmen des Studiengangs Medizinische Informatik, der in Zusammenarbeit von der Universität Heidelberg und der Fachhochschule Heilbronn angeboten wird, mitgewirkt.

AUSZEICHNUNGEN

Für seine „hervorragenden Verdienste um die Landespolitik" überreichte der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen **Johannes Rau** dem Kölner CDU-Politiker und nordrhein-westfälischen Landtagsabgeordneten Dr. **Ottmar Pohl** das Große Verdienstkreuz des Bundesverdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. In der Ordensbegründung von Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** heißt es zur Verleihung, Pohl habe durch seine Ideen, Impulse und Initiativen maßgeblich die Politik seiner Fraktion und Partei mitgeprägt.

*

Für seine tätige Hilfe als Gouverneur des Lyons-Club sowie für seine Verdienste als Mitglied des Großen Senats des Christlichen Jugenddorfwerkes ist Dr. **Ulrich Esterer** aus Melsa in Hessen mit dem Verdienstkreuz am Bande des Bundesverdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Der hessische Ministerpräsident **Holger Börner** überreichte Dr. Esterer die Auszeichnung in der Hessischen Staatskanzlei in Wiesbaden.

*

Der zweite „Jean-Améry-Preis für Essayistik" geht an die in Berlin lebende Autorin **Barbara Sichtermann**. Barbara Sichtermann erhält den Preis für ihre Arbeiten, „die versuchen, auf der Grundlage der persönlichen Erfahrung als Frau und aus der Arbeit in der Frauenbewegung ein neues, differenziertes Selbstverständnis der Geschlechter zu beschreiben. Ihre Essayistik ist Ausdruck einer grundsätzlichen existentiellen Verhaltensweise." Barbara Sichtermann, 1943 in Erfurt geboren, veröffentlichte zahlreiche Bücher und Zeitschriftenaufsätze. 1983 erschien ihre Aufsatzsammlung „Weiblichkeit. Zur Politik des Privaten". Die Preisverleihung findet am 5. Dezember in Berlin statt.

*

Den mit 12 000 Mark dotierten Preis der „Stiftung zur Förderung der geistigen und künstlerischen Arbeit im Land Baden-Württemberg" hat der Stadtschreiber **Peter Härtling** aus Bergen-Enkheim erhalten. Die Stiftung wird von der Württembergischen Hypothekenbank, dem Land Baden-Württemberg und der Stadt Stuttgart getragen. Peter Härtling erhielt die Auszeichnung im „Museum" in Tübingen in Würdigung seiner Arbeiten als Lyriker, Romanschreiber und Erzähler für Kinder überreicht.

*

Dr. **Franz Bairlein**, wissenschaftlicher Assistent am Zoologischen Institut der Universität Köln, ist mit dem Heinz-Maier-Leibnitz-Preis zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses 1985 ausgezeichnet worden. Der mit 10 000 Mark dotierte Preis wurde von der Bundesministerin für Bildung und Wissenschaft, Dr. **Dorothee Wilms**, während einer Veranstaltung in der Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung in München überreicht. Dr. Bairlein erhielt den Preis, der in diesem Jahr für das Gebiet der Ökophysiologie ausgeschrieben war, für seine Untersuchung über die ernährungsphysiologischen Anpassungen von Zugvögeln.

VERNISSAGE

Das Pressereferat des Bonner Auswärtigen Amtes und die Bonner Diplomatenschule werden wieder einmal gemeinsam eine Ausstellung arrangieren, die von Außenminister **Hans-Dietrich Genscher** am 9. Dezember in der Aus- und Fortbildungsstätte auf dem Venusberg eröffnet wird. Gezeigt werden politische Karikaturen aus dem Jahr 1985. Zu den ausgestellten Karikaturisten gehört unter anderen **Fritz Behrendt** (FAZ), von der WELT **Klaus Böhle**, **Horst Haitzinger**, **Ernst Maria Lang** (Süddeutsche Zeitung) und **Luis Murschetz** (Die Zeit). Die Zeichnungen werden dem Publikum zum Kauf angeboten. Das Geld geht an den „Förderkreis Dritte Welt", der vor Jahren von jungen Diplomaten des Amtes ins Leben gerufen worden ist.

Wir nehmen Abschied von

Prof. Dr. Johannes Winckelmann

29. März 1900 — 21. November 1985

Bis in sein hohes Alter galt sein Wirken dem Dienste an der Wissenschaft.

Im Namen der Familie und der Freunde

Hamburg — **Erika Wurst**
Bad Dürrheim — **Fredemarie Bettoni**









Führte Spanien unbeirrt in die Demokratie: Juan Carlos I. und Königin Sophie FOTO: DPA

Michael Vermehren zeichnet das Porträt eines „unentbehrlichen Königs"

Juan Carlos, der gekrönte Demokrat

Vor zehn Jahren, am 22. November 1975, wurde Spanien – in einer Zeit, als viele der europäischen Kronen schon lange im Staub lagen – wieder ein Königreich. An diesem Tag legte der 37jährige König Juan Carlos von Bourbon vor dem Cortes, dem Schein-Parlament des Franco-Regimes, den Eid ab, zu dem ihn das Nachfolge-Gesetz des Diktators verpflichtete. Es war ein Eid vor einer Volksvertretung, der es noch bevorstand, politisches Harakiri zu begehen und von dem neuen Cortes der pluralistischen Demokratie abgelöst zu werden.

General Franco, der 48 Stunden zuvor gestorben war, hatte vorgesorgt. Er dachte nicht daran, vor seinem Tod die Macht aus der Hand zu geben und hatte daher schon 1941 eine Monarchie ohne Thron geschaffen, der nur auf dem Papier seines Nachfolge-Gesetzes existierte. Das knüpfte immerhin an eine Tradition der Jahrhunderte an. Dynastisch bestimmt, aber nicht demokratisch orientiert war die spanische Krone mit zwei Unterbrechungen, der Republik von 1873, die nur ein Jahr dauerte und der von 1931, die 1936 unterging, immer gewesen.

Die Überleitung in die moderne Monarchie einer industriellen Massengesellschaft, die in den vierzig Jahren des Militärregimes entstanden war, schien auch einen Thronerben mit größerer Erfahrung als sie der junge König besaß, zu überfordern. Um so größer war das Erstaunen, wie sicher er die kritische Anfangsphase durchstand. Das Geheimnis seines gleichmäßig ansteigenden Erfolges war es, daß er zum entscheidenden politischen Faktor der spanischen Entwicklung wurde, indem er sich von der Politik fernhielt.

Das lag ganz auf der Linie seines Vaters, des Grafen von Barcelona, der als bourbonischer Familienchef auf seine dynastischen Rechte verzichtet hatte – verzichten mußte, weil Franco mit Recht befürchtete, er würde das autoritäre System sofort in eine konstitutionelle Monarchie überführen. Es war eine Selbsttäuschung des Generals, daß er sich für den scheinbar

Der unentbehrliche König – 19.30 Uhr, ZDF

leichter zu beeinflussenden Sohn anstelle des Vaters entschied; die Zeit, die über die altersschwache Diktatur hinweggerollt war, verlangte einen neuen Geist und neue Formen.

Das hatten die Bourbonen richtig gesehen. Sie waren sich bewußt, daß die im Bürgerkrieg entzweiten Spanier, von jeher eines der am schwersten regierbaren Völker Europas, nur wieder zusammenzuführen waren, wenn sich der Thron auf die Rolle eines neutralen Wächters der Verfassung beschränkte. Nur mußte diese Verfassung, die 1977 entstand, erst noch geschrieben werden. Die Phase des Übergangs, in der das Land seine Institutionen konsolidierte, dauerte fünf Jahre – eine verblüffend kurze Zeit, wenn man bedenkt, wie schwer der anachronistische Ballast wog, der über Bord zu werfen war.

In der Umsicht, mit der Juan Carlos I. diese kritische Strecke fast fehlerfrei bewältigte, liegt sein größtes Verdienst. Sie war erst mit dem *dilettantischen* Militärputsch des Februar 1981 abgeschlossen, den er mit verblüffender Unbeugsamkeit schon in den Anfängen erstickt hatte. Es war die Stunde seiner Bewährung als Oberbefehlshaber der Armee, die jetzt erkennen mußte, daß es zur Militärherrschaft in einem Land, in dem Madrid und Barcelona inzwischen zu Millionenstädten geworden waren, keinen Rückweg mehr gab.

Eindrucksvoller als das, was die Krone geleistet hat, ist vielleicht das, was sie vermied. Die Fehler, die sie nicht gemacht, die Entgleisungen, die verhindert wurden, wird kein Geschichtsbuch jemals verzeichnen, kaum glaublich, daß sich der Dialog unter spanischen Politikern heute in zivilisierteren Formen abspielt als in manchen der westlichen Demokratien. Gewiß hat die Jugend des Königs zu seiner Popularität beigetragen, die weniger von charismatischem Glanz angestrahlt als von einem ruhigen Feuer demokratischer Vertrauenswürdigkeit erwärmt wird. Und ohne diese Monarchie hätte Spanien kaum das Vertrauen des Auslands und den Platz in Europa gewonnen, der ihm heute sicher ist.

HEINZ BARTH





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

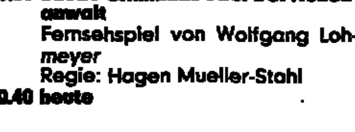
9.45 ARD-Ratgeber
10.05 Bocuse à la carte
10.30 Die Schwarzwaldklinik
11.55 Ungeschminkt und fern der Heimat
12.00 Umschau
12.15 Weltspiegel
Moderation: Gerd Ruge
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Unglaublich – aber auch wahr?
Für Astrologen gar keine Frage. Unser Schicksal steht in den Sternen. Der kritische Zeitgenosse hat da aber so seine Zweifel. Was ist dran an der Astrologie, inwiefern ist unser Leben wirklich vorbestimmt? Gibt es überhaupt ein Schicksal?
17.20 Die Märchenbraut
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die schöne Otero
Letzter Teil: Caroline auf der Höhe ihres Ruhms
21.15 Rückkehr gen Osten
Die Re-Islamisierung der Türkei
Filmbericht von Peter Mezger
22.00 Sketchup
Lachen mit Iris Berben und Diether Krebs
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nachtstudio
Die Ärztin
Chinesischer Spielfilm (1984)
Mit Pan Hong, Da Shichang u. a.
Regie: Wang Quimin und Sun Yu
Lu Wenting, eine hochgeschätzte Ärztin an einer chinesischen Augenklinik, hat wie ihr Mann die besten Jahre ihres Lebens durch die Kulturrevolution verloren. Dennoch arbeitet sie aufopferungsvoll auf Kosten ihrer Familie und ihrer Gesundheit ...
0.40 Tagesschau
0.45 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

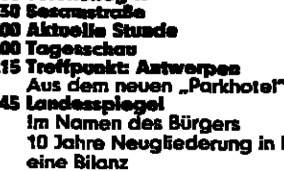
ZDF

16.00 heute
16.04 Die Zukunft im Visier
Rüdiger Proske im Gespräch mit Professor Erich Elstner, Institut für Botanik und Mikrobiologie an der Technischen Universität München
Thema: Waldsterben
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Im Reich der wilden Tiere
Die Geparden werden überleben
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Reportage am Montag
Der unentbehrliche König
Über Juan Carlos von Spanien berichtet Michael Vermehren
20.15 Dr. Crippen lebt
Deutscher Spielfilm (1957)
21.35 Ratschlag für Kinogänger
„Wetherby" von David Hare
21.45 heute-journal
22.05 Tucholsky
Im Dezember jährt sich sein Todestag zum 50. Mal. Kurt Tucholsky, im Dritten Reich verbannter Schriftsteller und Journalist, nahm sich 1935 im schwedischen Exil das Leben. Wiltrud Mannfeld fertigt anhand seiner Texte, die Bruno Ganz liest, ein Porträt Tucholskys an.
23.05 Cautio Criminalis oder Der Hexenanwalt
Fernsehspiel von Wolfgang Lohmeyer
Regie: Hagen Mueller-Stahl
0.40 heute



Neue makabre Späße mit Diether Krebs und Iris Berben in „Sketchup" – 22.00 Uhr, ARD FOTO: TELEBUNK

III.



WEST

18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Treffpunkt: Antwerpen
Aus dem neuen „Parkhotel"
21.45 Landesspiegel
Im Namen des Bürgers
10 Jahre Neugliederung in NRW – eine Bilanz
22.15 Liebe ist kein Argument
Film von Marianne Lüdcke, nach Motiven des Romans von Leonie Ossowski
Mit Erika Pluhar, Günter Lamprecht, Nina Hoger u. a.
23.45 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
Das tägliche Brot der Fußballnationalmannschaft
19.15 Streng geheim (5)
20.00 Tagesschau
20.15 Ladendiebinnen – ist Klauen eine Lust?
21.00 Das Montagsthema
22.00 Der gläserne Schlüssel
Amerikanischer Spielfilm (1942)
Mit Veronica Lake, Alan Ladd u. a.
Regie: Stuart Heisler
23.20 Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Kinder dieser Welt (10)
18.55 Kinderlied
19.05 Drei – D Spezial
Magazin Zukunft
20.00 Skizzen vom Rückzug
Ein Trierer Maler sieht Rußland im Krieg
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Drei aktuell
21.45 Magnum
Pas de deux mit dem Tod
22.50 Focus on Jazz
Memories of Eubie

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
20.15 Hilde Domin: Heimkehr ins Wort
Ein Porträt der 73jährigen Schriftstellerin
21.00 Flash Gordons Flug zum Mars
Das Wunder der Magie
21.20 Rückblende
Vor 85 Jahren gestorben: Anna Seghers
21.55 Die Kinder von Tucurevi
22.20 Sport – Show – Unterhaltung
23.20 Jazz am Montagabend

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Von der Quelle bis zur Mündung
Ökologische Bedrohung der Fließgewässer
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Z. E. N.
Und es ward Licht
Fotografien von Kurt Schubert
22.50 Element „D"
5. Die Falle
23.50 Rundschau



SAT 1

13.30 Kimba, der weiße Löwe
Expedition Tonga
14.00 Tarzan
Die Teufelskatze
15.00 Mein Freund Taffdi
Ein Traumgeschäft
15.30 Musicbox
16.30 Bill Cosby
Der Reichmacherbrief
17.00 Ufo
Computer lügen nicht
18.00 Westlich von Santa Fé
Der Stern des Sheriffs
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
Nachrichten und Reise-Quiz
18.45 Marie Antoinette
Die Guillotine
Anschließend: APF Wetterblick
20.30 TOP Wirtschaftsreportage
Tagesordnungspunkt: Saarland
Noch Feuer unter der Asche?
Das Stahlland vor der Umstrukturierung – beobachtet von Jan-Gert Hagemeyer
21.00 Galerie Buecher
Deutsche Familien-Serie
21.30 APF blick
Aktuelles,
Show und Künstler,
Sport und Wetter
22.15 Drauf und dran
Amerikanischer Spielfilm (1958)
Mit Joel McCrea, Julie Adams u. a.
Regie: Joseph M. Newman
23.35 APF blick
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Neues aus Uhlenbusch
19.00 heute
19.30 Sportreport
mit „Sport am Montag" aus Österreich
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 cinema international
Das Leben, die Liebe, der Tod
Franz.-ital. Spielfilm (1968)
Mit Amidou, Caroline Cellier, Janine Magnan u. a.
Regie: Claude Lelouch
Der Pariser Automobilarbeiter François Toledo wird von der Polizei überwacht, da er im Verdacht steht, drei Dirnen ermordet zu haben. Bei einem Rendezvous mit seiner Geliebten Caroline wird Toledo verhaftet.
23.40 3SAT-Spielfilm-Vorschau
0.00 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

20.20 Filmvorschau
20.30 Doppelliebe
Französischer Spielfilm (1984)
Mit Xavier Deluc, Roger Dumas, Géneviève Fontanel u. a.
220.05 RTL-Spiel
22.10 Das Kind im Manne
22.40 Horoskop
22.45 Betthupferl

Bei der Abtreibung Fronten quer durch die Union

● Fortsetzung von Seite 1

zugehen". Worauf es jetzt ankomme, sei, das Machbare auch zu tun. Und hier habe seine Regierung – der Kanzler zollte dabei dem früheren Familienminister Geißler ausdrücklich Respekt – große Leistungen vorzuweisen, von der Einrichtung von Stiftungen zum Schutz des ungeborenen Lebens bis zum Erziehungsgeld und den Begleitmaßnahmen dazu. Sein Bestreben sei gewesen, „eine Lage zu schaffen, daß niemand sagen kann: weil meine finanzielle Lage so ausweglos ist, muß ich abtreiben".

Die Diskussion in der Jungen Union drehte sich vorrangig darum, ob der Paragraph 218 selber oder ob die Reichsversicherungsordnung über die Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen geändert werden solle, um Mißbräuche bei der Abtreibung zu verhindern. Übereinstimmend war man der Meinung, vorrangiges Ziel müsse sein, die Beratung zu verbessern. „Wir wollen helfen, nicht strafen", hatte der JU-Vorsitzende Christoph Boehr schon in seinem Einführungsreferat gesagt.

Der Deutschlandtag beschloß deshalb zwar eine Änderung des Paragraphen 218 zu verlangen, dabei aber nicht den strafrechtlichen Teil der Bestimmung anzutasten. Statt dessen soll der Teil b des 218 neu gefaßt werden. Dabei geht es darum, eine strikte Trennung der drei Schritte bei einem Schwangerschaftsabbruch einzuführen. Beratung, Indikation und danach der Vollzug einer Abtreibung sollen nach dem Willen der Jungen Union räumlich und zeitlich voneinander getrennt werden. Anträge, die soziale Indikation ganz zu streichen oder die Reichsversicherungsordnung so zu ändern, daß Abbrüche nicht mehr von den Kassen bezahlt würden, sind mit Mehrheit abgelehnt worden.

Um Abtreibungen zu erschweren und einen „verbesserten Schutz des ungeborenen Kindes" zu erreichen, hat das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken (ZdK) Änderungen der den Schwangerschaftsabbruch regelnden gesetzlichen Vorschriften verlangt. Diese seien unumgänglich, da die Gesetze mißbraucht würden und die Ursachen dafür „im Gesetz selbst begründet" seien, hieß es in einer auf der Herbstvollversammlung des Zentralkomitees am Samstag verabschiedeten Resolution.

Nach Genf geht Reagan erneut in die Offensive

Bewußt greift der US-Präsident das Afghanistan-Thema auf

FRITZ WIRTH, Washington

Die amerikanische Gipfel-Delegation läßt keine Zweifel, daß sie als Sieger aus Genf zurückgekehrt ist. Präsident Reagan machte am Wochenende das Treffen zum Thema seiner wöchentlichen Rundfunkansprache und erklärte: „Hauptziel der Sowjets war es, uns dazu zu bringen, SDI fallen zu lassen. Ich glaube jedoch, daß Mr. Gorbatschow in Genf begriffen hat, daß wir nicht die geringste Absicht dazu haben."

Zugleich ging Reagan in die Offensive und forderte die sowjetische Regierung auf, einen Zeitplan für den Abzug ihrer Truppen aus Afghanistan bekanntzugeben „und zur Kenntnis zu nehmen, daß die Freiheitskämpfer nicht besiegt werden können".

Reagan nahm die bevorstehenden Afghanistan-Gespräche der Vereinten Nationen zum Anlaß, dieses Thema anzusprechen. Gut informierte Kreise in Washington sehen jedoch konkretere Zusammenhänge. Reagan gewann in seinen Privatgesprächen in Genf mit Gorbatschow den Eindruck, daß die Sowjets in der Afghanistanfrage eine Lösung suchen. Er deutete dies auch am Freitag in Gesprächen mit amerikanischen Chefredakteuren im Weißen Haus an. Der amerikanische Präsident hat offenbar erkannt, daß hier etwas in Bewegung kommt und möchte den Druck aufrecht erhalten, bis Lösungen erkennbar werden.

Menschenrechte

Bewegung erwartet man in naher Zukunft in Washington auch in der Menschenrechtsfrage. Das bemühte Schweigen aller amerikanischen Delegationsteilnehmer zu diesem Thema, das in Genf ausführlich behandelt wurde, wird in Washington als ein Zeichen dafür verstanden, daß man auf amerikanischer Seite positive Entwicklungen nicht durch falsche oder provozierende Vokabeln zum Stoppen bringen will.

Es gibt jedoch keinen Zweifel, daß die von Präsident Reagan nach seiner Rückkehr von Genf sowohl im Kongreß wie auch vor seinem Kabinett gebrauchte Formel, daß es jetzt Sache der Sowjets sei, „statt Worte Taten sehen zu lassen", sich in erster Linie auf Afghanistan und die Menschenrechtsproblematik bezogen hat.

Reagan selbst zog in seiner Rundfunkansprache für Genf die Bilanz eines Siegers. „Wenn aus dem Gipfel am Kaminfeuer eine Schlußfolgerung zu ziehen ist, dann diese: Die amerikanische Politik funktioniert wieder. Amerika ist wieder stark. Die Sowjets haben erkennen müssen, daß wir nicht mehr länger nur auf Weltereignisse reagieren, sondern daß wir in der Vorderfront einer mächtigen historischen Strömung für Freiheit und neue Möglichkeiten stehen."

Reagan fürchtet jedoch offenbar, daß die Sowjets, nachdem sie bei ihm in Abrüstungsfragen und vor allem beim Kampf um die Strategische Verteidigungsinitiative auf Granit stießen, nun auf indirektem Wege über den Kongreß versuchen könnten, das zu erreichen, womit sie in Genf scheiterten.

Drei Krisenpunkte

Inzwischen sind einige Einzelheiten aus dem Genfer Konferenzraum und den Privatgesprächen zwischen beiden Regierungschefs bekannt geworden. Danach gab es drei wirkliche Krisenpunkte in den beiden Verhandlungstagen: SDI, Afghanistan und die Abfassung der gemeinsamen Schlußerklärung. Das SDI-Thema wurde von den Sowjets bald fallen gelassen, als sie erkannten, daß Reagan zu keinen Kompromissen bereit war.

In der Afghanistanfrage entwickelte sich auf dem Höhepunkt der Diskussion folgender Dialog: Reagan: „Sie haben kein Recht, in Afghanistan, Äthiopien und Angola zu sein. Kein Recht. Dies ist sojwetische Aggression. Dies hat destabilisierende Folgen." Gorbatschow: „Für diese Vorwürfe gibt es nicht die geringste Grundlage. Hier kämpfen Menschen um ihre nationale Befreiung."

Die Auseinandersetzungen um die gemeinsame Schlußerklärung waren am späten Mittwochabend so festgefahren, daß die USA drohten, ohne eine solche Erklärung Genf zu verlassen. Außenminister Shultz glaubte jedoch den Hauptsünder erkannt zu haben. Er kehrte nach dem gemeinsamen Dinner in die Kaffeerunde der beiden Regierungschefs und ihrer Berater zurück, wies mit dem Finger auf den stellvertretenden sowjetischen Außenminister Kornijenkow und sagte: „Sie sind ein Obstruktionist. Mit Ihnen läßt sich nicht zusammenarbeiten."

Rom ist zu SDI-Beteiligung entschlossen

F. M. Rom

Die italienische Regierung hat sich zuverlässigen Informationen zufolge zur Beteiligung am amerikanischen SDI-Projekt entschlossen. Ministerpräsident Craxi wird wahrscheinlich Mitte Dezember vom Parlament die Ermächtigung zur Aushandelung eines Rahmenabkommens mit den USA erbitten. Mit diesem Abkommen soll den Amerikanern die Seriosität der um SDI-Beteiligung nachsuchenden italienischen Unternehmen garantiert und sichergestellt werden, daß diese Unternehmen das Recht auf Nutzung der im Rahmen des SDI-Programmes erzielten Forschungsergebnisse haben.

In Regierungskreisen ist man überzeugt, daß Craxi im Parlament keine unüberwindlichen Schwierigkeiten haben wird, den von ihm gewünschten Verhandlungsauftrag zu erhalten. Nach dem Genfer Gipfel, so wird argumentiert, habe das Thema SDI seinen politisch explosiven Charakter verloren. Craxi wolle vor dem Parlament darauf hinweisen, daß im Genfer Schlußdokument die ursprünglich von den Sowjets ausgesprochene Drohung nicht mehr erwähnt werde, bei einer Fortsetzung von SDI die Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung zu torpedieren.

Der Ministerpräsident werde auch an das Gorbatschow gegebene Versprechen Reagans erinnern, die SDI-Forschung nicht für die Entwicklung neuer Offensivwaffen zu nutzen und die Forschungsergebnisse den Sowjets zur Verfügung zu stellen.

Wie sich die kommunistische Opposition bei der Abstimmung über die SDI-Beteiligung verhalten wird, gilt heute – im Gegensatz zu der Zeit vor dem Genfer Gipfel – als eine offene Frage. Bisher hatte die KPI ihre Entschlossenheit bekundet, die Beteiligung mit allen Mitteln zu verhindern. Jetzt wird eine kommunistische Stimmenenthaltung im Parlament nicht mehr ausgeschlossen.

Craxi und Außenminister Andreotti sind offensichtlich bemüht, den Kommunisten eine derartige Zurückhaltung durch neue Initiativen in der Ostpolitik zu erleichtern. So sandte Craxi am Wochenende ein Telegramm an Gorbatschow, in dem er diesen zum Ausgang des Genfer Treffens beglückwünschte. Und im Außenministerium wurde mitgeteilt, daß Andreotti am 6./7. Dezember Prag besuchen werde.

Die Nationalitäten-Frage vor dem Kulturforum

Jeder vierte Ungar lebt außerhalb der Landesgrenzen

CARL G. STRÖHM, Budapest

Ungarn hat auf dem Kulturforum der KSZE in Budapest, das heute zu Ende geht, die Schlußphase der geschlossenen Sitzungen dazu benutzt, um erstmals vor einem internationalen Gremium das Schicksal der ungarischen Volksgruppen außerhalb der Grenzen des Landes – besonders aber die Situation der ungarischen nationalen Minderheit in Rumänien zur Sprache zu bringen. So erklärte Marton Klein, Mitglied der ungarischen Delegation und Abteilungsleiter im Budapester Außenministerium, die Frage der Nationalitäten in Südosteuropa sei nicht gelöst.

Der Präsident des ungarischen Pen-Clubs, Ivan Boldiszar – einer der prominenten und dem Kadar-Regime eng verbundenen Literaten – forderte, die Mehrheitsnation (im konkreten Fall: die Rumänen) müsse der Minderheit nicht nur gleiche, sondern größere Rechte gewähren, um die Nachteile des Minderheitenstatus auszugleichen.

An die tragischen Lehren der Geschichte im Karpatenbecken erinnerte ein weiterer ungarischer Sprecher. Istvan Kiraly, Mitglied der ungarischen Akademie der Wissenschaften und Professor für Literaturgeschichte an der Universität Budapest, erklärte vor dem Kulturforum der KSZE, jedes Land solle gewährleisten, daß die nationalen Minderheiten nicht ein Element der Trennung, sondern der Verbindung und der Zusammenarbeit mit dem Mutterland dieser Minderheit würden.

„Genozid" in Siebenbürgen

Das Kadar-Regime, das bisher in der Frage der außerhalb der Grenzen des Landes lebenden Ungarn große Zurückhaltung übte, hat nun mit diskreter Unterstützung auch westlicher Staaten begonnen, die Frage der in Siebenbürgen lebenden Landsleute auf die internationale Tagesordnung zu setzen. Parteiführung und Regierung der ungarischen Volksrepublik tragen damit einer weitverbreiteten Stimmung unter der Bevölkerung und besonders unter den Intellektuellen Rechnung. Auf einer offiziell nicht gestatteten, aber inoffiziell geduldeten Parallelveranstaltung zum Budapester KSZE-Kulturforum hatten ungarische Intellektuelle vor westlichen Gästen lebhafte Klage über den „Genozid" und die Unterdrückung an den über 2 Millionen Angehörigen der ungarischen Volksgruppe in Siebenbürgen (Rumänien) geführt. Insgesamt war von den Intellektuellen die Situation der ungarischen Minderheiten in den Nachbarstaaten – außerdem leben noch je 400 000 Ungarn in der Tschechoslowakei und Jugoslawien sowie 150 000 in der Sowjetunion – als „katastrophal" bezeichnet worden. Die Tatsache, daß – je nach Zählung – ein Viertel bis ein Drittel der ungarischen Nation außerhalb der Grenzen Ungarns leben muß, wird von vielen Ungarn als tiefe Wunde empfunden. Besonders schmerzhaft empfinden es die Ungarn, daß die Verbindung der größten außerhalb der Grenzen lebenden ungarischen Volksgruppe zum Mutterland von der kommunistischen Regierung Rumäniens systematisch unterbunden wird.

Schikanen an der Grenze

So ist etwa die Budapester ungarische KP-Zeitung „Nepszabadsag" ebenso wie andere Publikationen aus Ungarn in den ungarischsprachigen Gebieten Rumäniens faktisch verboten. Ein kleiner Grenzverkehr zwischen Ungarn und Rumänien existiert nicht. Ungarn, die aus der ungarischen Volksrepublik in die ungarischsprachigen Gebiete Rumäniens reisen wollen, werden durch die rumänischen Behörden allen möglichen Schikanen unterworfen, wenn man sie nicht gleich zurückschickt. Budapester Studenten, die ungarische Bücher über die Grenze nach Siebenbürgen mitnehmen wollten, wurden von der rumänischen Polizei tagelang in Haft gehalten und verhört.

In Budapest ist die jüngste Rede des rumänischen Partei- und Staatschefs Nicolae Ceausescu, in welcher er vor „chauvinistischen Manifestationen" und vor einem Wiederaufleben des Neofaschismus und „Revanchismus" warnte, als mehr oder weniger direkter Angriff auf Ungarn aufgefaßt worden. Auch haben rumänische Sprecher auf dem Budapester Kulturforum inzwischen erklärt, in Rumänien hätten alle Nationalitäten gleiche Rechte und folglich sei die nationale Frage in diesem Lande – im Gegensatz zu den ungarischen Behauptungen – endgültig gelöst.

Bankrott in Liverpool ist abgewendet

gat. London

In allerletzter Sekunde – kurz bevor die mittelenglische Industriestadt Liverpool finanziell Bankrott gewesen wäre – kam die Labour-Führung im Stadtparlament doch noch zur Einsicht und beschloß, einen ordentlichen Haushaltsplan zu erstellen und somit wieder zu Geld zu kommen. Diese Wende kam allerdings nicht ohne immensen Druck seitens der Parteiführung, der Gewerkschaften und im letzten Augenblick in der Nacht zum Samstag von den 500 Delegierten der Labour-Bezirkskonferenz zustande. Die trotzkistische Militant Tendancy, die die Labour Party im Liverpooler Stadtrat beherrscht, bezeichnete ihr Einschwenken nicht als Niederlage oder Einsicht, sondern als vorübergehende Maßnahme, erforderlich geworden wegen der mangelnden Unterstützung der nationalen Parteiführung und der Gewerkschaften.

Labour-Chef Neil Kinnock kündigte am Freitag erzürnt an, daß die Partei mit der konservativen Regierung zusammenarbeiten würde, um die eigene Partei im Liverpooler Rathaus „zur Vernunft" zu bringen. Da hatten die Radikalen mit dem Trotzkisten und stellvertretenden Ratsvorsitzenden Derek Hutton an der Spitze ein von Labour-Experten ausgearbeitetes Rettungsangebot ausgeschlagen. Wie zuvor lehnte man finanzielle Umschichtungen im Stadtbudget sowie eine Steuererhöhung ab. Alles Voraussetzungen, um an weitere staatliche Zuschüsse heranzukommen. Damit wäre der Weg in den Konkurs und die Zahlungseinstellung am heutigen Montag für die Stadtbediensteten unabwendbar gewesen. Die Krise in Liverpool begann im Herbst 1984, als man sich gemeinsam mit 19 weiteren Labour-regierten Städten weigerte, den von der Regierung auferlegten Sparmaßnahmen und Steuergrenzen zu folgen. Schließlich, Mitte dieses Jahres stand Liverpool nur noch alleine in Opposition zur Regierung. Im Budget gab es ein Defizit von rund 340 Millionen Mark und um jetzt zahlungsfähig zu bleiben, benötigte man unmittelbar rund 100 Millionen. Eine im Herbst herausgeschickte Kündigung sämtlicher 31 000 Beschäftigten zum 31. Dezember mußte unter dem Druck der Gewerkschaften rückgängig gemacht werden. In den vergangenen Tagen waren Notpläne ausgearbeitet worden.



UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

Teure Allmacht

J. G. – Kommt es so, wie auch der nüchtern rechnende Großaktionär es gar nicht will, dann wird die mit eingespieltem Personal erfolgreich in Düsseldorf arbeitende große Energieholding Contigas, zu fast der Hälfte ihres Kapitals noch in Privatbesitz (Ruhrkohle und 9000 Streubesitzer), den Firmensitz nach München verlagern. Ein weiterer Fall des Zugs nach Süden, den hier aber allein die Politik diktiert.

Konkreter: Ministerpräsident Strauß, wie weiland die absolutistischen Herrscher der Merkantilismus-Ära auf staatsgeförderte Mehrung der Wirtschaftskraft im eigenen Territorium erpicht, benutzt auch die mehrheitlich dem Freistaat (mit dem Rest vor allem dem Bundeskonzern Viag) gehörende Münchner Energieholding Bayernwerk, die vor vier Jahren die Contigas-Mehrheit aus Privatbesitz erwarb, als Vehikel solchen Tuns.

Höchste Zeit zur Erinnerung daran, daß da generell, nicht nur für die privaten Contigas-Aktionäre, aus landesherrlicher Allmacht Unvernünftiges geschieht. Denn wieder einmal ist hier die Kardinalfrage akut, was eigentlich der Steuerzahler von solcher Kapitalakkumulation in lenkender Staatshand hat.

Etatentlastung gibt's dabei nicht. Das rentierliche Bayernwerk etwa hat seit einem Dutzend Jahren sein Aktienkapital mehr als verdreifacht und dafür vom Staat weit mehr Geld genommen als an Dividenden gezahlt. Ergo ein prächtiger Privatisierungsaspirant. Energiepolitik macht man mit Gesetz und nicht mit Steuergeld. Den Gegenbeweis sollte man Strauß getrost abfordern. Er wird ihn bestimmt nicht schaffen.

Vertrauensfrage

K.S. – In Brasilien sind letzte Woche drei Banken geschlossen worden. 400 Millionen Dollar Auslandsverbindlichkeiten stehen in ihren Bilanzen. Der Staat will für diese Verpflichtungen möglicherweise keine Garantie übernehmen. Diese Haltung entspräche den Gesetzen der Marktwirtschaft. Schließt ein Unternehmen die Pforten, muß es die entstandenen Schwierigkeiten selbst bewältigen – ohne den Staat. Doch die Frage ist, ob ein Land, das dem Ausland über 100 Milliarden Dollar schuldet und auf weiteres Kapital angewiesen ist, sich so eine Prinzipientreue leisten kann. Die fehlende Stütze der Regierung wird das brasilianische Image stark angreifen. Wenn Gläubiger wieder einmal Geld verlieren, fühlten sich jene bestärkt, die ein Engagement in diesem südamerikanischen Land auch bisher als zu risikoreich eingestuft hatten. Und das ist die Gefahr. Schließlich braucht Brasilien das Vertrauen der ausländischen Investoren und das der internationalen Banken. Und was sind schon 400 Millionen Dollar im Vergleich zu mehr als 100 Milliarden Dollar?!

INDUSTRIE / BDI-Präsident Langmann: Eureka und SDI komplementäre Projekte

Die hohe Steuerlast wird zu einem gefährlichen Wettbewerbsnachteil

HEINZ STÜWE, Bonn

Nur durch eine umfassende Reform der Unternehmensbesteuerung kann nach Auffassung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) die Attraktivität der Bundesrepublik als Unternehmensstandort gesichert werden. BDI-Präsident Hans Joachim Langmann sieht in der hohen Steuerlast einen zunehmenden Wettbewerbsnachteil für die deutsche Industrie: „Es gibt kein Industrieland von Bedeutung, daß wie wir die einbehaltenen Gewinne mit 70 Prozent besteuert."

Langmann verwies bei einem Besuch der WELT-Redaktion auf drastische Steuersenkungen im Ausland: „Dadurch ist für die deutsche Industrie eine gefährliche Situation entstanden." Zwar würden „von einem Jahr zum anderen" keine Auswirkungen zu spüren sein, ermann mochte jedoch eine Abwanderung von Betrieben ins Ausland aus steuerlichen Gründen nicht ausschließen.

Die Zielrichtung der beschlossenen zweistufigen Steuerentlasung begrüßte der BDI-Präsident: „Der BDI war immer der Meinung, daß es richtig ist, als ersten Schritt die Steuern für die Privaten zu senken. Zu Plänen der Regierungsparteien, die Progression im Einkommmensteuer-Tarif abzuflachen und den Spitzensteuersatz zu senken, Vorschlägen, denen auch der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) Vorrang einräumen möchte, meinte Langmann: „Natürlich bestreitet niemand, daß eine Senkung des allgemeinen Steuerniveaus eine gute Sache wäre, sie würde auch den kleinen und mittleren Unternehmen zugute kommen." Eine wirkliche Unternehmenssteuer-Reform müsse jedoch vorrangig bei der Gewerbesteuer und der zu 80 Prozent von den Unternehmen aufgebrachten Vermögensteuer ansetzen.

Bei der Finanzierung unterscheidet Langmann zwischen Wunsch und Wirklichkeit: „Es steht außer Frage, daß eine solche Steuerreform leicht durch Subventionsabbau zu finanzieren wäre. Ebenso sicher ist, daß sie so nicht finanziert werden wird." Dabei gibt es nach Langmanns Ansicht durchaus entbehrliche staatliche Zuschüsse, etwa für die Vermögensbildung. „Es gibt heute keinen Grund, die private Vermögensbildung steuerlich zu begünstigen." Aber: „Leider ist das eine heilige Kuh, die nicht geschlachtet werden darf." In einer zusätzlichen Neuverschuldung sieht er keine Lösung, so daß für ihn nur noch eine Umschichtung von den direkten zu den indirekten Steuern, also eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, als gangbarer Weg bleibt.

Die Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit muß nach Ansicht Langmanns in der Wirtschaftspolitik an erster Stelle stehen. „Den Vorteil, den wir heute wirklich noch haben, müssen wir mit allen Mitteln behaupten." Als Folge der jüngsten Entwicklungen der Wechselkurse sieht Langmann wohl eine Ertragsminderung der deutschen Exporteure, „die reale Wettbewerbsposition der deutschen Exporteure hat sich aber trotz der Aufwertung weiter verbessert." Während die Ausfuhr derzeit auf hohem Niveau verharre, sei die Inlandskonjunktur deutlich stärker geworden. „Bemerkenswert" nannte er es, daß 200 000 Menschen mehr als im Vorjahr beschäftigt würden, obwohl es am Bau 160 000 Arbeitsplätze weniger gebe. „Die nach wie vor starke Investitionstätigkeit wird sich erst dann in der Beschäftigung niederschlagen, wenn die jetzt bestellten und gebauten Anlagen in Betrieb gehen," gab sich Langmann optimistisch.

Zur Diskussion um eine deutsche Beteiligung am amerikanischen SDI-Projekt sprach sich Langmann für ein Regierungsabkommen mit den USA aus. „Aus der Sicht des einzelnen Unternehmens erscheint es nicht unbedingt nötig, es hätte jedoch – wenn es um Geheimhaltung und Zugang zu Informationen geht – sicher eine reale Bedeutung." Beim europäischen Forschungsprogramm Eureka ist es nach Ansicht Langmanns noch viel zu früh für ein abschließendes Urteil. Unbestreitbar gebe es einen „nicht unerheblichen politischen Willen, Eureka in die Realität umzusetzen." Langmann sieht in Eureka jedenfalls kein Gegenstück zu SDI: „Es handelt sich um komplementäre Projekte."

US-AKTIENMÄRKTE

Wall Street glaubt, daß der „Dow" auf 1700 steigt

H.-A. SIEBERT, Washington

Die Wall Street hat wieder eine aufregende Woche hinter sich. Alle wichtigen Aktienbarometer durchbrachen mehrfach ihre Hochs, die Zinsen für 30jährige Treasury Bonds blieben zum erstenmal seit sechs Jahren unter zehn Prozent, und der Dollar fiel am New Yorker Platz auf 2,5650 Mark – 26 Prozent weniger als im Februar. Dieser Gleichmarsch in Richtung weiche Landung, der die „akkomodierende" Hand der US-Notenbank bestätigt, läßt keine Müdigkeit aufkommen. Das Wettrennen um neue Rekorde, nun gut zwei Monate alt, ist, so scheint es, noch nicht zu Ende.

Denn abgesehen von der Aussicht auf noch billigeres Geld, auf das trotz vieler Warnungen die Mehrheit der Analysten setzt, schüren noch andere Faktoren die Hausse. So zum Beispiel die Rechnung, daß in Amerika als Folge der Fusionswelle immer weniger Aktien als Kapitalanlage zur Verfügung stehen. Wer jetzt nicht auf den Zug springt, muß also später höhere Preise zahlen. Die bisher nur bescheidenen Gewinnmitnahmen stützen diese von ernst zu nehmenden Brokern vertretene These.

Daß die US-Rentenmärkte in der vergangenen Woche die massiven Auktionen der Treasury – 32 Mrd. Dollar – ohne Zinsanstieg verkraftet haben, war wiederum auf die übergroße Nachfrage nach den Schuldverschreibungen des Bundes zurückzuführen: Jeder wollte noch Papiere mit möglichst hoher Rendite erhaschen, man sprach von der „letzten Chance". Immerhin haben sich 30jährige Treasury Bonds seit Ende Oktober von 10,5 auf 9,99 (Vorjahr: 11,32) Prozent verbilligt. Dreimonatige Treasury Bills brachten Freitag 7,21 (8,40), Federal Funds 7,05 (8,94) Prozent.

Obwohl niemand weiß, wie lange die Renditen der Renten sinken, hilft dieser Trend den Aktien. Texaco beispielsweise zahlt eine Dividende von neun Prozent. Als Motor erwiesen sich jedoch diesmal vor allem neue Fusionsgerüchte. So soll Pfizer an Sterling Drug, die Schweizer Sandoz an der Rorer-Gruppe, Quaker Oats an Campbell Soup und Texaco an Pennzoil, gegen die sie gerade einen riesigen Schadenersatzprozeß verloren hat, interessiert sein. Die Aktionäre der American Hospital Supply stimmten außerdem der Übernahme durch die Baxter Travenol Laboratories zu.

In diesem Klima legte der Dow-Jones-Industrie-Index im Wochenverlauf noch einmal 29,24 Punkte zu; am Freitag (plus 2,06) schloß er mit 1464,33 Punkten – 253 mehr als zum Jahresbeginn. Neue Rekorde stellten auch der Nyse-Index mit 116,24 und der Standard & Poor's 500 mit 201,52 Punkten auf. Über die Woche und am Freitag gewannen diese beiden Barometer 1,88 (0,12) und 3,41 (0,11) Punkte. Die Euphorie geht so weit, daß an der Wall Street ein „Dow", der etwa Mitte 1986 die 1700-Marke durchbricht, nicht mehr ausgeschlossen wird.

Liberalisierung im Verkehr

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Das Bekenntnis zum Wettbewerb ist in der Bundesrepublik so verbreitet, daß die Auseinandersetzung des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung damit auf den ersten Blick wie der Versuch anmutet, Eulen nach Athen zu tragen. Leider ist dem nicht so. Zwar gibt es nur wenige, die im dynamischen Wettbewerb nicht das Leitbild einer nach vorne gerichteten Wirtschaftspolitik für Wachstum und Beschäftigung sehen.

Allerdings scheiden sich die Geister, wenn es konkret wird, wie der Streit zwischen dem Verkehrsgewerbe und der Bundesregierung zeigt. Dabei ist das, was die Regierung anstrebt, gemessen an dem, was der Sachverständigenrat für notwendig hält, noch zu wenig.

Der Straßengüterverkehr in der Bundesrepublik, vor allem der Fernverkehr, gehört zu den weitgehend regulierten Märkten. Deswegen sind, so der Sachverständigenrat, die Tarife im Fernverkehr um rund 30 bis 40 Prozent überhöht. Eine Zahl, die nicht aus der Luft gegriffen ist. So wurde von der Bundesbahn – die sich nicht nur auf diesem Markt auskennt, sondern zu deren Schutz vor mehr als fünfzig Jahren die Beschränkungen eingeführt wurden, von denen sie jetzt auch nicht mehr viel hält – ein Satz von 20 Prozent genannt. Und das Gewerbe war im Seehafenhinterlandverkehr „freiwillig" zu Tarifzugeständnissen von mehr als zehn Prozent bereit, um eine gewisse Liberalisierung zu verhindern.

Wer jedoch nur die Worte Liberalisierung oder Deregulierung als Synonym für mehr Wettbewerb in den *Mund nimmt*, kann die Kritik gleich selber schreiben, da helfen auch die positiven Erfahrungen in den USA und Großbritannien nichts. Wer an der Regulierung der Preise oder an der Kontingentierung der Transportkapazitäten rüttelt, der muß sich mit dem Vorwurf auseinandersetzen, er wolle den Ruin des Gewerbes. Es wird die Furcht der Konzentration beschworen, bei der nur wenige große Unternehmen übrig bleiben würden.

Nun weist aber der Sachverständigenrat darauf hin, daß dieser Prozeß gerade durch den bestehenden Ordnungsrahmen gefördert wird. Um die festgesetzten Preise, die sich an der Kostenentwicklung orientieren, zu umgehen, sind Unternehmen dazu übergegangen, die reine Transportleistung mit der Lagerhaltung zu verbinden. Bei einem solchen Logistikangebot kann der Preis frei ausgehandelt werden, er muß nur über der reinen Transportleistung liegen. Es entstehen Wettbewerbsverzerrungen, so der Sachverständigenrat, weil die Umgehungsmöglichkeit nicht allen Unternehmen in gleicher Weise offensteht. Dies sei ein Grund für die Dringlichkeit einer Reform.

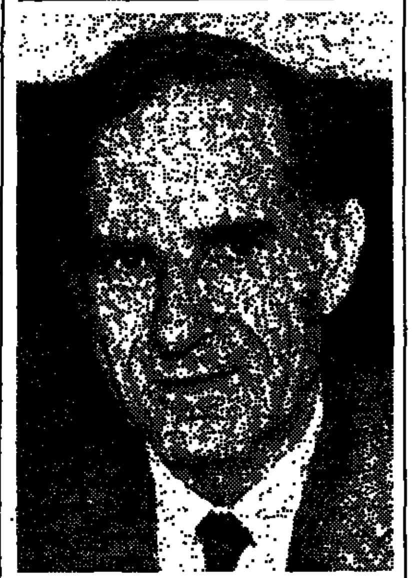
Hinzu kommen die Verkehrsverlagerungen auf die ausländischen Seehäfen hin, weil in den Nachbarstaaten die Transportpreise frei vereinbart werden können. Es besteht auch ein gewisser Zwang durch das Untätigkeitsurteil des Europäischen Gerichtshofs und durch den Beschluß der Regierungschefs, den EG-Binnenmarkt bis 1992 zu verwirklichen.

Die Bestrebungen innerhalb der EG nach mehr Harmonisierung bei der Preisbildung und bei den Kapazitätsregelungen wurden bisher mit dem Hinweis gekontert, daß dies ohne die Harmonisierung vor allem bei den Mineralöl- und Kraftfahrzeugsteuern nicht möglich wäre. Die Wettbewerbsverzerrungen gegenüber den Nachbarländern schätzt der Rat zwar auf 20 Prozent. Aber er hält diesen Einwand nicht für gravierend. Denn realistischerweise kann eine Reform nur schrittweise, in einer längeren *Übergangszeit erfolgen, während der* die Tarifmargen allmählich ausgeweitet werden.

Der Rat verspricht sich davon ein leistungsfähigeres und preisgünstigeres Transportangebot. Die Industrie könnte ihre Preise senken oder mit den Überschüssen Investitionen und neue Arbeitsplätze finanzieren. Die Transportunternehmen könnten dem Werkverkehr Konkurrenz machen. Kleinere Unternehmen könnten ihre Chance in Spezialtransporten suchen.

Gefordert ist die Bundesregierung. Sie muß deutlich machen, daß der gegenwärtige Zustand nicht haltbar ist und auch nicht verteidigt werden soll. Damit könnte jenen Kräften im Gewerbe Mut gemacht werden, die sehr wohl die Notwendigkeit einer Anpassung sehen. Mitgestalten kann nur, wer sich konstruktiv an den Arbeiten beteiligt.

AUF EIN WORT



„Im Innovationsprozeß ist der Schritt von der Forschung und Entwicklung in die Produktion entscheidend. Die schnelle Umsetzung in die Praxis ist auch im Hinblick auf die internationale Konkurrenz ein wirtschaftliches Gebot."

Prof. Dr. Wolfgang Hilger, Vorstandsvorsitzender der Hoechst AG, Frankfurt. FOTO: FRANK KLEEFELDT/DPA

Gatt: Anhaltende Unstimmigkeiten

AFP, Genf

Die Jahresversammlung des Gatt am 25. und 26. November in Genf wird nach Meinung der meisten Wirtschaftsexperten von harten Auseinandersetzungen über den Inhalt einer neuen multilateralen Verhandlungsrunde geprägt sein. Die Diskussion innerhalb der 90 Mitglieder zählenden Organisation hat noch keine Einigung zwischen der von den USA und der EG angeführten Gruppe der Industriestaaten und den Entwicklungsländern gebracht. Eine Mitte *November tagende Arbeitsgruppe*, die einen Bericht an die Generalversammlung verfassen sollte, ging ohne Ergebnis wieder auseinander.

TEMPOLIMIT

EG-Vorschlag kommt, aber Realisierung nicht absehbar

WILHELM HADLER, Brüssel

Die Ergebnisse des Großversuchs in der Bundesrepublik werden die EG-Kommission nicht davon abhalten, den Mitgliedsstaaten eine Geschwindigkeitsbegrenzung für Kraftfahrzeuge vorzuschlagen. Dies verlautete aus unterrichteten Kreisen in Brüssel. Allerdings *macht sich in der* Behörde niemand übertriebene Hoffnungen, daß es in absehbarer Zeit tatsächlich zu einem europaweiten Tempolimit kommen wird.

Die Vorbereitungen für einen entsprechenden Richtlinienvorschlag sind noch nicht abgeschlossen, so daß der am Donnerstag tagende Rat der Umweltminister das Thema noch nicht behandeln kann. Obwohl die Arbeiten auf einen Auftrag der Umweltminister zurückgeht, hat sich die Kommission nämlich bei der Untersuchung des Problems nicht auf die Umweltfolgen des motorisierten Straßenverkehrs beschränkt.

Sie prüfte daneben auch, inwieweit Geschwindigkeitsbegrenzungen aus Gründen der Energieeinsparung, der Verkehrssicherheit und der Harmonisierung der Verkehrsvorschriften in der Gemeinschaft sinnvoll sind. Daraus folgt, daß für die Verabschiedung einer Richtlinie nicht mehr allein die Umwelt-, sondern auch die Verkehrsminister zuständig wären.

Während für die Umweltpolitik bislang das Einstimmigkeitsprinzip gilt, könnte über eine Entscheidung im Rahmen der Verkehrspolitik mit qualifizierter Mehrheit abgestimmt werden. Die Kommission hat zugesagt, ihre Vorschläge noch vor Jahresende zu präsentieren. Sie werden sich nicht nur auf den Autobahnverkehr erstrecken, sondern auf das gesamte Straßennetz.

VEREINIGTE STAATEN

Die bisherige Preisstabilität läßt sich kaum überbieten

Sbt. Washington

Größere Aufmerksamkeit wird in den USA jetzt der Preisentwicklung geschenkt, nachdem sich die Teuerung im Oktober etwas beschleunigt hat. So erhöhten sich die Verbraucherpreise um 0,3 Prozent, verglichen mit jeweils 0,2 Prozent in den vorausgegangenen fünf Monaten. Seit Oktober 1984 nahmen sie um 3,2 Prozent zu. Zuvor hatte das Arbeitsministerium einen scharfen Anstieg der Herstellerpreise um 0,9 Prozent gemeldet. Spekuliert wird bereits über eine Inflationsrate von 5,5 bis sechs Prozent im kommenden Jahr.

Wie es heißt, ist die 1985 in Amerika erreichte relative Preisstabilität nicht mehr zu überbieten. Für das Gesamtjahr wird die Teuerungsrate vermutlich 3,5 Prozent betragen, gegenüber 3,8 bis vier Prozent seit 1982. Erzielt wurde dieses Ergebnis nach mehreren Jahren doppelstelliger Inflationsraten durch die restriktive *Geldpolitik, den Rückgang der Roh*stoff- und Energiepreise, die wechselkursbedingten Billigeinfuhren, die verbesserte Produktivität und die bescheidenen Lohnerhöhungen.

Zumindest zwei dieser „Preisdämpfer" verlieren an Wirkung: Einmal steuert die US-Notenbank seit Monaten einen expansiveren Geldkurs, zum anderen verteuert der schwächere Dollar nach einem „time lag" die Importe. Diese Gelegenheit werden die US-Unternehmen nutzen, die höheren Kosten zu überwälzen. Wie nach einem längeren Aufschwung üblich, fallen auch die Produktivitätsfortschritte nicht mehr so üppig aus. Nach einer Prognose des Conference Board steigen überdies *1986 die Löhne und Gehälter um vier* (1985: 3,5) Prozent. Bedenklich stimmt auch das steilere Anziehen der Preise für Dienstleistungen.

WIRTSCHAFTS ● JOURNAL

Firmenzusammenschlüsse

Häufigkeit in den wichtigsten Unternehmensbereichen

Anzahl 1973 bis 1984

Bereich	Anzahl
Handel	844
Mineralölerzeugnisse	522
Geld-, Bank-, Börsenwesen	419
Chemie	407
Sonst. Dienstleistungen	340
Eisen u. Stahl	302
Maschinenbau	300
Nahrungsmittelgewerbe	292
Elektrotechnik	284
kulturelle Leistungen	252

Quelle IW

Fusionen mit dem Ziel der Wettbewerbsbeherrschung oder der Wettbewerbsbeeinflussung sind bekannt, seit über den Eigenbedarf hinaus produziert wird. Gerade in den letzten Jahren aber sind Firmenzusammenschlüsse immer häufiger geworden. Oftmals wurde in diesen Fällen schwächere Konkurrenz von den Starken der Branche einfach aufgekauft. Der Lebensmitteleinzelhandel bietet hierzu gravierende Beispiele.

QUELLE: IMU

Reform des Maklerrechts

München (VWD) – Die Bundesre*gierung strebt nach den Worten von* Bundesjustizminister Hans Engelhard bessere Transparenz für die Kunden bei von Maklern vermittelten Darlehen an. Engelhard erklärte auf dem Kongreß des Verbandes deutscher Makler in München, bei der geplanten Neufassung des Maklerrechts noch in dieser Legislaturperiode werde berücksichtigt, daß sich Kreditsuchende bei der Einschaltung eines Kreditvermittlers über eine „oft erhebliche Verteuerung des Darlehens vielfach nicht hinreichend bewußt" seien. Künftig solle der Kunde im Vertrag eine Anzahl von Mindestangaben vorfinden wie Angaben über den effektiven Jahreszins und die Belastung durch das Maklerhonorar. Gleichzeitig wolle die Regierung mit der Neufassung des Maklergesetzes durch Einschnitte in Honorarvorschriften eine „übermäßige Belastung" der Kunden bei Umschuldung verhindern.

Zoll-Abbau

Washington (Sbt) – Die USA, Kanada und Japan schaffen die Einfuhrzölle auf Computerteile, darunter auch Terminals und Drucker, ab. Wie *der Handelsbevollmächtigte des* Weißen Hauses, Clayton Yeutter, in Washington erklärte, sparen amerikanische Unternehmen dadurch jährlich nahezu 200 Mill. Dollar. Für Halbleiter haben die USA und Japan die Grenzabgaben schon im April aufgehoben, *Kanada wird jetzt folgen*. In Amerika machen die Zölle auf Computerteile 4,3, in Japan 3,2 bis sechs und in Kanada 3,9 bis 6,8 Prozent des Warenwertes aus. Die Streichung muß noch vom Tokioter Parlament abgesegnet werden. Der Kongreß hat der Reagan-Administration die Vollmacht bereits erteilt, in Kanada genügt eine Verordnung.

Dürre treibt Kaffeepreise

Hamburg (dpa/VWD) – Die anhaltende Trockenheit in Brasilien ließ in den letzten Wochen die Rohkaffeepreise sprunghaft ansteigen. Der von der Internationalen Kaffee-Organisation errechnete Tagesdurchschnittspreis zog seit Ende September um *17,6 Prozent an*. Besonders kräftig, um 24,1 Prozent, schlug die Preiskurve für brasilianische und andere Arabica Kaffees aus. Die kolumbianischen Milds verteuerten sich um 11,4 Prozent. Dadurch sei die deutsche Röstindustrie, die erst Mitte Oktober ihre Preise um 40 bis 50 Pfennig je Pfund gesenkt hatte, erneut in eine Kostenklemme geraten, hieß es in Branchenkreisen.

Wichtige Güter teurer

Lissabon (dpa/VWD) – Die neue portugiesische Regierung unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Anibal Cavaco Silva hat am Samstag als eine ihrer ersten Wirtschaftsmaßnahmen die Erhöhung staatlich kontrollierter Preise für Brot, Treibstoff, Energie, Wasser und Transportmittel um fünf bis 15 Prozent bekanntgegeben. Die Preise für Benzin und Flaschengas stiegen um *fünf bis sechs Prozent, für Milch um* 13,8 Prozent, für Strom, Wasser und Transportmittel um rund 14 Prozent und für Brot um 15,4 Prozent. Die Inflationsrate liegt bei rund 20 Prozent.

Luftfahrt-Abkommen

Washington (VWD) – Die USA und die UdSSR sind übereingekommen, den regelmäßigen zivilen Flugverkehr zwischen beiden Ländern wieder aufzunehmen. Außerdem haben sie unter Einschluß Japans ein Abkommen zur Verbesserung der Luftsicherheit über dem Nordpazifik geschlossen. Die Übereinkunft zur Wiederaufnahme des Flugverkehrs wurde nach Angaben der US-Verkehrsministerin *Elisabeth Dole* von beiden Seiten in Moskau unterzeichnet. Danach soll die Fluggesellschaft PanAm das Recht erhalten, Moskau und Leningrad anzufliegen. Aeroflot soll in New York und Washington landen dürfen.

Londoner Kassapreise

	22.11.85	15.11.85
Kupfer(£/t)	944,5	969,5
Blei(£/t)	277,5	276,5
Zink(£/t)	430	420
Zinn(£/t)	-	-
Gold($/Unze)	328,5	324,5
Silber(p/Unze)	425,35	428,85
Kakao[1](£/t)	1706	1687,5
Kaffee[2](£/t)	1863,5	1898,5
Zucker(£/t)	141,5	137,5
Kautschuk(p/kg)	56	56
Wolle(p/kg)	395	398
Baumwolle[3](cts/lb)	47,85	48,2

[1])Abladung März; [2])Abladung Januar; [3])A-Index-Preis Liverpool

BENZINPREISE

Normal und Super kaum verändert – Diesel teurer

dpa/VWD, Hamburg

Während sich Dieselkraftstoff anschickt, teurer als Normalbenzin zu werden, bleiben die Preise für Normal und Super zur Zeit stabil. Die deutschen Tankwarte wechseln schon seit acht Wochen kaum noch ihre Preisschilder aus. Ursache dieser Ruhe nach den hektischen ersten neun Monaten dieses Jahres sind zum einen die stabilen Benzinpreise auf dem internationalen Markt.

Zum anderen die immer noch unbefriedigenden Margen der Tankstellen, die keine große Preisbewegungen zulassen. Der zusammengefaßte Durchschnittspreis von Super und Normal liegt nach Angaben aus der Mineralölindustrie in der Bundesrepublik zur Zeit bei etwa 1,39 Mark je Liter. Das ist rund ein Pfennig mehr als vor einem Jahr.

Ganz anders sieht es bei Diesel aus. Dieser Kraftstoff hat sich in den letzten Wochen – entsprechend der Entwicklung bei leichtem Heizöl – verteuert und kostet zur Zeit etwa 1,35 Mark je Liter. Die steigende Tendenz ist ausgelöst worden durch die internationale Marktlage: In Rotterdam haben Diesel und leichtes Heizöl mit 282 Dollar je Tonne ihren diesjährigen (saisonbedingten) Höchststand erreicht. Damit kostet Diesel auf dem Spotmarkt etwa zehn Pfennig je Liter mehr als Normalbenzin.

Bei anhaltender Kälte und relativ begrenzten Beständen rechnet der Mineralölhandel auch für die kommenden Monate eher mit höheren Preisen. Entlastung könne nur Petrus oder ein weiter nachgebender Dollar bringen, heißt es, zumal die Nachfrage durch die wachsende Zahl der Diesel-Fahrer und den belebten Transportmarkt merklich gestiegen ist.

FERNVERKEHR / Kontroverse zwischen Dollinger und dem Bundesverband

Jeder ist über den anderen „empört"

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Zwischen Bundesverkehrsminister Werner Dollinger und dem Bundesverband des Deutschen Güterfernverkehrs (BDF) ist ein Telex-Krieg entbrannt. Jeder ist über den anderen „empört". Im Kern geht es wieder um die Fortentwicklung des verkehrspolitischen Ordnungsrahmens.

Der Beschluß der EG-Verkehrsministerkonferenz vom 14. November, nach Beseitigung der bestehenden Wettbewerbsverzerrungen von 1992 an einen freien EG-Verkehrsmarkt ohne quantitative Beschränkungen zu verwirklichen, steht nach Ansicht des Verbandes in einem eindeutigen Widerspruch zu politischen Erklärungen der Bundesregierung. „Der zu erwartende ruinöse Wettbewerb führt zur Existenzvernichtung unserer mittelständischen Unternehmen", kritisiert der Verband.

Werner Dollinger kontert mit „Stimmungsmache gegen die Bundesregierung". Der Ratsbeschluß sei eine Leitlinie zur Umsetzung des Untätigkeitsurteils des Europäischen Gerichtshofs und der Mailänder Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs in die gemeinsame Verkehrspolitik. „Der Rat hat auf meinen Wunsch in dieser Leitlinie zum erstenmal das Junktim zwischen einer Integration des Verkehrsmarktes und der Beseitigung der Wettbewerbsverzerrungen politisch festgeschrieben", belehrt Dollinger den Verband.

„Damit ist sichergestellt, daß über den gemeinsamen Verkehrsmarkt, die Angleichung der Kraftfahrzeug- und Mineralölsteuern sowie über das Problem der Autobahngebühren nur im Zusammenhang entschieden wird." Die Bundesregierung entspräche somit den Beschlüssen des Bundestages und den Forderungen des Gewerbes. Daß Dollinger ein solches Junktim durchbringen könnte, war von Verkehrsexperten in Bonn nicht erwartet worden. Sie sprachen daher von einem politischen Erfolg. Überrascht hat sie die Reaktion des Gewerbes, da auf ihre Forderung nach Harmonisierung eingegangen wurde. Sie stellen die Frage, ob dieses Verlangen, das lange Zeit nicht durchsetzbar erschien, nur vorgeschoben worden sei. Denn jetzt würden neue *Forderungen gestellt*.

Der Verband verweist auf einen Beschluß des Verkehrsausschusses des Bundestages. Er hatte einen Tag vor der Ratstagung schlicht festgestellt, „daß auch in einer künftigen europäischen Verkehrsmarktordnung Genehmigungskontingente und eine Tarifordnung bleiben". Überrascht hat dies, weil die meisten EG-Staaten dagegen sind. Dollinger ist davon überzeugt, das deutsche Gewerbe habe im europäischen Wettbewerb *zusätzliche Chancen*, „wenn man sich rechtzeitig auf die Realitäten einstellt".

PARISER BÖRSE

Kursanstieg durch US-Käufe

J. Sch. Paris

An der Pariser Börse ging am Freitag das Licht später als üblich aus. Um alle Aufträge abzuwickeln, mußten die Makler Überstunden machen. Allein an französischen Aktien wurden 1,5 Mrd. Franc umgesetzt – das Dreifache eines normalen Tagessatzes. Davon entfielen gut 20 Prozent auf ausländische, insbesondere amerikanische Aufträge gegenüber sonst weniger als 15 Prozent.

Entsprechend stark war der Kursanstieg von 2,7 Prozent, womit der Stand von Ende 1984 um 30 Prozent überschritten wurde. Für die letzten vier Wochen summiert er sich auf rund 20 Prozent. Eine derartige Hausse hat es an der Börse seit März 1978 nicht mehr gegeben. Damals hatten die Rechtsparteien die Parlamentswahlen gewonnen. Spekuliert jetzt also das Ausland darauf, daß die Sozialisten die nächsten Wahlen im März verlieren werden? Diese Betrachtung teilt die Maklerkammer nicht.

Der wichtigste Grund für die starke amerikanische Nachfrage sei die Erwartung einer weiteren Dollar-Baisse, die für Anlagen im Ausland Währungsgewinne erwarten lasse. Da aber inzwischen das Kursniveau der meisten europäischen Börsen mit den deutschen an der Spitze infolge der US-Käufe sehr hoch getrieben wurde, wäre jetzt Paris an der Reihe. Käufer sind hauptsächlich die großen amerikanischen Investmentfonds, Versicherungsgesellschaften und Rentenkassen. Ihr Interesse konzentriert sich nach Auskunft der Maklerkammer auf Warenhaus-, Lebensmittel- und Tourismuswerte, die als besonders zukunftsträchtig gelten und im internationalen Vergleich noch preiswert zu haben sind.

ITALIEN / Die neue Generation der „Prontisti" bringt ganze Textilkollektionen in vier Wochen auf den Markt

Die schnelle Mode kommt immer mehr in Mode

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Der deutsche Sprachschatz hat sich um ein neues Fremdwort aus Italien bereichert: Prontisti. In Textilkreisen inzwischen wohlbekannt, wird auch der Normalverbraucher auf Dauer nicht an dem Neugewinn – neben alten Bekannten wie Belcanto, Cassa und dergleichen – herumkommen.

Auf dem italienischen Modemarkt spielen Konfektionäre, die mit Sofortprogrammen hochaktuelle Ware anbieten, eine immer größere Rolle. Nach Schätzungen des Handels liegt der Anteil der „Prontisti", die mit Mode-Schnellschüssen – Prontomoda – und Sofortlieferungen ihre heißen Sachen an die Kundschaft bringen, inzwischen bereits bei mindestens einem Fünftel des Gesamtumsatzes. Dem Prontomoda gewidmet sind die *Textilzentren, die am Rande* der italienischen Städte in den letzten Jahren wie Pilze aus dem Boden geschossen sind. Prontomoda haben auch eine ganze Reihe neuer Messen zum Gegenstand, darunter die in dem neuen Textilzentrum Il Girasole im Süden Mailands erstmals im kommenden Februar angesetzte Prontisti-Messe.

Das Prontomoda, die „schnellen Brüter" der Mode, die ganze Kollektionen innerhalb von drei bis vier Wochen auf den Markt bringen und innerhalb von acht Tagen Nachprogramme liefern können, wird vom Establishment schief angesehen, erfüllt inzwischen aber eine nicht mehr *wegzudenkende Funktion. In einer* Zeit rapide wechselnder Modetendenzen, Farb-, Form- und sonstiger Trends hat es der Einzelhandel immer schwerer, seine Lager à jour zu halten. Modisch und preislich richtig zu liegen für den flüchtigen Geschmack der Verbraucher, gerade immer das Topaktuelle bereitzuhalten, das schaffen vor allem Firmen, die außer über Produktion auch über Organisation verfügen.

In Italien hat sich diese Form der Modeindustrie und des Marketings vor allem in dem Gebiet um Reggio Emilia, Modena und Bologna herum entwickelt, wo seit der Nachkriegszeit die Strickwarenindustrie zu Hause ist. Aus den dezentralisierten, reaktionsfähigen und flexiblen Produktionsstrukturen entstanden hier die ersten Prontisti, als es in den siebziger Jahren darum ging, mit neuen Ideen den Kosten- und Inflationsschub und die damit verbundene Flaute in den *Auslandsorders zu unterlaufen*. Heute ist das alte Strickwarenzentrum um Carpi eine Hochburg des Prontomoda.

Immer mehr sind hier auch die Ausländer Zielscheibe für Schnellschüsse. Vom Umsatz des ersten, im Jahre 1977 entstandenen und bisher am größten gebliebenen Textilzentrums Italiens, dem Centergross in Bologna, entfallen beispielsweise bereits über zehn Prozent auf das Auslandsgeschäft – alles in Prontomoda.

Die Prontisti beliefern den Einzelhandel die ganze Saison hindurch mit aktueller Ware, die in aller Regel Kollektionen von Stylisten „nachempfunden" ist. Damit kommen die schnellen Modeleute vor allem jenen Kunden entgegen, die von unzuverlässiger Lieferung oder unrealistischen Preisvorstellungen großer Markenhersteller enttäuscht sind.

Als Prontisti arbeiten inzwischen *nicht nur alteingesessene* Strickwaren- und sonstige Modeunternehmen. In steigendem Maße sind auch Großhändler mit von der Partie. Sie verstehen sich längst nicht mehr nur als Zwischenhändler, sondern setzen erkennbare Modetendenzen geschickt um und sind in der Lage, ihre Kundschaft sofort mit günstigen Sofortartikeln zu bedienen.

OECD / Gesundheitsausgaben steigen zu schnell

Probleme mit Finanzierung

J. Sch. Paris

Die meisten westlichen Industriestaaten werden in den nächsten Jahren große Schwierigkeiten mit der Finanzierung ihres Gesundheitssystems haben, meint der Sozialausschuß der OECD. Denn die Ausgaben dafür drohen wegen des technologischen Fortschritts, der die medizinischen Leistungen verteuert, und wegen der wachsenden Überalterung der Bevölkerung wieder stärker zuzunehmen als die Einnahmen. Dies könnte wirtschaftliche Probleme heraufbeschwören. In den 60er und 70er Jahren waren die *medizinischen* Gesundheitsausgaben im OECD-Durchschnitt fast doppelt so schnell gestiegen wie das Bruttosozialprodukt. Unter dem Druck des ersten Ölschocks kam es allerdings in verschiedenen Ländern zu einer gewissen Stabilisierung. So nahm in der Bundesrepublik der Anteil der Ausgaben am Sozialprodukt von 8,1 Prozent 1975 nur auf 8,2 Prozent 1983 zu – gegenüber 4,8 Prozent 1960.

Allerdings liegt diese Belastung in den meisten anderen OECD-Ländern unter der deutschen. Höher ist sie nur in den USA, der Schweiz, Frankreich, und Holland. Dagegen waren die Gesundheitsausgaben je Kopf der Bevölkerung 1982 in der Bundesrepublik mit 874 Mill. Dollar etwas geringer als im OECD-Durchschnitt. Das gleiche gilt für die Belastung der öffentlichen Haushalte durch das Gesundheitswesen.

In allen OECD-Ländern ist der soziale Schutz in den letzten 25 Jahren wesentlich verstärkt worden. Die Deckung des Krankheitsrisikos durch staatliche und private Versicherungen erhöhte sich von 75 auf 90 Prozent und die effektiven Rückerstattungen von 60 auf 75 Prozent, obwohl inzwischen verschiedene Länder höhere Selbstbeteiligungsquoten für Arzneimittel eingeführt haben.

ÄGYPTEN / Bei Aufträgen werden Länder mit niedrigem Diskontsatz benachteiligt

Neue „Zauberformel" soll Devisen schonen

PETER M. RANKE, Kairo

Um langfristig ihre sehr knappen Devisen zu sparen, wendet die ägyptische Staatswirtschaft eine neue Formel bei der Evaluierung ausländischer Angebote an. Danach werden Angebote in Währungen aus Ländern mit niedrigem Diskontsatz gegenüber Angeboten aus Ländern mit hohem Diskontsatz benachteiligt. So hofft Kairo, künftige Währungsentwicklungen während der Rückzahlungszeit für sich nutzen zu können.

Deutsche Firmen wurden in letzter Zeit bei Ausschreibungen nicht berücksichtigt, obwohl die Angebote am niedrigsten im Preis, technisch hochmodern und mit einer günstigen Finanzierung ausgestattet waren. Hauptgrund dafür war nach Angaben der Deutsch-Ägyptischen Handelskammer in Kairo die ägyptische Einschätzung vom niedrigen Diskontsatz der Deutschen Bundesbank.

Denn nach den Vorstellungen ägyptischer Finanz- und Wirtschaftsexperten soll ein niedriger Diskontsatz eine künftig starke Währung und ein hoher Diskontsatz eine künftig schwache Währung indizieren. Für Ägypten sei es also günstiger, sich in einer Währung zu verschulden, die während der langfristigen Rückzahlungsperiode im Wert fallen wird, so daß man weniger Landeswährung für die Rückzahlung in Devisen aufbringen müsse. Die D-Mark gilt in Kairo angeblich auch wegen des niedrigen Diskontsatzes als starke Währung, in der man sich nicht gern verschuldet. Begünstigt werden USA, Frankreich und Italien mit hohen Diskontsätzen.

Diese neue ägyptische „Zauberformel", mit der über Ausschreibungen entschieden wird, hat deutsche Firmen alarmiert. Auch die Deutsch-Arabische Handelskammer befürchtet Fehleinschätzungen und Auftragsverluste, da der Diskontsatz nur etwas über den gegenwärtigen Zustand einer Währung aussage und von den Zentralbanken ja auch politisch bestimmt sei. Hätte man Anfang 1980 bereits die „Diskontsatzformel" angewendet, so wären fünfjährige Finanzierungsangebote in Dollar gegenüber europäischen Währungen wegen des steigenden Dollar-Kurses falsch bewertet worden.

In Abstimmung mit den betroffenen deutschen Firmen warnt die Deutsch-Ägyptische Handelskammer vor negativen Konsequenzen für Ägypten:

- Exporteure aus Ländern mit hoher Diskontrate können ihre Preise ganz erheblich erhöhen, wohl wissend, daß dies durch die Angebotsbewertung aufgefangen wird.
- Anstatt das Währungsrisiko zu streuen, würde Ägypten dieses auf einige Währungen konzentrieren.
- Die Verfügbarkeit von Krediten für Ägypten würde sich drastisch verringern. Exporteure aus Ländern mit niedriger Diskontrate werden keine langfristige, für Kairogünstige Finanzierung anbieten. (SAD)

Triumph-Adler liegt voll im Plan

dpa/VWD, Nürnberg

Die Umsatzentwicklung der TA Triumph-Adler AG, Nürnberg, liegt im laufenden Geschäftsjahr 1985 voll im Plan. Auf der Hauptversammlung im Juli hatte der Vorstand eine Steigerung um 18 Prozent angekündigt, was sich nach Abschluß der ersten drei Quartale bestätige. Die VW-Tochter hatte 1984 bei einem Umsatz von 895 Mill. DM durch außerordentliche Aufwendungen mit einem Jahresfehlbetrag von 348 Mill. DM abgeschlossen, für 1985 sei mit einem „wesentlichen Abbau" des negativen Ergebnisses zu rechnen.

Die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung sollen im laufenden Jahr um 18 Prozent auf 75,5 Mill. DM steigen. In diesem Bereich sind derzeit rund 550 Mitarbeiter beschäftigt. Durch Personalaufstockungen vor allem in Vertrieb und Produktion erhöhte sich die Mitarbeiterzahl im laufenden Jahr um über 10 Prozent auf 7000.

FRANKREICH / Flexibilisierung bleibt umstritten

Kürzere Arbeitszeit geplant

J. Sch. Paris

Die französischen Unternehmen sollen die Arbeitszeit besser den Veränderungen ihrer Beschäftigungslage *anpassen können*. Den *Rahmen* dafür schafft ein Gesetzentwurf der Regierung. Zur Durchführung der neuen Regelung bedarf es aber Abkommen zwischen den Sozialpartnern auf Branchenebene.

Die Arbeitszeitregelung ist in Frankreich gegenwärtig sehr strikt: die 1982 von 40 auf 39 Wochenstunden reduzierte gesetzliche Arbeitszeit darf grundsätzlich nur um acht Stunden oder um maximal 130 Stunden im Jahr überschritten werden. Dafür sind Überstundenzuschläge von 25 Prozent zu zahlen. Von der 42. Wochenstunde an sind außerdem 20 Prozent und bei mehr als 130 Stunden im Jahr 50 Prozent zusätzliche Freizeit zu gewähren. Wer ausnahmsweise mehr als 48 Stunden in der Woche arbeitet, muß einen Zuschlag von 50 Prozent erhalten.

Mit dem neuen Projekt geht eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 39 auf 38 Wochenstunden einher. Bis zu 41 Stunden sollen zuschlagsfrei sein, falls im Jahresdurchschnitt 38 Stunden pro Woche nicht überschritten werden. Bis zu 44 Wochenstunden entfallen die Zuschläge für den Fall, daß die jahresdurchschnittliche Arbeitszeit weniger als 37 Stunden in der Woche beträgt. Andererseits wird das jährliche Überstun*denkontingent* von 130 auf 80 Stunden reduziert. Insoweit können die Sozialpartner die Zuschläge frei aushandeln.

Obwohl die Unternehmer Überstundenzuschläge sparen könnten, hat sich ihr Verband, CNPF, gegen das Projekt ausgesprochen. Er wendet sich vor allem gegen Verhandlungen auf Branchenebene, da die Verhältnisse zwischen den einzelnen Unternehmen sehr unterschiedlich seien. Auch die Gewerkschaften sind durchweg gegen das Projekt, weil sie eine Aufweichung ihrer sozialen Rechte befürchten.

NIEDERLANDE / Führend im Welthandel mit Schnittblumen und Zierpflanzen

Die Rose sticht sogar die Tulpe aus

HELMUT HETZEL, Amsterdam

Nicht Tulpen aus Amsterdam, sondern Rosen aus Aalsmeer müßte man heute wohl singen, wollte man der tatsächlichen Marktentwicklung dieses blühenden holländischen Handels und Exportzweiges in einem Lied gerecht werden. In Aalsmeer, der größten Blumenauktion der Welt, ist seit einiger Zeit schon die Rose der Umsatzrenner bei den Schnittblumen. Erst weit abgeschlagen auf Platz vier der Umsatzstatistik weit hinter Chrysantheme und Nelke rangiert die berühmte Tulpe aus Amsterdam.

Die holländische Blumenbranche blüht wie kaum ein anderer Wirtschaftszweig der Niederlande und sorgt für immer neue Umsatz- und Exportrekorde. Allein die größte und vollautomatisierte Auktionshalle des Landes in Aalsmeer verfünfachte ihren Umsatz seit 1972 auf jetzt rund 1,3 Mrd. Gulden (1984: etwa eine Milliarde Mark) und ist nun dabei im Rah*men eines dreiphasigen Neubauplanes* die heute bereits gigantische Auktionsfläche, die der Größe von 55 Fußballfeldern entspricht, bis 1990 noch wesentlich zu erweitern.

Die geradezu explosionsartig verlaufene Entwicklung der Blumenversteigerung Aalsmeer ist typisch für die gesamte Branche. Das kleine Holland beherrscht heute den Weltmarkt für Schnittblumen und Pflanzen nahezu unangefochten. Zweidrittel aller rund um den Globus verkauften Schnittblumen kommen aus den Niederlanden. Ob in New York, Tokio, Paris, Bonn oder Rom, die dort Schaufenster und Wohnzimmer zierenden Rosen, Tulpen, Nelken, Begonien und Azaleen, sie alle haben mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit einst ihre Wurzeln in einem holländischen Blumentopf oder Treibhaus geschlagen.

Der Gesamtexport dieser blühenden Branche kann sich sehen lassen. Er betrug 1984 umgerechnet rund drei Milliarden Mark. 63 000 Beschäf*tigte der niederländischen Blumenin*dustrie ließen 1984 in Holland fast sechs Milliarden Schnittblumen sprießen und stellten darüber hinaus den Blumen- und Pflanzenfreunden in aller Welt rund 400 000 Topfpflanzen zur Verschönerung ihres Gartens oder Wohnzimmers zur Verfügung. Der stetige Aufwärtstrend dieser Agrarindustrie hält auch in diesem Jahr weiter an. Allein im September dieses Jahres stieg der niederländische Blumenexport im Vergleich zum selben Vorjahreszeitraum um *15,7 Prozent und erreichte einen Wert* von 261 Mill. Gulden. Der gesamte Export legte in den ersten 10 Monaten dieses Kalenderjahres im Vergleich zu 84 um 10,3 Prozent zu und könnte bei Anhalten dieses Trends 1985 erstmals die magische 3,5-Milliarden-Gulden-Grenze überschreiten.

Wichtigster Abnehmer der in Holland gezüchteten Gewächse aller Art sind nach wie vor die Deutschen. Sie kauften 1984 mehr als die Hälfte des gesamten holländischen Blumen*exports auf und gaben dafür umge*rechnet rund 1,6 Mrd. Mark aus.

Rückzug der Familie Leitz

Wb. – Die Redensart, daß spätestens die vierte Generation ein Familienunternehmen verfrühstücke, trifft diesmal nicht zu. Dennoch: Auch die Familie Leitz wird ihre letzten Anteile an der Ernst Leitz Wetzlar GmbH abgeben, nachdem vier Generationen am Aufbau des Optik- und heute auch Elektronik-Spezialisten mitgewirkt haben. Die Schweizer Wild-Heerbrugg AG, ebenfalls im Optronik- und Instrumentenbereich tätig und schon seit 1972 an Leitz beteiligt, wird die etwa 45 Prozent übernehmen. Die Gründerfamilie begründet ihren Rückzug damit, daß die künftigen Kapitalanforderungen an ein Unternehmen der Hochtechnologie „die Möglichkeiten einzelner Familiengesellschafter angesichts der im Laufe des Generationswechsels entstandenen starken Stückelung der Anteile" übersteigen würde. Dieser Grund ist nicht so selten anzutreffen. Um der Kapitalzersplitterung zu entgehen, müssen die Weichen rechtzeitig gestellt werden. Schade nur, daß wieder ein Exponent des „Made in Germany" nicht mehr deutsch ist.

RENTENMARKT / Leicht erholt

Keine Unternehmungslust

Trotz der leichten Erholung des Rentenmarkts fehlt immer noch jegliche Unternehmungslust bei Anlegern und im Handel. Die Vorbereitungen auf den Jahresultimo lähmen das Geschäft. So ist denn eine volle Unterbringung der Hessenanleihe immer noch nicht gelungen. Etwas besser wird die KfW-Anleihe mit ihrer nur achtjährigen Laufzeit beurteilt. Als nächster Emittent steht Baden-Württemberg mit 500 Millionen vor der Tür. Optimisten hoffen, daß wenigstens das Ländle marktgerechte Konditionen wählt, damit die Bestände an unplazierbaren Papieren bei den Banken nicht noch größer werden und zum Jahresende nur Abschreibungen produzieren, die allerdings leicht verkraftbar sind. (cd.)

Emissionen	22.11. 85	15.11. 85	28.12. 84	30.12. 83	30.12. 82
Anleihen von Bund, Bahn und Post	6,04	6,13	6,58	7,88	7,45
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,37	6,38	6,72	7,72	7,04
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	6,16	6,17	6,56	7,83	7,61
Schuldverschreibungen der Industrie	6,27	6,29	6,94	8,29	8,24
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	6,20	6,21	6,65	7,90	7,65
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	5,79	5,82	6,34	7,64	7,43
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,90	6,91	7,14	8,30	7,94
Inländische Emittenten insgesamt	6,19	6,20	6,64	7,89	7,63
DM-Auslandsanleihen	6,95	6,99	7,20	8,08	8,45

IKB / Noch Risiken im Konjunkturaufschwung

Konsumstimmung fördern

J. G. Düsseldorf

Es wäre nicht nur politisch klug, sondern würde auch bestehende Konjunkturrisiken vermindern, wenn die Bundesregierung sich entschließen könnte, doch noch den für 1988 geplanten zweiten Schritt der Steuerentlastung vorzuziehen. Die auf die Investitionsfinanzierung von Mittelstandsunternehmen spezialisierte Düsseldorfer Industriekreditbank AG Deutsche Industriebank (IKB) scheut sich in der jüngsten Ausgabe ihrer „Volkswirtschaftlichen Mitteilungen" nicht, mit solchem Tenor als Rufer in der Wüste aufzutreten. Sie führt für ihre Mahnung vor allem zwei Gründe ins Feld.

Erstens werde unter dem Eindruck der für 1985 wahrscheinlichen Exportrekorde (Handelsbilanzüberschuß fast 100 Mrd. DM und Leistungsbilanzsaldo 50 Mrd. DM) das Ausland 1986 „massiv von uns verlangen", die Binnenkonjunktur zwecks Einfuhrförderung noch stärker zu stimulieren. Unter diesem Druck könnte weitere Steuerentlastung Schlimmeres wie protektionistische Kampfmaßnahmen oder „Konjunkturprogramme" unterlaufen.

Zweitens weist die Bank darauf hin, daß das für 1986 erwartete Sozialproduktwachstum von drei Prozent sich „größtenteils" schon rechnerisch aus dem „Überhang" zum Jahresende 1985 ergibt und noch wenig über den Jahresverlauf in 1986 sagt. Für den werde viel davon abhängen, ob auch der private Verbrauch wieder stärker wachse. Es gebe zwar günstige Vorzeichen wie erste Steuerentlastungsstufe, Erhöhung der Sozialleistungen und der Beschäftigtenzahl. Ein Risiko aber bleibe vor allem, daß der Index der Konsumentenstimmung, dessen kräftiger Anstieg von 1982 auf 1983 den jetzigen Konjunkturzyklus einleitete, seither auf damals erreichtem Niveau verharrt.

OLB: Das Geschäft hat sich leicht belebt

dos, Oldenburg

Eine leichte Belebung des Geschäfts verzeichnete die Oldenburgische Landesbank (OLB) im dritten Quartal 1985. Wie der Vorstand in einem Zwischenbericht schreibt, haben sich die Forderungen an Kunden nach einem ruhigen ersten Halbjahr doch etwas auf 3,01 (2,97) Mrd. DM erhöht.

Dabei war im Gegensatz zu den Vormonaten der langfristige Bereich bevorzugt. Die Verschuldungsbereitschaft der privaten Haushalte habe nachgelassen. Auf der Passivseite stehen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit 3,03 (3,01) Mrd. DM zu Buche. Die Spareinlagen nahmen dabei um 2,7 Prozent auf 1,66 (1,62) Mrd. DM zu.

Zur Ertragsentwicklung äußert sich der Vorstand der Oldenburgischen Landesbank moderat wie immer. Erwartet werde für das Gesamtjahr ein „befriedigendes Betriebsergebnis". Bis Ende September wird ein Zinsüberschuß von 148 (150) Mill. DM ausgewiesen. Hinzu kommen 25,6 (24,6) Mill. DM Provisionsüberschüsse. Das Teil-Betriebsergebnis erreichte 48,9 (52,1) Mill. DM.

Mehr Schwung bei Lebensversicherern

dpa/VWD, Bonn

Die deutschen Lebensversicherungen verzeichneten in den ersten neun Monaten dieses Jahres eine zunehmende Geschäftsbelebung. Wie der Verband der Lebensversicherungsunternehmen in Bonn mitteilte, habe das Wachstum der Branche von Quartal zu Quartal an Schwung gewonnen. Von Januar bis September 1985 erhöhten sich die Beitragseinnahmen um 5,4 Prozent gegenüber der Vorjahresperiode. Der Bestand habe zum 30. September summenmäßig um 5,8 Prozent zugelegt.

Während im 1. Quartal die Summe der neueingelösten Verträge noch um 0,3 Prozent zurückging, gab es im 2. Quartal bereits ein Plus von 2,8 Prozent und im 3. Quartal sogar von 3,0 Prozent. Der Verband rechnet mit einer weiteren Verbesserung im 4. Quartal.

Insgesamt meldete die Branche bis Ende September Neueinlösungen von knapp 3,84 (Januar bis September 1984: 3,99) Mill. Verträge über 108,1 (106,1) Mrd. DM. Träger des Neuzugangs war noch stärker als im Vorjahr die Großlebenskapitalversicherung (jeweils über 5000 DM Vertragssumme).

LANDWIRTSCHAFT / Umweltgefährdungen durch Überdüngung werden verfolgt

Schadenersatz für Gewässerschäden

HARALD POSNY, Hannover

Haftpflichtschäden haben auch die Landwirtschaft längst erreicht. Von der Öffentlichkeit kaum bemerkt, sind in den letzten Monaten aufgrund des Gesetzes zur Bekämpfung der Umweltkriminalität aus dem Jahr 1980 zahlreiche Landwirte mit Strafverfahren überzogen worden. Ihnen wird, so das Vorstandsmitglied der Concordia Versicherung, Jens Vassel, auf einem Colloquium in Hannover, vorgeworfen, durch übermäßige Düngung, aber auch durch das Anlegen von Silos sowie die Zwischenlagerung von Festmist auf den Feldern die Gewässer einschließlich des Grundwassers verunreinigt und die Umwelt durch Abfälle gefährdet zu haben.

Die stark im landwirtschaftlichen Bereich tätige Concordia berichtet vom rechtskräftigen Abschluß einiger solcher Strafverfahren zu Lasten der Landwirte. Es hagelte Geldstrafen und Geldbußen.

Ein Landwirt freilich, der Dünger allein zur Bodenbehandlung einsetzt, braucht sich um die strenge Einleitungshaftung nach dem Wasserhaushaltsgesetz (WHG) nach wie vor nicht zu sorgen. Die Härte des WHG trifft nur dann, wenn bewußt schädigende Stoffe in Gewässer eingeleitet werden, um sich ihrer zu entledigen. Hier freilich wird ohne Verschulden, wie Vorstandsmitglied Heinz J. Heimbach erläutert, in unbegrenzter Höhe gehaftet, „wenn die physikalische, chemische oder biologische Beschaffenheit verändert wird".

Zwischen maximalen Grenzwerten und optimalen Dünge-Grenzwerten ist der Grad schmal. Das Aufbringen von Klärschlamm, Wirtschaftsdünger (Gülle und Jauche) kann ebenso schädlich sein wie handelsüblicher Dünger oder das Versprühen von Pflanzenschutzmitteln. In allen diesen Fällen stellt die erhöhte Nitratkonzentration die eigentliche Gefährdung der Gewässer dar.

Landwirte, die Düngemittel aufbringen, um die Erträge zu sichern oder zu steigern, „leiten nicht ein", auch dann nicht, wenn als Nebenfolge giftige Stoffe ins Oberflächenwasser oder Grundwasser gelangen und zu Schäden führen. In Fällen irrtümlicher oder bewußter Überdüngung (zur Steigerung des Ernteertrags) haftet der Landwirt nicht, weil es laut BGH nicht auf Vorsatz oder Fahrlässigkeit ankommt. Wichtig ist das Bestreben, die Produktion zu steigern. Und das wird nicht als verwerflich angesehen.

Nimmt der Landwirt jedoch eine Gefährdung billigend in Kauf oder „überdüngt", um Abfälle zu beseitigen, haftet er als Umweltsünder. Hier gibt es für die Einleitungshaftung auch keinen Haftpflichtversicherungsschutz. Gelangen schädliche Stoffe aus einer Lager- oder Verarbeitungsanlage in Gewässer, haftet der Inhaber ohne Verschulden aus Anlagenhaftung in unbegrenzter Höhe. Hierfür gibt es Versicherungsschutz. Die gesetzliche Haftpflicht erstreckt sich auch auf Jauche- und Sickersäfte aus Silos, Mineralöle aus Behältern bis 3000 Liter oder andere schädliche Stoffe aus Behältern bis 200 Liter. Der Versicherungsschutz umfaßt Personen-, Sach- und Vermögensschäden. Für den Vesicherungsschutz muß der Landwirt bei 20 ha Fläche etwa 220 DM an Jahresprämie zahlen, bei 50 ha (einschließlich Gewässerrisiko) sind es 350 DM.

PRODUZENTENHAFTUNG / Leitfaden vom BDI

Verschärfte Bedingungen

HANNA GIESKES, Bonn

„Unbestimmte Bedrohung oder notwendiges Übel" – so empfinden vor allem mittelständische Unternehmer ihre Haftung für Schäden durch fehlerhafte Produkte, die nach Verabschiedung der EG-Richtlinie über die Produzentenhaftung in diesem Sommer sozusagen unter verschärften Bedingungen stattfinden wird. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) sieht es indes so: „Welches Unternehmen könnte es wohl ablehnen, für solche Schäden geradezustehen?"

Der Bundestag habe zwar drei Jahre Zeit zur Umsetzung der Richtlinie in deutsches Recht, „aber das ist kein Grund, sich nicht schon heute damit vertraut zu machen", heißt es in einem kleinen Leitfaden, den der Verband veröffentlicht hat. Sein Ziel ist die Aufklärung über die Risiken aus der Produzentenhaftung, „damit er den richtigen Versicherungsschutz einkaufen kann".

Kernstück der EG-Richtlinie ist die verschuldensunabhängige Haftung; im noch geltenden deutschen Recht haftet der Hersteller im allgemeinen nur, wenn er schuldhaft, also vorsätzlich oder fahrlässig, gehandelt hat. Besondere Bedeutung in der Richtlinie habe die nach Meinung der BDI-Experten „unklare" Definition des Produktfehlers: „Ein Erzeugnis hat einen Fehler, wenn es nicht diejenige Sicherheit bietet, die man unter Berücksichtigung aller Umstände zu erwarten berechtigt ist." Hier bedürfe es bei der Übernahme in das deutsche Recht einiger Klarstellungen, „damit die Unternehmer wissen, wie sie ihre Produkte gestalten sollen".

Mit Genugtuung wird festgestellt, daß eine Haftung für Entwicklungsrisiken nicht vorgesehen ist, obwohl dies sehr umstritten gewesen sei. Ein Einstehen für Fehler, „die nach dem Stand der Wissenschaft und Technik nicht erkennbar sind und sich erst später manifestieren", wirke innovationsfeindlich, heißt es. Allerdings könne die Kommission zehn Jahre nach Bekanntmachen der Richtlinie eine allgemeine Haftung für Entwicklungsrisiken vorschlagen, „und dem müssen die Mitgliedstaaten dann allerdings zustimmen".

Ein großer Bereich des Produkthaftpflichtrisikos sei durch die Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt, „die fast alle Betriebe abgeschlossen haben", heißt es weiter. Dazu gehören sowohl Personen- als auch Sachschäden sowie Folgeschäden daraus, etwa Heilungskosten oder Verdienstausfall. Reine Vermögensschäden würden indes nicht bezahlt.

Die Experten des BDI finden in diesem Konzept gleichwohl Lücken, und sie empfehlen ihren Mitgliedern deshalb, das Produkthaftpflichtmodell „zu prüfen", das der Bundesverband gemeinsam mit den Versicherern entwickelt habe. Darüber hinaus halten sie für alle Betroffenen auch einen Trost parat: „Kein Anspruch kann bis in alle Ewigkeit verfolgt werden."

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Großauftrag

Lengerich (hdt.) – Ihren größten Einzelauftrag seit der Gründung vor 116 Jahren erhielt die Maschinenfabrik Windmöller & Hölscher, Lengerich. Es handelt sich um die Lieferung von Spezialmaschinen an ein Kombinat in Vyborg, Sowjetunion, im Gesamtwert von 88 Mill. DM.

Zweite Ansiedlung

München (VWD) – Die Schmitz & Co., Willich, wird in einer neuen Niederlassung Betriebsteile und Arbeitskräfte des stillgelegten Neuburger Plattenwerks der Eternit AG, Berlin, übernehmen. Das bayerische Wirtschaftsministerium begrüßte diese zweite Ansiedlung des Autositzherstellers in Bayern nachdem Schmitz in Bad Abbach bereits ab 1986 Autositze für BMW/Regensburg herstellt. Schmitz, deutsche Tocher der französischen Bertrand-Faure-Gruppe, beabsichtigt in dem zweiten Werk die Produktion von Autositzen für Audi. Dabei soll die Zahl der Arbeitsplätze in den nächsten drei Jahren auf 400 verdoppelt werden.

Übernahme

Sassenberg (hdt.) – Die westfälische Fleischwarenfabrik Stockmeyer GmbH & Co. KG, Sassenberg-Fürchtorf, mit einem Jahresumsatz von mehr als 370 Mill. DM zu den Führenden der Branche gehörend, übernimmt durch eine Auffanggesellschaft das Wuppertaler Stammwerk der in Konkurs gegangenen Feinkost-Firma Früngers mit 90 Mitarbeitern. Verhandelt wird derzeit noch über die Übernahme des zweiten Früngers-Werkes in Kiel.

Kapitalanlagen verdoppelt

Düsseldorf (Py.) – Die Kapitalanlagen der Gothaer Lebensversicherung VVaG, Göttingen, überschritten im Oktober die 5-Mrd.-DM-Marke. Damit haben sie sich innerhalb von acht Jahren verdoppelt. Von der Gesamtsumme entfallen zur Zeit zehn Prozent auf Immobilien, 28 Prozent auf Hypotheken, 38 Prozent auf Schuldscheindarlehen und 23 Prozent auf Wertpapiere. Der älteste deutsche Lebensversicherer (gegr. 1827) hat einen Bestand von 18 Mrd. DM Versicherungssumme.

Jäger in Konkurs

Marktredwitz (VWD) – Die zur italienischen Tognana-Gruppe gehörende Porzellanfabrik Jäger hat Konkurs angemeldet, nachdem Versuche gescheitert waren, mit Hilfe des bayerischen Wirtschaftsministeriums und mehrerer Banken, die Liquiditätsschwierigkeiten zu überbrücken. Hutschenreuther will etwa ein Viertel *der 210 Mitarbeiter übernehmen*. Andere sollen bei Rosenthal, der Schumann AG oder Winterling einen neuen Arbeitsplatz finden.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Bernd Frings; Hans Jansen; **Berlin-Charlottenburg:** Manfred Nitz Bauausführungen GmbH; **Bremen:** Nachl. d. Paul Marona; **Detmold:** Werner Nolteklokke, Bad Salzuflen-Wülfen; **Essen:** Automobilhandelsges. in Bredeney mbH; Hugo Mensing GmbH & Co. KG; **Hannover:** K. u. E. Martin GmbH; **Kleve:** KATA Industriewerbung GmbH, Kleve-Rindern; **Ludwigsburg:** Udo Hermann Weiner, Rechtsanwalt; **Norden:** Restaurant Brasserie GmbH, Norderney; **Nürnberg:** Giovanni Scavo; Alfred Kuhnen, Lauf (Pegn.); Engeneering, Planing, Consulting GmbH i. L.

Vergleich eröffnet: München: MP-Promota Industrie-Design Entwicklung u. Vertrieb GmbH; **Wolfenbüttel:** Heidelore Böhm geb. Kiene, Wolfenbüttel-Halchter.

NAMEN

Dr. **Peter Weichhardt**, zuletzt in der Schweizer Konzernspitze des Aufzugunternehmens Schindler tätig, wird am 1. April nächsten Jahres neuer Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung Berlin GmbH. Er löst dann Robert Layton ab, der mit Wirkung vom 31. März 1986 aus diesem Amt ausscheidet.

Hans-Joachim Wienhenkel wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1986 in den Vorstand der BASF Farben + Fasern AG, Münster, berufen.

***Rolf Walendy**, Inhaber der Albert* Dormanns Nachf. Hosenfabrik, Mönchengladbach, feiert am 24. November seinen 60. Geburtstag.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Kresse/Kotsch-Faßhauer: Das Bilanzrichtlinien-Gesetz und seine Anwendung in Buchführung und Jahresabschluß, Hans Holzmann Verlag, 1984, 168 S., 37,80 Mark.

Die 4. EG-Richtlinie verpflichtete die Mitgliedsstaaten, ihr nationales Recht über Form und Inhalt des Jahresabschlusses und des Lageberichts von Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Gesellschaften mit beschränkter Haftung sowie über die Offenlegung und Prüfung dieser Unterlagen anzupassen. Das Bilanzrichtlinien-Gesetz, das nach langer Vorbereitungszeit nun die EG-Richtlinie in deutsches Recht transformiert, wird die Rechnungslegungspraxis aller Betriebe entscheidend verändern. Alle Änderungen, die sich im Handelsgesetzbuch, GmbH-Gesetz und Genossenschaftsgesetz ergeben, werden detailliert und den Erfordernissen der betrieblichen Praxis entsprechend erläutert.

Karl-Heinz Badura: Teilzeitkräfte und Aushilfen, Hans Holzmann Verlag, 1984, 116 S., 32,80 Mark.

Teilzeitarbeitskräfte sind gefragt. Von 1976 steigerten sich die Beschäftigungsverhältnisse von 1,4 Millionen auf jetzt nahezu 3 Millionen. Neben betriebswirtschaftlichen Überlegungen sprechen auch steuerliche und sozialversicherungsrechtliche Vorteile für diese Art der Beschäftigung. Allerdings können Formfehler, Nachlässigkeiten in den Vertragsvereinbarungen und Änderungen der Rechtsprechung sich bei der nächsten Betriebsprüfung negativ bemerkbar machen. Dem will der Ratgeber vorbeugen und mit Übersichten, Musterformularen, Checklisten und Fallbeispielen zum besseren Verständnis der Zusammenhänge beitragen.

Walter Harbauer: Rechtsschutzversicherung, C. H. Beck Verlag, München 1983, 689 S. (Ln.), 128 Mark.

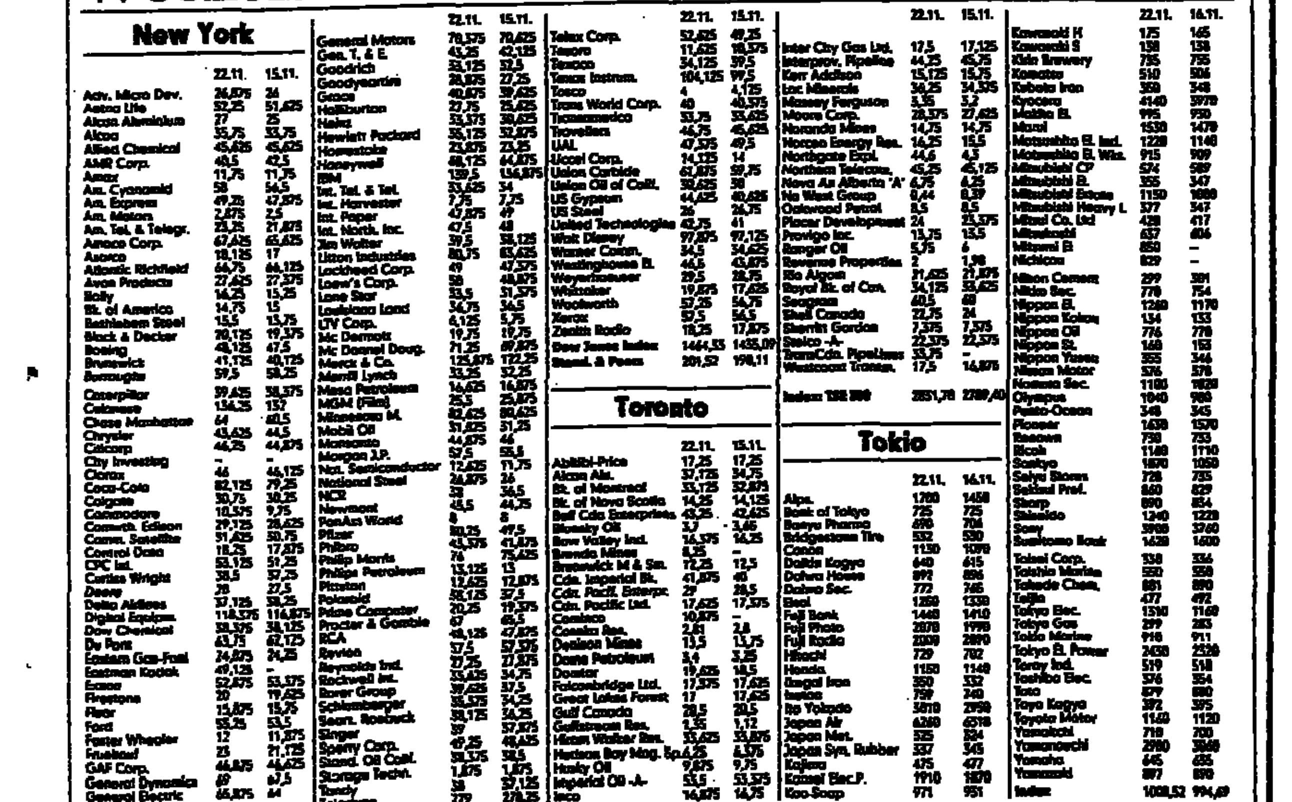
Recht haben und Recht bekommen ist bekanntlich zweierlei. Das mit der Durchsetzung von Rechtsansprüchen verbundene Kostenrisiko ist zum Teil aber versicherbar. Neben der klassischen Verkehrsrechtsschutzversicherung – jeder 2. Fahrzeughalter hat eine abgeschlossen – gibt es für den Privat- und Berufsbereich eine Reihe von verschiedenen Deckungskombinationen, die in den Allgemeinen Bedingungen für die Rechtsschutzversicherung (ARB) festgeschrieben sind. Rechtsanwalt Harbauer, Oberlandesgerichtsrat a. D., erläutert das Regelwerk umfassend und mit der Zielsetzung, eine interessengerechte Lösung aus der Praxis für die Praxis zu erleichtern.

Jagusch/Hentschel: Straßenverkehrsrecht, C. H. Beck Verlag, München 1983, 1293 S. (Ln.), 158 Mark.

Das Erläuterungswerk zum Straßenverkehrsrecht wird von der vorliegenden 27. Auflage an weiter von Peter Hentschel, Richter am Amtsgericht in Köln, fortgeführt. Hentschel, der durch zahlreiche und vielbeachtete Veröffentlichungen auf diesem umfangreichen Rechtsgebiet schon seit langem kein Unbekannter mehr ist, zeichnet sich durch seinen Blick für das Wesentliche aus. Dadurch kommt die zahlreiche Fallrechtsprechung praxisrelevant zur Geltung. Ein Schwerpunkt der Neubearbeitung liegt auf den haftungsrechtlichen Bestimmungen. Die seit der Vorauflage eingetretenen Rechtsänderungen sind ebenso brücksichtigt wie die Entwicklung der Rechtsprechung und des Schrifttums.

***Weltwirtschaftsprobleme Mitte der* 80er Jahre, Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1985, 230 S., 29,80 Mark.**

Mitte November 1984 veranstaltete die Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn einen internationalen Fachkongreß zum Thema „Wirtschaftsprobleme Mitte der 80er Jahre Energie/Technik/Umwelt", an dem etwa 700 Fachleute aus 40 Staaten teilnahmen. Zu den behandelten Themen gehörten jene Fragen, denen – weltweit – wohl das größte Interesse in der heutigen Industriegesellschaft beigemessen wird: Energie als Basis jeglicher Industrieproduktion; der Einsatz moderner Technologie hat die Wirtschaftsstrukturen wesentlich verändert; die Belastung der Umwelt durch Industrie und Verkehr und das gespannte Verhältnis zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern.



Wochenschlußkurse

New York

	22.11.	15.11.
Adv. Micro Dev.	26,875	24
Aetna Life	52,25	51,625
Alcan Aluminium	27	25
Alcoa	35,75	33,75
Allied Chemical	45,625	45,625
AMR Corp.	40,5	42,5
Amax	11,75	11,75
Am. Cyanamid	58	56,5
Am. Express	49,25	47,375
Am. Motors	2,875	2,5
Am. Tel. & Telegr.	23,25	21,875
Amoco Corp.	67,625	65,625
Asarco	18,125	17
Atlantic Richfield	64,75	66,125
Avon Products	27,625	27,375
Bally	16,25	15,25
Bk. of America	14,75	15
Bethlehem Steel	15,5	13,75
Black & Decker	20,125	19,375
Boeing	48,125	47,5
Brunswick	41,125	40,125
Burroughs	59,5	58,25
Caterpillar	39,625	38,375
Celanese	134,25	137
Chase Manhattan	64	60,5
Chrysler	43,625	44,5
Citicorp	46,25	44,875
City Investing	–	–
Clorox	46	46,125
Coca-Cola	82,125	79,25
Colgate	30,75	30,25
Commodore	10,375	9,75
Commonw. Edison	29,125	28,625
Comm. Satellite	31,625	30,75
Control Data	18,25	17,875
CPC Int.	53,125	51,25
Curtiss Wright	38,5	37,25
Deere	28	27,5
Delta Airlines	37,125	38,25
Digital Equipm.	118,375	116,875
Dow Chemical	38,375	38,125
Du Pont	63,75	62,125
Eastern Gas-Fuel	24,875	24,25
Eastman Kodak	49,125	–
Exxon	52,875	53,375
Firestone	20	19,625
Fluor	15,875	15,75
Ford	55,25	53,5
Foster Wheeler	12	11,875
Fruehauf	23	21,125
GAF Corp.	46,875	44,625
General Dynamics	69	67,5
General Electric	66,875	64
General Foods	–	–

	22.11.	15.11.
General Motors	70,375	70,625
Gen. T. & E.	43,25	42,125
Goodrich	33,125	32,5
Goodyear Tire	28,875	27,25
Grace	40,875	39,625
Halliburton	27,75	25,625
Heinz	33,375	30,625
Hewlett Packard	35,125	32,875
Homestake	23,875	23,25
Honeywell	68,125	64,875
IBM	139,5	136,875
Int. Tel. & Tel.	33,625	34
Int. Harvester	7,75	7,75
Int. Paper	47,875	49
Int. North. Inc.	47,5	48
Jim Walter	39,5	38,125
Litton Industries	80,75	83,625
Lockheed Corp.	49	47,375
Loew's Corp.	58	48,875
Lone Star	33,5	31,375
Louisiana Land	34,75	34,5
LTV Corp.	6,125	5,75
Mc Dermott	19,75	19,75
Mc Donnel Doug.	71,25	69,875
Merck & Co.	125,875	122,25
Merrill Lynch	33,25	32,25
Mesa Petroleum	16,625	16,875
MGM (Film)	25,5	25,875
Minnesota M.	82,625	80,625
Mobil Oil	31,625	31,25
Monsanto	44,875	46
Morgan J.P.	57,5	55,5
Nat. Semiconductor	12,625	11,75
National Steel	24,875	26
NCR	38	36,5
Newmont	45,5	44,75
PanAm World	8	8
Pfizer	50,25	47,5
Philbro	43,375	41,875
Philip Morris	76	75,625
Phillips Petroleum	13,125	13
Pittston	12,625	12,875
Polaroid	38,125	37,5
Prime Computer	20,25	19,375
Procter & Gamble	67	65,5
RCA	48,125	47,875
Revlon	57,5	57,375
Reynolds Ind.	27,75	27,375
Rockwell Int.	35,625	34,75
Rorer Group	39,625	37,5
Schlumberger	35,375	34,25
Sears Roebuck	38,125	34,25
Singer	39	37,875
Sperry Corp.	49,25	48,625
Stand. Oil Calif.	38,375	38,5
Storage Techn.	1,875	1,875
Tandy	38	37,125
Teledyne	279	278,25

	22.11.	15.11.
Telex Corp.	52,625	49,25
Tesoro	11,625	10,375
Texaco	34,125	39,5
Texas Instrum.	104,125	99,5
Tosco	4	4,125
Trans World Corp.	40	40,375
Transamerica	33,75	33,625
Travelers	46,75	45,625
UAL	47,375	49,5
Ucol Corp.	14,125	14
Union Carbide	61,875	59,75
Union Oil of Calif.	30,625	30
US Gypsum	44,625	40,625
US Steel	26	26,75
United Technologies	42,75	41
Walt Disney	97,875	97,125
Warner Comm.	34,5	34,625
Westinghouse El.	46,5	43,875
Weyerhaeuser	29,5	28,75
Whittaker	19,875	17,625
Woolworth	57,25	54,75
Xerox	57,5	56,5
Zenith Radio	18,25	17,875
Dow Jones Index	1464,33	1435,09
Stand. & Poors	201,52	198,11

Toronto

	22.11.	15.11.
Abitibi-Price	17,25	17,25
Alcan Alu.	37,125	34,75
Bk. of Montreal	33,125	32,875
Bk. of Nova Scotia	14,25	14,125
Bell Cda Enterprises	43,25	42,625
Bluesky Oil	3,7	3,45
Bow Valley Ind.	16,375	16,25
Brenda Mines	8,25	–
Brunswick M & Sm.	12,25	12,5
Cdn. Imperial Bk.	41,875	40
Cdn. Pacif. Enterpr.	29	28,5
Cdn. Pacific Ltd.	17,625	17,375
Cominco	10,875	–
Coseka Res.	2,81	2,8
Denison Mines	13,5	13,75
Dome Petroleum	3,4	3,25
Dofasco	19,625	18,5
Falconbridge Ltd.	17,375	17,625
Great Lakes Forest	17	17,625
Gulf Canada	20,5	20,5
Gulfstream Res.	1,35	1,12
Hiram Walker Res.	33,625	33,875
Hudson Bay Mng. Sm.	6,25	6,375
Husky Oil	9,875	9,75
Imperial Oil -A-	53,5	53,375
Inco	16,875	14,75
Inter City Gas Ltd.	17,5	17,125
Interprov. Pipeline	44,75	45,75
Kerr Addison	15,125	15,75
Lac Minerals	36,25	34,375
Massey Ferguson	3,35	3,2
Moore Corp.	28,375	27,625
Noranda Mines	14,75	14,75
Norcen Energy Res.	16,25	15,5
Northgate Expl.	44,6	4,5
Northern Telecom.	45,25	45,125
Nova An Alberta 'A'	6,75	6,25
Nu West Group	0,44	0,37
Oakwood Petrol	8,5	8,5
Placer Development	24	23,375
Provigo Inc.	13,75	13,5
Ranger Oil	5,75	6
Revenue Properties	2	1,98
Rio Algom	21,625	21,875
Royal Bk. of Can.	34,125	33,625
Seagram	40,5	40
Shell Canada	22,75	24
Sherritt Gordon	7,375	7,375
Stelco -A-	22,375	22,375
TransCdn. Pipelines	33,75	–
Westcoast Transm.	17,5	14,875
Index: TSE 300	2851,70	2789,40

Tokio

	22.11.	16.11.
Alps.	1700	1450
Bank of Tokyo	725	725
Banyu Pharma	690	704
Bridgestone Tire	532	530
Canon	1130	1070
Daiichi Kangyo	640	615
Daiwa House	892	896
Daiwa Sec.	772	745
Eisai	1250	1330
Fuji Bank	1440	1410
Fuji Photo	2070	1990
Fuji Radio	2000	2090
Hitachi	729	702
Honda	1150	1140
Ikegai Iron	350	332
Isetan	759	740
Ito Yokado	3010	2950
Japan Air	6200	6310
Japan Met.	325	324
Japan Syn. Rubber	337	345
Kajima	475	477
Kansai Elec.P.	1910	1870
Kao Soap	971	951
Kawasaki H	175	165
Kawasaki S	138	138
Kirin Brewery	735	755
Komatsu	510	506
Kubota Iron	350	348
Kyocera	4140	3970
Makita El.	995	930
Marui	1530	1470
Matsushita El. Ind.	1220	1140
Matsushita El. Wks.	915	909
Mitsubishi CP	574	589
Mitsubishi El.	355	347
Mitsubishi Estate	1150	1080
Mitsubishi Heavy I.	377	347
Mitsui Co. Ltd	428	417
Mitsukoshi	637	606
Mitsumi El	850	–
Nichicon	829	–
Nikon Camera	299	301
Nikko Sec.	770	754
Nippon El.	1260	1170
Nippon Kokan	134	133
Nippon Oil	776	770
Nippon St.	160	153
Nippon Yusen	355	346
Nissan Motor	576	578
Nomura Sec.	1100	1020
Olympus	1040	980
Penta-Ocean	348	345
Pioneer	1630	1570
Renown	750	733
Ricoh	1140	1110
Sankyo	1070	1050
Seiyu Stores	728	735
Sekisui Pref.	860	829
Sharp	890	854
Shiseido	1240	1220
Sony	3900	3760
Sumitomo Bank	1620	1600
Taisei Corp.	338	336
Taisho Marine	550	550
Takeda Chem.	881	890
Teijin	477	472
Tokyo Elec.	1310	1160
Tokyo Gas	299	285
Tokio Marine	916	911
Tokyo El. Power	2430	2520
Toray Ind.	519	518
Toshiba Elec.	376	354
Toto	877	880
Toyo Kogyo	392	395
Toyota Motor	1160	1120
Yamaichi	710	700
Yamanouchi	2980	3060
Yamaha	645	655
Yamazaki	897	890
Index	1008,52	994,69

ERGEBNISSE

München – Bremen	3:1	(1:1)
Nürnberg – Düsseldorf	3:2	(2:1)
Hamburg – Bochum	1:0	(0:0)
Saarbrücken – Frankfurt	2:2	(1:1)

DIE TABELLE

1.Bremen	16	10	3	3	44:27	23:9
2.München	16	10	2	4	30:16	22:10
3.Hamburg	16	9	3	4	27:13	21:11
4.M'gladbach	15	8	4	3	33:20	20:10
5.Leverkusen	15	6	5	4	30:21	17:13
6.Bochum	16	8	1	7	33:26	17:15
7.Stuttgart	15	7	2	6	28:22	16:14
8.Mannheim	15	6	4	5	27:22	16:14
9.Köln	15	5	6	4	25:24	16:14
10.K'lautern	15	6	3	6	21:20	15:15
11.Uerdingen	15	6	3	6	24:38	15:15
12.Schalke	15	5	4	6	20:22	14:16
13.Dortmund	15	4	4	7	23:32	12:18
14.Hannover	15	4	4	7	25:41	12:18
15.Saarbrücken	16	3	6	7	21:29	12:20
16.Frankfurt	16	2	8	6	15:27	12:20
17.Nürnberg	16	4	2	10	23:31	10:22
18.Düsseldorf	16	3	2	11	24:42	8:24

DIE SPIELE

München – Bremen 3:1 (1:1)

München: Pfaff – Augenthaler – Eder, Pflügler – Flick, Nachtweih, Matthäus, Lerby – Hartmann, Rummenigge, Kögl (46. Hoeneß). – **Bremen:** Burdenski – Pezzey – Schaaf, Kutzop (71. Ordenewitz), Okudera – Sidka, Möhlmann, Votava, Meier – Völler (28. Neubarth), Burgsmüller. – **Schiedsrichter:** Theobald (Wiebelskirchen). – **Tore:** 1:0 Nachtweih (10.), 1:1 Schaaf (42.), 2:1 Hoeneß (64.), 3:1 Hoeneß (65.). – **Zuschauer:** 37 000. – **Gelbe Karten:** Lerby (4/1), Augenthaler (3). – ***Rote Karte:*** Matthäus.

Nürnberg – Düsseldorf 3:2 (2:1)

Nürnberg: Heider – Lieberwirth – Wagner, Giske – Grahammer, Reuter, Dorfner (72. T. Brunner), Güttler – Philipkowski, Andersen, Eckstein (64. Geyer). – **Düsseldorf:** Schmadtke – Zewe – Bunte (24. Thomas), Kuczinski, Kremers – Bockenfeld (88. Del'Haye), Demandt, Fach, Weikl – Thiele, Holmquist. – **Schiedsrichter:** Osmers (Bremen). – **Tore:** 1:0 Eckstein (10.), 1:1 Holmquist (19.), 2:1 Andersen (44.), 2:2 Holmquist (74.), 3:2 Philipkowski (84.). – ***Zuschauer:*** 9500. – ***Gelbe Karten:*** Wagner (4), Thiele (4), Thomas (4), Kremers (2), Holmquist.

Hamburg – Bochum 1:0 (0:0)

Hamburg: Stein – Plessers – Kaltz, Jakobs, Homp – Lux (71. Bressem), Schröder, Rolff, Kroth – Gründel, von Heesen. – **Bochum:** Zumdick – Knüwe (90. Wegmann) – Oswald, Kree – Tenhagen, Schulz, Lameck, Woelk, Benatelli – Fischer (83. Kempe), Kuntz. – **Schiedsrichter:** Boos (Friedrichsdorf). – **Tor:** 1:0 Gründel (88.). – **Zuschauer:** 13 000. – **Gelbe Karten:** Kaltz (3), Knüwe (2).

Saarbrücken – Frankfurt 2:2 (1:1)

Saarbrücken: Hallmann – Boysen (75. Foda) – Kruszynski, W. Müller – Muntubila, Jusufi, Jambo, Blättel – Hönnscheidt (78. Demange), D. Müller, Seel. – **Frankfurt:** Gundelach – Caspary – Müller, Körbel – Trieb (53. Krämer), Sarroca, Sievers, Falkenmayer, Binz – Friz, Bühler. – **Schiedsrichter:** Pauly (Rheydt). – **Tore:** 0:1 Friz (4.), 1:1 Jambo (21.), 1:2 Sarroca (72.), 2:2 Gundelach (84., Eigentor). – **Zuschauer:** 9000. – **Gelbe Karten:** W. Müller (3), Kruszynski, Sievers (3), Friz.

VORSCHAU

Freitag, 29. 11., 20.00 Uhr:

Mannheim – Nürnberg	(–:–)
Bremen – Stuttgart	(3:1)

Samstag, 30. 11., 15.30 Uhr:

Düsseldorf – Uerdingen	(2:2)
Leverkusen – Schalke	(2:2)
Dortmund – Hannover	(–:–)
K'lautern – Saarbrücken	(–:–)
Frankfurt – Hamburg	(1:0)
Bochum – Köln	(1:3)
M'gladbach – München	(3:2)

In Klammern die Ergebnisse der letzten Saison.

2. Liga

DIE ERGEBNISSE

Bayreuth – Köln	0:1	(0:1)
BW Berlin – Kassel	1:1	(0:0)
Aachen – TB Berlin	4:0	(2:0)
Darmstadt – Braunschweig	4:1	(0:1)
Aschaffenburg – Solingen	3:0	(0:0)
Freiburg – Hertha BSC	1:1	(0:0)
Osnabrück – Stuttgart	2:2	(0:0)
Wattenscheid – Homburg	ausgefallen	
Duisburg – Oberhausen	ausgefallen	
Karlsruhe – Bielefeld	ausgefallen	

DIE TABELLE

1.Köln	18	10	4	4	31:21	24:12
2.Homburg	17	10	2	5	40:20	22:12
3.Aachen	18	8	6	4	31:19	22:14
4.Stuttgart	18	8	6	4	35:27	22:14
5.Bielefeld	17	9	3	5	30:20	21:13
6.Darmstadt	18	7	7	4	31:21	21:15
7.BW Berlin	19	7	7	5	36:25	21:17
8.Karlsruhe	17	8	4	5	27:20	20:14
9.Kassel	18	9	2	7	29:26	20:16
10.Wattenscheid	17	8	3	6	28:31	19:15
11.Solingen	19	6	4	8	25:33	18:20
12.Aschaffenb.	18	8	1	9	30:32	17:19
13.Osnabrück	18	5	7	6	28:30	17:19
14.Braunschweig	18	4	7	7	31:34	15:21
15.Freiburg	18	5	5	8	24:29	15:21
16.Hertha BSC	19	4	7	8	27:38	15:23
17.Oberhausen	17	5	4	8	24:29	14:20
18.Bayreuth	18	6	2	10	23:41	14:22
19.TB Berlin	19	3	6	10	28:42	12:26
20.Duisburg	17	3	3	11	15:32	9:25

DIE VORSCHAU

Freitag, 19.30 Uhr: Bielefeld – Wattenscheid; **20 Uhr:** Oberhausen – Osnabrück. – **Samstag, 14.30 Uhr:** Stuttgart – Aschaffenburg, Kassel – Bayreuth; **15.30 Uhr:** Braunschweig – Duisburg. – **Sonntag, 14.00 Uhr:** Homburg – Darmstadt; **15.00 Uhr:** Hertha – Aachen, Köln – Karlsruhe, Solingen – Freiburg.

FUSSBALL / Spitzenspiel der Härte in München: Lothar Matthäus flog vom Platz, Rudi Völler schon wieder verletzt

● Das Spitzenspiel zwischen München und Bremen fand statt. Aber es war alles andere als Spitze. Ist der deutsche Fußball wirklich so brutal, wie diese beiden Teams spielten? Matthäus sah die rote Karte, Völler ist nach einem Foul von Augenthaler wieder verletzt.

● Zum ersten Mal seit Bestehen der Bundesliga (Gründung 1963) mußten im November gleich fünf Spiele ausfallen: Köln – Mannheim, Uerdingen – M'gladbach, Stuttgart – Leverkusen, Schalke – Dortmund und Hannover – Kaiserslautern. Wann diese Spiele bei dem engen Terminplan nachgeholt werden können, steht noch nicht fest. Heute treffen sich Spielleiter Hermann Schmaul und Vertreter des Liga-Ausschusses in Frankfurt, um neue Termine zu finden. Schmaul zur Situation: „Trotz UEFA-Pokal und deutschem Pokal haben wir noch keine echten Probeleme."

● Nürnberg gegen Düsseldorf – das Spiel der Kellerkinder. Nürnberg beendete eine Serie von zehn Spielen ohne Erfolg, jetzt gärt es in Düsseldorf. Präsident Förster: „Heckenschützen sind unterwegs." Trainer Dieter Brei wird zu wenig Temperament vorgeworfen.





Fouls wichtiger als die Tore?

Ein Tor und zwei Fouls: Dieter Burdenski und Sören Lerby sehen zu, wie Dieter Hoeneß nach einem abgewehrten Elfmeter einschießt (oben). Doch Tore waren fast unwichtig. Schon in der 17. Minute lag Rudi Völler inmitten seiner entsetzten Bremer Kollegen verletzt am Boden (links). *Und kurz vor der Halbzeit trat Lothar* Matthäus den am Boden liegenden Bruno Pezzey, der ihn vorher gefoult hatte. Schiedsrichter Theobald stand direkt dabei, seine Entscheidung war eindeutig (rechts).

FOTOS: BAADER/WEREK/SIMON



War das nicht unter Ihrer Würde, Uli Hoeneß?

WELT: Die Partie in München trug das Etikett „Spitzenspiel". Aber von Spitze war da nicht viel zu sehen. Die Herren Profis traten ebenso heftig nach den Knochen des Gegners wie nach dem Ball. Vor allem, so hatte es den Anschein, Ihre Bayern. Wieso eigentlich, Uli Hoeneß?

Hoeneß: Der Einsatz war ungemein hoch. So hoch wie normalerweise erst am Ende der Saison. Hätte Bremen gewonnen, wäre die Meisterschaft so gut wie entschieden gewesen. Vier Punkte Vorsprung holt keiner auf.

WELT: Und deswegen haben Ihre Spieler so hart, so rücksichtslos gespielt? Ist das nicht unter der Würde einer Mannschaft von Klasse?

Hoeneß: Das schaute alles schlimmer aus, als es war. Der Platzverweis von Lothar Matthäus war nicht berechtigt. Und Augenthaler beging an Rudi Völler ein Allerweltsfoul.

WELT: Wie bitte? Können Sie das näher erklären?

Hoeneß: Natürlich. Völler hatte sich den Ball weit vorgelegt. Augenthaler versuchte, den Ball zu treffen. Die Erfolgsaussicht war gut, deshalb war der Versuch legitim. Was Augenthaler falsch berechnete, war die Geschwindigkeit von Völler. Deshalb erwischte er ihn unglücklicherweise am Fuß.

WELT: Und die Verletzung von Völler? Daß er jetzt wieder sechs Wochen ausfällt, ist das gar nichts?

Hoeneß: Rudi Völler tut mir unendlich leid. Wirklich. Man muß mir das abnehmen. Und für Werder bedaure ich diesen Verlust auch. Aber es ist nicht richtig, daß Augenthaler den „Völler kaputtgetreten" hat. Die Verletzung rührt vom Sturz her.

WELT: Und Lothar Matthäus ist auch ein Unschuldslamm?

Hoeneß: In dieser Phase war das Spiel noch hektischer, die Spieler noch aggressiver, weil Völler vom Platz gegangen war. Matthäus wurde von Pezzey hart am gerade erst operierten Knie getroffen. Der Schreck und die Angst, nun sei das Knie wieder kaputt, versetzten Matthäus für Sekunden in eine psychische Ausnahmesituation. Als er auf Pezzey losging und heftig über ihn drüberstieg, handelte er im Affekt.

WELT: Und Sie glauben, diese Geschichte nimmt Ihnen Herr Kindermann ab?

Hoeneß: Schiedsrichter Theobald hat mir gesagt, er habe für Lothars Reaktion Verständnis. Die Formulierung, die er in seinem Bericht verwenden werde, so sagte er mir, müsse er sich erst noch überlegen. Von Tätlichkeit jedenfalls war dabei nicht die Rede.

WELT: Matthäus wird doch sicherlich so lange gesperrt, wie Völler verletzt ist.

Hoeneß: Ich denke, auch Herr Kindermann wird den wahren Sachverhalt erkennen. Mehrfach in jüngster Zeit hat er berücksichtigt, daß Spieler im Affekt gehandelt haben. Ich rechne mit einer kurzen Sperre für Matthäus. Zumindest hoffe ich, daß Herr Kindermann gnädig ist.

WELT: Otto Rehhagel hat nach dem Spiel gesagt, Rudi Völler werde auf allen Plätzen gejagt. Müssen sich die Bayern da nicht auch angeklagt fühlen?

Hoeneß: Solche Sprüche gleich nach dem Spiel darf man nicht so ernst nehmen. Im übrigen glaube ich, daß es Littbarski oder Mill oder unseren Stürmern nicht besser geht.

WELT: Und wenn Völler zu haben ist, wenn er Bremen verlassen will, bieten Sie dann mit?

Hoeneß: Wenn es Zweck hätte, sofort. Aber mehr als drei Millionen kann und will ich nicht ausgeben. Und damit kann ich die Italiener nicht überbieten.

WELT: Aber Sie haben doch Geld aus dem Rummenigge-Transfer?

Hoeneß: Ich bitte Sie. Davon sind vielleicht noch vier Millionen da. Zwei Millionen haben wir ja allein an Körperschaftssteuer gezahlt. Außerdem will ich keine Schulden mehr machen.

WELT: Auch nicht für einen Mann wie Völler? Der würde Ihre Truppe doch gleich auf Weltniveau heben.

Hoeneß: Erstens: Wenn ich acht Millionen für einen Spieler ausgebe, kann ich dieses Geld nie mehr hereinholen. Zweitens: Die Ablöse ist nicht das wichtigste. Das Gehalt hindert uns, mit den Italienern zu konkurrieren. Wenn Völler in Italien jährlich 600 000 Mark netto verdient, müßten wir dafür 1,5 Millionen aufbringen.

WELT: Das bedeutet: Weltstars wie Schuster, Platini, Maradona könnten nie in der Bundesliga spielen? Und was die Bundesliga an Weltstars hervorbringt, wird sie stets verlieren?

Hoeneß: Genau so ist es.

WELT: Aber Sie haben doch Ihren Matthäus, Ihren Lerby. Bremen hat Völler, Gladbach seinen Rahn. Wer wird nun Meister?

Hoeneß: Wir müssen auf den HSV aufpassen. Die reden nicht viel, machen kein Theater, und schon stehen sie oben. Trotzdem: Werder bleibt für mich der Favorit Nummer eins.

Das Interview mit dem Manager des FC Bayern führte Ulfert Schröder.

Und immer feste drauf: Für Kollegen Fouls mit Worten und Fußtritte

MARCUS BERG, München

Wem gebührt die Krone der Unsportlichkeit?

Klaus Augenthaler, der mit einer rüden Attacke den Berufskollegen Rudi Völler gleich ins Krankenhaus beförderte?

Lothar Matthäus, der Bruno Pezzey rücksichtslos in die Beine trat und deshalb selbst den Platz verlassen mußte?

Oder gar den Verantwortlichen des FC Bayern München, für die das alles auch noch ganz in Ordnung war?

Vielleicht auch den Beteiligten beider Parteien, die den körperlichen Attacken nach dem Schlußpfiff die verbalen folgen ließen.

In jedem Fall: Zur Werbung für den Fußball, für den Sport war dieses sogenannte Bundesliga-Spitzenspiel zwischen Bayern München und Werder Bremen (3:1) nicht zu verwenden.

Oder muß etwa einem Weltklassespieler wie Rudi Völler nicht die Freude am Beruf, der Spaß am Sport vergehen, wenn er, kaum daß er wieder laufen kann, gleich erneut arbeitsunfähig getreten wird? Sieben Wochen Pause wegen einer Knöchelverletzung, das erste Spiel am letzten Mittwoch in Mönchengladbach, dann das zweite am Samstag in München. Da holt ihn Augenthaler schon nach 17 Minuten gleich wieder so brutal von den Beinen, daß er meterweit durch die Luft fliegt, um Hilfe ruft, schreit und dann etwas später vom Platz und ins Krankenhaus „Rechts der Isar" gebracht werden muß. Die Diagnose war so vernichtend wie dieser Tritt: Adduktorenabriß, wieder sechs Wochen Pause (Adduktoren sind Muskelstränge an der Innenseite des Oberschenkels, die am Schambein ansetzen, also Verbindungen zwischen Unterkörper und Beinen bilden).

Absicht? „Ich bin der Letzte, der absichtlich foul spielt", beteuert Augenthaler. Dann war es wohl reine Hilflosigkeit. „Es ist tatsächlich Völlers Problem seit Jahren, daß er für die Verteidiger einfach zu schnell ist", sagt Franz Beckenbauer. Schnelligkeit, auf die Trainer ihre Spieler schließlich trimmen, wird also zu einer Gefahr für die Gesundheit.

Bayern-Libero Augenthaler versuchte zu erklären, was da in der 17. Minute passierte: „Ich will den Ball treffen, aber der ist schon weg, ich erwische statt dessen Völler mit dem Knöchel. Es tut mir leid. Aber hätte ich ihn foulen wollen, hätte ich ihn doch mit dem Stollen getroffen." Profi-Logik? Wenn schon foul, dann richtig foul ...

„Ich bin enttäuscht und ratlos", sagt Otto Rehhagel, Werder Bremens und Völlers Trainer. „Was soll ich bloß noch mit Rudi machen. Der wird brutal gefoult und niedergemacht, wo wir auch hinkommen. Was soll ich ihm sagen, wenn er in sechs Wochen wieder *dabei* ist? Normalerweise kann man ihn doch gar nicht mehr spielen lassen." Das ist dann auch schon schwarzer Humor. Denn Rehhagel meint mit diesem Satz auch, man solle Völler erst einmal richtig gesund pflegen, ihn dann gar nicht mehr auf den Platz lassen und gleich nach Italien verkaufen.

Dann, so kontert Bayern Münchens Trainer Udo Lattek, müsse der Trainer des Bremer Gegners seinen Spielern demnächst womöglich sagen, sie sollten den Rudi Völler laufen lassen. Das sollte heiter und lustig gewertet werden. Also wird es Völler wohl so richtig aufbauen und wieder auf die Beine bringen. Wie auch der Spruch von Uli Hoeneß: „Das sind doch Fußballer und keine Klosterschüler." Ob Spieler, Trainer oder Manager – Hilflosigkeit allenthalben, wenn es darum geht, einen Klassemann wie Völler vor dem Mittelmaß zu schützen.

„Ich werde demnächst auf den Platz laufen, den Spieler ans Händchen nehmen und sagen, so nicht", meint Lattek tatsächlich. Aber wieder konnte keiner von seinen Zuhörern lachen.

Als weitere Möglichkeit der Gegenwehr bietet sich für Völler jene an, die fatalerweise der Münchner Kollege Lothar Matthäus wählte. Der sah nämlich, ebenfalls gerade erst von einer schweren Verletzung (Innenbandriß) genesen, nach einem Tritt von Pezzey gegen das operierte Knie erneut die Gesundheit in Gefahr und trat vorsichtshalber gleich zurück. „Ich habe gedacht, es ist wieder alles kaputt, da habe ich die Nerven verloren." Zu entschuldigen gäbe es da nichts. Schiedsrichter Theobald schickte ihn eine Minute früher in die Halbzeitpause als die anderen, er zeigte die rote Karte. Franz Beckenbauer: „Dunkelgelb hätte ausgereicht."

Es wurde auch Fußball gespielt in München. Dieter Hoeneß blieb wieder einmal die Rolle des ungeliebten Helden vorbehalten, ausgepfiffen von den Leuten bei seiner Einwechslung (für Kögl) nach der Halbzeit, gefeiert von den gleichen Leuten bei seinen Toren zum 2:1 und 3:1. Das alles innerhalb von 120 Sekunden, erst im Nachschuß nach einem von Lerby vergebenen Elfmeter (Schaaf an Michael Rummenigge), dann mit einem wuchtigen Flugkopfball. Hoeneß steckte lange in einem Formtief, das er sich selbst nicht erklären konnte. Hoeneß: „Ich habe alles auszuschalten versucht, was meine Leistung beeinträchtigen könnte. Aber es nutzte nichts. Nun rauche ich wieder die eine oder andere Zigarette und trinke ein Glas Wein. Schon klappt es."

Das klingt menschlich in all der Hektik, die nach dem Schlußpfiff direkt weiterging. Da war wieder Foulspiel angesagt. Otto Rehhagel, der Trainer: „Ich bin enttäuscht von diesen Bayern." Willi Lembke, der Manager: „Ja haben die das denn wirklich nötig, einen auf diese Art und Weise auszuschalten?" Franz Böhmert, der Präsident: „Lerby und Matthäus, die treten doch nach allem, was sich bewegt."

Das hat er dem Dänen denn auch vor der Kabine noch persönlich gesagt. Böhmert: „Ich werde mal deinen Nationaltrainer Piontek anrufen und ihm was erzählen." Lerby: „Du Vogel, du." Rehhagel: „Paß bloß auf, du verdienst hier dein Geld, also muß man sich hier auch benehmen können." Lerby: „Du Vogel, du."

Und weil nun mal einer das letzte Wort haben muß bei diesem unwürdigen Spektakel, gab es der Däne Lerby dem aufgebrachten Rehhagel in dem ihm eigenen Kauderwelsch mit auf den Weg: „Spinnt sie, die Otto?"

Vorwürfe an Brei: Kein Temperament

ULRICH DOST, Düsseldorf

Gestern vormittag sah sich Peter Förster in aller Ruhe ein A-Jugendspiel an. Mittags nahm er mit seiner Familie die Einladung zu einem Martinsgans-Essen bei Freunden an. Hat der Präsident von Fortuna Düsseldorf denn wirklich nichts Wichtigeres zu tun? Tabellenletzter ist seine Mannschaft, gerade gab es in Nürnberg (3:2) die achte Auswärts-Niederlage in dieser Saison. 2:12 Punkte lautet die magere Bilanz der letzten sieben Spiele. Ist das nicht der Zeitpunkt, wo die Forderung nach der Entlassung des Trainers so selbstverständlich kommt wie die nächste Niederlage?

In Düsseldorf scheinen die Uhren anders zu gehen. Als sei es fast eine Beleidigung, ihn nach dem Trainer zu fragen, gibt Förster klipp und klar zur Antwort: „Die Trainerfrage stellt sich nicht, in keiner Weise." Dieter Brei selbst gab sich gestern ebenfalls selbstbewußt: „Zur Zeit besteht zwischen mir und dem Präsidenten noch eine hohe Übereinstimmung."

Wie können die beiden nur so selbstsicher sein? Haben sie noch nie etwas vom Druck der Öffentlichkeit gehört, von einer Opposition im Verein? In dieser Beziehung sind sie in Düsseldorf wirklich jenseits von Gut und Böse. Der Düsseldorfer interessiert sich kaum für die Fortuna, es sei denn, Erfolge stellen sich ein. Doch meistens spielte die Fortuna in den letzten Jahren gegen den Abstieg – und das lockt in Düsseldorf niemand ins Stadion.

Was Dieter Brei nun am meisten zu fürchten hat, sind Gegenströmungen im Verein. Er sagt: „Ich weiß, daß die Heckenschützen unterwegs sind." Einer der Heckenschützen, Schatzmeister Norbert Hengstermann, war bislang tatsächlich unterwegs, er kehrt erst heute aus Mallorca zurück. Zusammen mit Frank Weickert, einem anderen Vorstandsmitglied, schafft Hengstermann es aber nicht, im Präsidium gegen Förster und Heinz Heßling, ebenfalls Vorstandsmitglied, anzukommen. Denn der Präsident hat die besseren Argumente.

Peter Förster sagt: „Zum Verjüngungskonzept, das wir unter Dieter Brei begonnen haben, gibt es keine Alternative. Nur dadurch haben wir es weitestgehend geschafft, den Verein zu entschulden." Rudi Bommer und Atli Edvaldsson ließen die Düsseldorfer für 1,25 Millionen Mark nach Uerdingen ziehen, gekauft haben sie aber nur Calle Del'Haye (150 000 Mark) und Andreas Keim (275 000). Dafür übernahmen sie aber mit Demandt, Jakobs, Kaiser und Schmadtke vier Spieler aus der eigenen Amateur-Mannschaft. Und diejenigen der Großverdiener, die behalten werden, mußten Gehaltskürzungen bis zu 25 Prozent hinnehmen, dazu wurden die Punktprämien auf Leistungsbasis umgestellt.

Dieter Brei meint, daß die Düsseldorfer derzeit wohl den unpopulären Weg von ganz unten nach oben gehen müssen. Welche Mannschaft, so fragt er, verkraftete es schon, mit vier oder fünf Amateuren auszukommen. Brei: „Dabei haben wir noch nicht einmal so Supertalente wie den Olaf Thon. Unsere Talente müssen sich entwickeln."

Brei: „Ich sehe, daß unser Präsident seiner Linie treu bleibt. Wir müssen nur überall um Verständnis und Geduld bitten. Mit unserer Mischung aus jungen und erfahrenen Spielern haben wir eine gute Basis, um da herauszukommen." Mit der Struktur der Mannschaft soll sich auch ihr Gesicht verändern. Brei: „Wir brauchen Spieler mit einer anderen Moral. Die Einstellung, die bei uns heute leider nicht immer stimmt, muß wieder so lauten: Wir können verlieren, aber wir dürfen nie aufhören zu kämpfen."

Eben das wirft die Opposition dem Trainer aber vor. Daß er nicht in der Lage ist, die Spieler zu motivieren. Klaus Allofs, der früher selbst in Düsseldorf spielte, war beim 3:1-Sieg des 1. FC Köln bei den alten Kollegen im Rheinstadion überrascht, wie wenig Gegenwehr ihnen entgegengebracht wurde. Dieter Brei: „Das ist unser Fehler. Wir schlagen die Bayern mit 4:0 und lassen uns dann in Stuttgart beim 0:5 regelrecht abschlachten." Brei besitze zu wenig Temperament, so lauten die Vorwürfe, er sei zu anständig und brav. Im Abstiegskampf fehle ihm die notwendige Härte.

Dieter Brei weiß, daß er kein harter Hund ist. Er sagt: „Ich kann nicht nur bis morgen denken, ich muß längerfristig planen. Wir halten an unserem Konzept fest. Bislang wurde doch bei der Fortuna nur Flickschusterei betrieben. Damit muß es vorbei sein."

Ist damit der sportliche Abstieg einkalkuliert? Brei: „Keineswegs. Ich behaupte, daß wir heute in der Bundesliga jeden schlagen können. Eine Position zwischen dem achten und zwölften Platz ist für uns keine Illusion."

Aber wird ihm die Zeit gegeben?

Starre Fronten im Fernseh-Kampf

ULFERT SCHRÖDER, Frankfurt

Der Poker um den neuen Vertrag zwischen der Fußball-Bundesliga und den Fernsehanstalten nimmt immer schärfere Formen an. 80 Millionen für fünf Jahre haben ARD und ZDF geboten. Die Bundesliga, vertreten durch ihren Medien-Manager Beierlein, lehnte ab. Ihr Angebot: mindestens 20 Millionen jährlich und ein Vertrag für nur ein Jahr.

Der Deutsche Fußball-Bund (DFB) und die Bundesliga-Klubs liegen in ihrer Medien-Politik keineswegs auf einer Linie, obwohl sie für die Behandlung des Themas einen gemeinsamen Ausschuß gebildet haben. Die DFB-Vertreter jedenfalls waren bereit, das 80-Millionen-Angebot das Fernsehens freudig und dankend anzunehmen.

Bei der jüngsten Sitzung der Klub-Chefs mit den DFB-Vertretern in Frankfurt gehörte die unterschiedliche Auffassung über die Medien-Politik denn auch zu den wichtigsten Punkten, an denen die scheinbar unvermeidliche Loslösung der Bundesliga vom DFB erkennbar wurde. Ein Teilnehmer der Sitzung darüber: „Die Herren des DFB kamen mit diesem 80-Millionen-Angebot und wollten sich dafür feiern lassen. Wir haben sie ausgelacht. Daraufhin wollten Dr. Gerhardt und Götz Eilers den Ausschuß verlassen, ihre Arbeit niederlegen." Generalsekretär Wilfried Gerhardt, höchster Angestellter des DFB, und Justitiar Eilers sind dann doch geblieben. Doch geblieben sind auch die unterschiedlichen Standpunkte.

Die Bundesliga-Klubs lehnen die lange Bindung an ARD und ZDF und damit die Monopolisierung der beiden öffentlich-rechtlichen Anstalten ab. Sie wollen angesichts der immer stärker werdenden privaten Anstalten flexibler bleiben. Außerdem, so meinen sie, sei Fußball neben Serien wie die „Schwarzwaldklinik" die beste TV-Unterhaltung. Fußball bringe stets rund 20 Millionen Bundesbürger vor den Bildschirm. Dies sei ein höheres Honorar wert.

„20 Millionen, das ist die unterste Grenze für einen Vertrag auf ein Jahr", erklärte ein Sprecher der Klubs, „und die beiden Anstalten, ZDF und ARD, verstehen das sehr wohl. Sie schätzen die bevorstehende Entwicklung richtig ein. Hätten sie sonst von sich aus 80 Millionen für fünf Jahre angeboten?"

Außerdem beginnt bei den Bundesliga-Klubs ein Prozeß des Umdenkens. Fernsehübertragungen werden nicht mehr als Konkurrenz, sondern als Werbung für Fußball angesehen. Als Denkvorlage dienten der Bundesliga die Verhältnisse in Italien. Das dort live übertragene „Spiel der Woche" und die permanente „Fütterung" des Fernsehzuschauers mit regionalen und überregionalen Fußball-Sendungen wecke und steigere das Interesse, glauben die Bundesliga-Bosse, und dies gelte auch für den deutschen Verbraucher.

Es gibt in der Bundesliga sogar Überlegungen, die Bundespost als Sponsor zu gewinnen. Das Angebot, die Bundesliga exklusiv und so oft wie möglich auch live auf dem Kabelkanal „SAT 1" zu bieten, so glauben die Vereine, würde die Bundesbürger dazu bringen, sich „wie wild" (so ein Sprecher der Klubs) verkabeln zu lassen.

*

Vielleicht überschätzen sich aber auch die Klubs, was ein Blick nach Skandinavien beweist. Mit der Übertragung des Bundesliga-Spitzenspiels zwischen München und Bremen sollte das Zuschauer-Interesse am deutschen Fußball getestet werden. Am nächsten Wochenende folgt das Spiel Mönchengladbach gegen München, ebenfalls live. Bei einer positiven Resonanz sollen während der Wintermonate Bundesligaspiele übertragen werden, um die unter starkem Zuschauerschwund leidenden Übertragungen englischer Spitzenbegegnungen abzulösen.

Aber die Bewertung für den Bundesliga-Fußball fiel gar nicht so positiv aus. Für die schwedische Zeitung „Svenka Dagbladet" hat das Spiel keine Antwort auf die Frage gegeben, künftig mehr deutsche als englische Spiele zu übertragen. Es sei kein Beweis dafür gewesen, daß deutsche Spiele unterhaltsamer seien als Spiele der englischen Division. Das Spiel sei „streckenweise brutal gewesen. Für die Zeitung „Dagensnyheter" steht gar fest, daß bei einer Publikumsbefragung der englische Fußball „siegen" würde. Der englische Fußball sei zur Zeit einfach besser.

Die dänische Zeitung „Jyllands-Posten" schrieb von einer „haßerfüllten Atmosphäre und einer brutalen Spielweise vor allem der Bayern". Nach Meinung von „Aktuel" bot das Spiel den Fernsehzuschauern „wesentlich mehr Dramatik als guten Fußball".

HOCKEY

Gegen Holland nur 3:3 und Platz drei in Australien

dpa, Perth

„Eigentlich wäre es an der Zeit, die Hockey-Champions-Trophy nun endlich einmal zu gewinnen", sagte Hokkey-Bundestrainer Klaus Kleiter, bevor er mit seiner deutschen Mannschaft vor zwei Wochen nach Australien reiste. Diese Hoffnungen zerschlugen sich.

Die Trophäe bleibt in Australien, dessen Nationalmannschaft das Turnier der sechs weltbesten Teams zum dritten Mal in Folge gewann, wobei die Gastgeber im letzten Spiel durch Olympiasieger Pakistan (1:3) ihre erste Niederlage bezogen. Den Gewinn der Trophäe hatte Australien jedoch schon am Freitag mit einem 2:1 (1:1)-Sieg über Deutschland gesichert, das hinter Australien (8:2) und Großbritannien (6:4) mit 5:5 Punkten nur den dritten Rang belegte. In ihrem letzten Spiel gelang der deutschen Mannschaft gegen Europameister Niederlande nur ein 3:3.

Trotz des erhofften, letztlich aber nun verpaßten Trophy-Sieges war Bundestrainer Klaus Kleiter nach Abschluß des Turniers nicht unzufrieden: „Noch nie waren wir so nahe am Gewinn dieser Trophy. Teils haben wir uns den Turniersieg selbst verscherzt, bei der mit 1:2 einzigen Turnier-Niederlage gegen Australien hat uns bei zwei blitzsauberen Toren des Mönchengladbachers Michael Hilgers, denen die Anerkennung versagt blieb, der Schiedsrichter böse mitgespielt. Der Punktverlust gegen die Niederlande beim 3:3 ist dann auf den Kraftverlust beim vergeblichen Anrennen gegen die australischen Turniersieger sowie die Enttäuschung über die unglückliche Niederlage 24 Stunden zuvor zurückzuführen", meinte Kleiter.

Elf Monate vor der Weltmeisterschaft in London hat sich das Team des Vize-Weltmeisters von 1982 damit bereits für eine Medaille empfohlen. Ausschlaggebend hierfür ist ein Gesinnungswandel im deutschen Team. Kleiter: „Früher haben wir immer reagiert, jetzt haben wir in Perth versucht, selber den Spielverlauf zu diktieren." Noch ist das nicht hundertprozentig gelungen. Sonst wäre den Deutschen das Malheur gegen Indien nicht passiert, nach einer 5:1-Führung in den letzten sieben Minuten noch den Ausgleich zum 5:5 hinnehmen zu müssen.

AMATEURBOXEN / Deutsche Meisterschaften in Mainz – Das letzte Finale von Peter Hussing

„Beste Titelkämpfe seit Jahren" mit einem neuen, erst 18 Jahre alten Talent: Sven Ottke aus Berlin

sid/dpa, Mainz

Peter Hussing, der Max Schmeling des Amateurboxens, gewann mit 37 Jahren in Mainz sein letztes Finale, der Aufsteiger des Jahres, Sven Ottke, erst 18 Jahre, bezwang im Mittelgewicht den Olympia-Dritten Manfred Zielonka. Die Boxer melden wieder Land in Sicht. Der Gesamteindruck der „besten Meisterschaften seit Jahren" (Bundestrainer Helmut Ranze) wurde nur durch katastrophale Ringrichterleistungen getrübt.

Hussing gewann in seinem 18. und letzten Finale den 16. Titel. Eine Ära wird nun durch die Altersgrenze beendet (siehe untenstehenden Bericht). „Wer von beiden muß eigentlich aufhören?" fragte Helmut Meyer, der Direktor des Bundesausschusses für Leistungssport (BAL), als Hussing in der Vorschlußrunde den drei Zentner schweren Peter Geier zu Boden geschickt hatte. Auch die boxerischen Mittel von Karl-Heinz Geuß reichten im Endkampf nicht aus, um an dem Denkmal Hussing zu rütteln.

Der kesse Berliner Sven Ottke könnte Hussings Sohn sein. Unbekümmert stürmte der Juniorenmeister im Mittelgewicht ins Finale und stoppte hier mit einem 4:1-Punktsieg den Olympia-Dritten Manfred Zielonka (25). Wer hatte den jungen Mann aus Spandau noch vor wenigen Tagen über die Berliner Stadtgrenzen hinaus überhaupt gekannt? Jetzt ist Sven Ottke eine der großen Hoffnungen für die Olympischen Spiele 1988 in Seoul.

Außer Ottke, den Berlins Trainer Dieter und Hoth für das Turnier in Mainz zum richtigen Zeitpunkt in Form gebracht hatten, überzeugten noch einige andere junge Athleten. Norbert Nieroba, 21 Jahre alt, Umschüler zum Versicherungskaufmann, Staffelmitglied des Bundesliga-Titelanwärters BSK Ahlen, stand schon vor einem Jahr im Finale. Diesmal setzte sich der langaufgeschossene Halbmittelgewichtler endgültig durch. Der Zögling des Gelsenkirchener Talente-Entdeckers Fritz Wein wurde nach seinem 5:0-Punktsieg über den Bayern Fritz Herrmann, einen wild um sich schlagenden Stahlbauer aus Gunzenhausen, als bester Techniker des Turniers ausgezeichnet. „Sehr souverän", kommentierte Bundestrainer Helmut Ranze (Worms) die bisherigen Leistungen von Nieroba, der bei diesem Turnier nacheinander Knut Rosenmeier aus Regensburg und Freddy Scheufele aus Geislingen jeweils durch Abbruch bezwungen hatte. Seinen Platz in der Weltmeisterschafts-Staffel des Deutschen Amateur-Box-Verbandes (DABV) hat Nieroba fast sicher.

Nur drei Titelverteidiger – Thomas Dubielzig im Fliegen-, Bogdan Maczuga im Bantam- und Alexander Künzler im Weltergewicht und Reiner Gies als Vorjahresmeister in einer anderen Gewichtsklasse – und trotzdem kann nicht von einer Wachablösung gesprochen werden. Dennoch verweist der neue Sportwart Walter Spindler mit Recht darauf, daß schon im Dezember bei Turnieren in Oslo und Sofia, der Militär-WM in den USA und beim Länderkampf gegen Dänemark in Berlin 34 Kämpfer auf den internationalen Prüfstand kommen: „Wann hat es das zuletzt gegeben?"

Für die Weltmeisterschaften in Reno sind drei bis fünf Kämpfer im Gespräch. Vier gehören dem Aktionskader an: Künzler und Helmut Gertel im Welter- sowie Bott und Spürgin im Halbschwergewicht. „Es ist zum Haare-Raufen, daß sich je zwei unserer Topleute in diesen Klassen im Wege stehen. Andererseits hätten wir das Problem gern überall", sagt Bundestrainer Ranze.

Ranze und sein Kollege Dieter Wemhöner gehen mit Zuversicht in die Zukunft: „Es gab einige hervorragende Kämpfe. Wahrscheinlich würde zwar der sowjetische Cheftrainer graue Haare bekommen, wenn er nur eine so kleine Schar erstklassiger Boxer hätte, aber wir sind auch so hochzufrieden."

Gute Leistungen bei den Aktiven, widersprüchliche bei den Ringrichtern. Einige der von den Landesverbänden nach Proporz und nicht nach Leistung abgestellten Referees handelten fast fahrlässig, übersahen grobe Fouls und begingen Regelverstöße. Doch es war bezeichnend, daß die Herren in Weiß lieber darüber diskutierten, ob sie bei den Final-Kämpfen mit einer Fliege in den Ring klettern sollten, als über ihre Leistungen.

Michael Spinks: „Schade, daß er schon so alt ist"

Mit einem lachenden und einem weinenden Auge verließ Peter Hussing nach seinem letzten Finale den Boxring. Der Super-Schwergewichtler aus Brachbach im Siegerland hat sich mit seinem 16. Meistertitel selbst ein Denkmal gesetzt, ehe er mit 37 Jahren aufhören muß. Auch wenn Hussing das noch nicht so recht einsehen will. Schließlich ist er hierzulande noch immer der Beste seiner Klasse. Kein anderer Schwergewichtler auf der Welt hat so oft, nämlich 439 mal, im Ring gestanden. Fünfhundert Kämpfe hätte er sich durchaus zugetraut. Hussing: „Ich hätte mich auf eigene Kosten dreimal im Jahr den Ärzten gestellt, um meine Boxtauglichkeit nachweisen zu lassen, und gerne noch im Mai 1986 bei den Weltmeisterschaften in Reno geboxt."

Selbst jene, die ihm das nicht mehr zutrauen, weil er in den letzten Wochen und Monaten auch schon mal am Boden war, zollen seiner einmaligen Karriere Respekt. Dennoch hätte Peter Hussing bei seinem letzten großen Kampf einen besseren Abgang verdient. Nach seinem 16. Titel im 18. Endkampf wurde er geehrt wie alle anderen elf Meister auch. Kein besonderes Wort des Dankes für diesen Ausnahme-Athleten, für seine Treue, die allen Verlockungen aus dem Profilager standgehalten hat.

Der Name Hussing steht schließlich für eine Sportart, die längst nicht mehr soviel Sympathien genießt, wie sie dem Boxer Hussing in fast zwei Jahrzehnten entgegengebracht wurden. Es hätte deshalb kein roter Teppich seitens des Verbandes sein müssen, aber die vielen Hände, die dem Rekordmeister nach seinem Sieg über Karl-Heinz Geuß zur Gratulation entgegengestreckt wurden, bewiesen, daß der Name Hussing hierzulande noch immer für das Amateurboxen steht.

Vielleicht wird der Deutsche Amateurbox-Verband erst im nächsten Jahr in Bochum feststellen, daß Peter Hussing ein Stück Meisterschaftsgeschichte ist. Deshalb ist es fast unverzeihlich, daß er dieses Idol nicht vor seinem Publikum offiziell verabschiedet hat, sondern die Ehrung irgendwann einmal unter Ausschluß seiner Anhängerschaft vorgenommen wird.

Zwanzig Jahre lang hat Peter Hussing im Boxring gestanden. Kann er sich ein Leben ohne Boxen überhaupt vorstellen? „Im Moment des Erfolges kann ich nicht an Abschied denken", sagt er, „mir ist der Sport so in Fleisch und Blut übergegangen, daß ich fürchten muß, ohne Boxen wie ein Mann ohne Arm zu sein."

In einer Abschiedstournee wird Hussing noch einmal sein Können vermarkten. Fünf Kämpfe sind für ihn, den Europameister von 1979, Olympiadritten von 1972, Vize-Europameister von 1971 und 1973, WM-Dritten von 1982 in München und Teilnehmer an drei Olympischen Spielen, bis Ende des Jahres geplant.

Dann will er seinen Trainerschein machen und beim BC Herdorf im Siegerland sein Können weitergeben. Hussings langjähriger Vereinstrainer Harald Flenders tritt dann ins zweite Glied zurück. Wird er also nun doch nicht Profi – oder doch? Er hatte schließlich, verärgert über die Altersbeschränkung im Amateur-Verband, beweisen wollen, daß er auch noch im Alter von 37 Jahren gut boxen kann. „Immer noch Weltklasse", lobte Bundestrainer Dieter Wemhöner in Mainz. Profi-Weltmeister Michael Spinks im „Aktuellen Sportstudio" des ZDF: „Sehr clever! Sein linker Hammer ist stark. Schade, daß er schon so alt ist." Ob Spinks da irrt?

(sid/dpa)

SPORT-NACHRICHTEN

18 Jahre für Präsidenten

Sofia (UPI) – Der frühere Präsident des bulgarischen Fußball-Verbandes, Dimitr Nikoloff, wurde in Sofia zu 18 Jahren Haft verurteilt. Ebenfalls 18 Jahre Haft bekam der frühere Funktionär Diczo Naneff. Beide wurden der Annahme ausländischen Geldes und der Korruption im Fußball für schuldig befunden.

Heiko Fischer gewann

Zagreb (sid) – Bei den 19. internationalen Eiskunstlauf-Wettbewerben in Zagreb gewann der Stuttgarter Heiko Fischer den Herren-Wettkampf, die Geschwister Antonia und Ferdinand Becherer (Konstanz) das Eistanzen. Die Düsseldorferin Heike Gobbers wurde bei den Damen Dritte.

Teilnahme bestätigt

***Ottawa** (dpa) – Hochrangige sowje*tische Sportfunktionäre haben in Calgary Befürchtungen zerstreut, die UdSSR würde 1988 nicht an den dortigen Olympischen Winterspielen teilnehmen. Auf Fragen nach einer Teilnahme an den Sommerspielen in Seoul reagierte man ausweichend. Einige Länder hätten keine Beziehungen mit Südkorea und würden deshalb möglicherweise nicht teilnehmen.

Angerer schoß daneben

Aust (dpa) – Bei einem internationalen Biathlon-Wettbewerb über zehn Kilometer in Aust (Norwegen) belegte der Ruhpoldinger Georg Fischer Platz drei. Es siegte der Österreicher Eder. Olympiasieger Peter Angerer (Hammer) schoß zweimal daneben und wurde Neunter.

Rudi Seiter gestorben

Karlsruhe (dpa) – Rudi Seiter ist tot. Der 50 Jahre alte Kunstturn-Trainer aus Söllingen starb an Lungenkrebs. Seiter, Trainer-Sprecher des Verbandes, war maßgeblich am Aufbau des Kunstturn-Zentrums Söllingen beteiligt.

USA bezwangen UdSSR

Osaka (sid) – Olympiasieger USA bezwang beim Volleyball-Weltcup der Herren in Osaka (Japan) die UdSSR mit 3:2 (11:15, 19:17, 15:9, 9:15, 15:12). Damit sorgten die Amerikaner für eine Vorentscheidung um den Gesamtsieg.

Hattrick für Josef Kristen

Köln (dpa) – Der Kölner Radprofi Josef Kristen feierte seinen dritten Sieg in Serie beim Sechsstunden-Rennen „Kölner Nacht". Nach seinen Erfolgen 1983 mit dem Dänen Frank und 1984 mit Rinklin (Singen) gewann er diesmal mit Dietrich Thurau (Frankfurt).

Mast bleibt Präsident

Braunschweig (dpa) – Günter Mast bleibt Präsident von Eintracht Braunschweig. Präsidium und Vorstand des Fußball-Zweitliga-Klubs werden keinen anderen Kandidaten vorschlagen. Mast soll zumindest bis zum 30. Juni 1986 im Amt bleiben.

Überzeugender Schuster

Barcelona (sid) – Bernd Schuster, der frühere deutsche Fußball-Nationalspieler, bot beim 2:0-Sieg des spa*nischen Titelverteidigers FC Barcelo*na über Sporting Gijon eine überzeugende Leistung. Schuster erzielte auch das Tor zum 2:0-Endstand.

Neue Ausschreitungen

London (dpa) – Während und nach dem Spiel der ersten englischen Fußball-Division zwischen Leicester City und Manchester United sind 18 Personen nach schweren Ausschreitungen verhaftet worden. Vier mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Chancen gewahrt

Budapest (sid) – Spandau 04 Berlin wahrte die Chance, zum zweiten Mal nach 1982 den Europacup im Wasserball zu gewinnen. Das Final-Hinspiel bei BVSC Budapest verloren die Berliner nur mit 7:9. Das Rückspiel ist am Samstag in Berlin.

Zweimal erfolgreich

Neustadt (sid) – Zu zwei Siegen über den Olympiafünften USA kam die deutsche Handball-Nationalmannschaft der Frauen: in Celle mit 31:18, in Neustadt mit 24:14. Die Spiele dienten der Vorbereitung auf die B-WM vom 10. bis 21. Dezember in Niedersachsen.

Erste Doping-Kontrollen

München (dpa) – Zum ersten Mal wurden in dieser Eishockey-Saison Doping-Kontrollen vorgenommen – beim Bundesliga-Spiel Köln gegen Rießersee. Die Ergebnisse sollen in 14 Tagen vorliegen.

SEGELN

Staarboot-WM: Ein Dämpfer für die Deutschen

INGA GRIESE, Nassau

Unter lautem Gejohle und Beifall wurde eine große Tonne in den Saal des Nassau Yacht Club gerollt, ein Brett darüber gelegt. Der frischgekürte Starboot-Weltmeister Bill Buchan (50) setzte sich auf das eine Ende der Latte, und auf der entgegengesetzten Seite stapelten sich die Champagner-Kisten. Sechs Zwölfer-Packs waren nötig, um den 50jährigen Amerikaner aufzuwiegen. Sechs Flaschen waren in weiser Voraussicht bereits eisgekühlt. Sie wurden in die Silberschüssel, den Wanderpreis für den Weltmeister, gefüllt, und der Pokal machte die Runde. Dazu spielte eine Band im Harry-Belafonte-Sound. So endete der offizielle Teil der diesjährigen Starboot-Weltmeisterschaft auf den Bahamas.

Von den zahlreichen Preisen, die verteilt wurden, erhielten lediglich Werner Fritz und Vincent Hösch je drei Gläser und ein versilbertes Starboot-Halbmodell für ihren 5. Platz der Gesamtwertung. Die anderen Deutschen gingen leer aus. Nicht ein einziges Mal hatten sich die Kadermannschaften Achim Griese/Michael Marcour (Hamburg/Wuppertal, 14. Platz insgesamt), Alexander Hagen/Matthias Borowy (Hamburg/Kiel 15.) und Peter Wrede/Ulrich Seeberger (Hamburg/Starnberg 31.) unter den ersten drei placieren können.

Bei den drei Teams lief alles schief: zu wenig Training, zu langsame Boote, zu wenig Gewicht. Während Fritz/Hösch in den letzten Monaten sehr viel auf dem Gardasee trainiert und Segel probiert hatten, waren die drei anderen Mannschaften seit der Europameisterschaft im August nicht mehr auf dem Wasser gewesen, da Beruf und Ausbildung ihnen keine Zeit ließen. Die Olympia-Zweiten *Achim Griese und Michael Marcour* hatten in diesem Jahr ohnehin mehr Zeit auf dem Cupper Outsider, mit dem sie den Admiral's Cup gewannen, verbracht als im Starboot. „Doch wir sind derzeit materialmäßig einfach nicht auf dem neuesten Stand. Die Maderboote, die unsere Jungs haben, sind an der Kreuz viel zu langsam. Da aber die Kreuzgänge viel länger waren als die anderen Kurse, hatten sie kaum Möglichkeiten, den Rückhalt wieder aufzuholen", erklärt Bundestrainer Franz Untersberger und ergänzt, „dazu kommt, daß unsere Mannschaften zu leicht sind. Die Teams wiegen im Schnitt 170 Kilogramm. Unter den ersten zehn der Siegerliste aber ist keine Crew leichter als 200 Kilogramm. Die zweitplazierten Holländer Steven Bakker und Ko Vandenberg wiegen zusammen sogar 240 Kilo. Und mehr Gewicht bedeutet mehr Geschwindigkeit."

Schon macht die Vision von gewaltigen Kerlen mit schwabbeligen Oberschenkeln und dicken Rettungsringen um die Hüften auf dem olympischen Siegerpodest die Runde. Denn seitdem vor einigen Jahren eine Hägeweste für die Vorschotleute erlaubt wurde, ist es kein Problem, auch mit hohem Gewicht außenbords zu hängen.

In jedem Fall war das unbefriedigende Abschneiden auf den Bahamas für die deutschen Starboot-Segler, die in den letzten Jahren die internatioanale Szene beherrscht hatten, ein heilsamer Dämpfer. Neue Entwicklungen auf dem Boots- und Segelsektor sind jetzt vordringlich. Eine weitere Zukunftsperspektive brachte die Weltmeisterschaft mit sich: denn zum ersten Mal hatten Sponsoren von sich aus angeboten, die Meisterschaft finanziell zu unterstützen. „Mumm Champagner" möchte dadurch den Fuß in die Tür zum SORC, dem größten Hochsee-Rennen in Amerika, stellen, und „Ebel" verteilte an die ersten nach fünf Wettfahrten Uhren im Wert von je 8500 Dollar.

HANDBALL / Mannschaft der Bundesrepublik kein Medaillen-Anwärter bei der Weltmeisterschaft

Platz drei im Supercup. Schobel: „Unterschiede zwischen Hoch und Tief einfach noch zu extrem"

ULLA HOLTHOFF, Dortmund

Und alle sind so klug alswie zuvor: Nach fünf Tagen Handball-Supercup bleibt nichts zurück als Ratlosigkeit. Achselzucken und hilflose Erklärungen. Versuche einer Analyse und das Aufzeigen von Tendenzen müssen Stückwerk bleiben. Denn innerhalb der Nationalmannschaft der Bundesrepublik Deutschland war nichts so *beständig* wie die Unbeständigkeit.

Binnen kürzester Zeit haben die Spieler die ganze Palette ihrer Leistungsbreite vorgeführt. Sie haben sich beim 22:23 gegen Dänemark bis auf die Knochen blamiert, sie haben beim 20:14 über die CSSR von ihrer übergroßen Begeisterung gelebt und konnten beim 23:16 über die UdSSR nur deshalb über ihre Verhältnisse spielen, weil der Gegner es ihnen erlaubte.

Der 18:26-Niederlage im Halbfinale gegen die „DDR" folgte ein 21:19-Erfolg über Rumänien im Kampf um Platz drei und das Fazit: Im internationalen Wettbewerb spielt die deutsche Mannschaft nur die Rolle des Außenseiters. Sie gehört angesichts der beim Supercup gezeigten Leistungen nicht zu den Medaillenanwärtern der Weltmeisterschaft, kann aber unter günstigen Umständen für Überraschungen sorgen.

„Der *Unterschied zwischen einem* Hoch und einem Tief ist einfach noch zu extrem", stellte Bundestrainer Simon Schobel fest. Doch das ist nichts Neues. Das war vor wichtigen Wettbewerben immer so. Selbst vor dem Weltmeisterschaftsgewinn 1978 wies die Leistungskurve extreme Unterschiede auf. Auch die Vorbereitungsspiele vor den Olympischen Spielen 1984 gaben zu den schlimmsten Befürchtungen Anlaß. Trotzdem gewann Deutschland die Silbermedaille.

Daraus eine Gesetzmäßigkeit und eine Garantie für spätere Erfolge abzuleiten hieße, sich auf ein Spiel mit dem Feuer einzulassen. Trainer Schobel aber *will nichts dem Zufall* überlassen. „Ich hole noch zwei Spieler bis zur Weltmeisterschaft", kündigte er weitere personelle Experimente an.



Alles vorbei: Neitzel, Thiel und Co-Trainer Heiner Brand (von links) bei der Niederlage gegen die „DDR". FOTO: BONGARTS

Schobel hat die Mannschaft seines Vertrauens immer noch nicht gefunden. Er variierte in jedem Spiel, wechselte häufig, manchmal zu schnell. Doch mangels neuer, positiver Erkenntnisse beschränkte er sich auf Klagen: Die Ostblockmannschaften seien physisch mit Abstand besser vorbereitet, weil sie profihafter trainieren können. Sie seien psychisch viel stabiler als seine labilen Spieler, und außerdem habe er in den letzten Monaten fast eine komplette *Mannschaft* verloren. Happe, Krokowski und Nachwuchsspieler Löhr sind verletzt, Springel und Rauin haben international ihre Laufbahn beendet. Das erklärt viel, bei weitem *nicht* alles.

Durch das Fehlen der Verletzten sind allein die Schwächen in der Abwehr zu erklären, nicht aber die Mißverständnisse im Angriff und die extrem hohe Fehlerquote von 31 Fehlversuchen im Spiel gegen die „DDR". Paul Tiedemann, Verbandstrainer der „*DDR*", nennt die Ursache für die Angriffsschäche der DHB-Auswahl: „Sie findet keine Mittel gegen eine offensiv deckende Abwehr und verfällt zu leicht in Unsicherheiten."

Wenn sie jedoch *schnell zu ihrem* Spiel findet, wenn gleich die ersten Aktionen gelingen, dann kann sich die deutsche Mannschaft in einen regelrechten Rausch spielen und jeden *Gegner bezwingen. Im Spiel* gegen die UdSSR hat sie es angedeutet. Beim 23:16-Sieg kam alles zusammen, was eine großartige Mannschaftsleistung ausmacht. Zuschauer: 9000 Besucher in der Dortmunder Westfalenhalle bildeten die Rekordkulisse aller 20 Supercup-Spiele. *Torwart:* Andreas Thiel steigerte sich zu absoluter Weltklasseform. Abwehr: Weniger Mißverständnisse als in den anderen Spielen. Angriff: Keine Ausfälle, fast blindes Verständnis, hohe Trefferquote. Spielmacher: Erhard Wunderlich bot erstmals eine Superleistung – genial als Anspieler und sicher im Torwurf. Trainer: Simon Schobel ließ die Mannschaft in beinahe unveränderter *Besetzung bis kurz vor Schluß* durchspielen. Gegner: Die UdSSR spielte nur mit ihrer zweiten Mannschaft. Kreisläufer Rymanow und Rückraumspieler Anpilogow waren erst gar nicht aufgestellt. Sokol, Gopin und Schewzow spielten nur sporadisch, Nowitzki wurde bei einem seiner *Kurz-Einsätze verletzt.* Und Trainer Jewtuschenko zeigte Verständnis für den deutschen Veranstalter: „Es wäre auch ein finanzieller Verlust gewesen, wenn die Gastgeber nicht in das Halbfianle gekommen wären. Ich habe endlich auch einmal meine zweite Garnitur im Härtetest gesehen. Und sie hat verloren, gut."

So waren letztlich alle zufrieden. Simon Schobel freute sich: „Wir haben zwar sehr viel Substanz gelassen, aber psychologisch war unser absoluter Höhepunkt immens wichtig." Die Zuschauer wurden mit einem zufriedenen Gefühl auf die eisglatten Straßen rund um Dortmund geschickt, und die UdSSR hatte sich den beschwerlichen Weg *zum Halbfinale* nach Bremerhaven erspart. Es war ein Turnier mit einigen Phasen Weltklasse-Handball, in denen die Trainer ihre Karten noch nicht aufdeckten. „Für die WM hat jeder noch eine Überraschung zu Hause", kündigte CSSR-Trainer Vojtech Mares an.

SPRINGREITEN / Jetzt zählt nur noch die WM

Weltcup – Parforcejagd hinter der Mark her?

dpa/sid, Berlin

Die Weltmeisterschaft im Juli in *Aachen ist den Schockemöhle,* Pyrah, Simon, Koof oder Luther wichtiger als das achte Weltcup-Finale im April in Göteborg. Auf die Weltmeisterschaft in der Soers bereiten sie ihre besten Pferde systematisch vor – am Weltcup mit seinen zehn Qualifikationsturnieren nehmen sie teil, um sich ein möglichst großes Stück aus dem Zwei-Millionen-Mark-Kuchen herauszuschneiden. Notfalls auch mit der *zweiten Garnitur ihrer Pferde,* wenn es sich machen läßt. Der Beweis dafür war wieder einmal das Turnier von Berlin.

Weltmeister Norbert Koof aus Willich erklärt unmißverständlich: „Ich versuche, mich mit Domlerche und Wallenstein für Göteborg zu qualifizieren. Wenn es nicht klappt, ist es auch nicht weiter schlimm. Fire wird nicht im Weltcup eingesetzt. Fire wird für die Weltmeisterschaft vorbereitet. Das zählt für mich." Und der Österreicher Hugo Simon, der hinter jeder Mark herreitet, stellt fest: „Natürlich interessiert mich der Weltcup, aber Weltcup-Sieger war ich 1979 schon einmal, Weltmeister noch nie. Damit ist für mich die Richtung gegeben."

Drastisch stellt der vorjährige deutsche Meister Karsten Huck fest: „Ich nehme nur am Berliner Weltcup-Springen teil. Für meine Stute *Lugana ist das alles viel zu schwer.* Aber ich kenne noch mehr Reiter, deren Pferde nicht besser als Lugana sind. Doch die wissen das nicht, die sehen nur das Geld. Was sie mit ihren *Pferden machen, müssen diese Reiter* selbst verantworten."

Ausgerechnet der dreimalige Europameister Paul Schockemöhle aber, der mehr Weltcup-Springen und mehr Geld für die europäischen Reiter gefordert und sogar mit dem Boykott des Finales in Göteborg durch die europäischen Profis gedroht hatte, macht jetzt einen Rückzieher. Vom Boykott ist keine Rede mehr, die radikale Erweiterung des Weltcup-Programms ist abgelehnt worden, und mit der Solidarität der Profis gegenüber den Organisatoren, die Paul Schockemöhle beschworen hatte, ist es *auch nicht weit her.* Hauptsponsor Volvo hatte erklärt, mit allen Forderungen einverstanden zu sein, „aber nicht mit uns als Geldgeber".

Zwei deutsche Springreiter allerdings strahlen Selbstsicherheit und Unbekümmertheit aus: Michael Rüping, der mehrere *starke Pferde* hat, und Achaz von Buchwaldt, der die Weltcup-Organisatoren in große Verlegenheit gebracht hat. Michael Rüping: „Erst mal zählt für mich der Weltcup. Ich habe gute Pferde und will mich für Göteborg qualifizieren. Und dann kommt die Weltmeisterschaft. *Da werden wir weitersehen.* Beides ist für mich wichtig, beides ist zu machen. Da gibt es keine Probleme."

Ausgerechnet der 41jährige Achaz *von Buchwaldt,* 1983 Mitglied der deutschen Europameisterschafts-Equipe, die in Hickstead Bronze gewann, aber sonst immer im Schatten der prominenteren deutschen Reiter stand, hat sich praktisch schon für Göteborg qualifiziert. Achaz von Buchwaldt hat mit großem Erfolg, fast unbemerkt von der deutschen Öffentlichkeit, an drei Weltcup-Turnieren in Südamerika teilgenommen und führt jetzt in der Südamerikazone so souverän, daß ihn die Brasilianer *für Göteborg benennen* wollen. Dazu Weltcup-Direktor Max Ammann: „Wir haben doch die Südamerika-Weltcup-Liga nicht gegründet, damit sich dort die Europäer leichte Punkte holen und qualifizieren. Darüber ist das letzte Wort noch nicht gesprochen."

GALOPP

Acatenango ausgezeichnet

MICHAEL PLAYER, Köln/Tokio

Zum Galopper des Jahres wählte das Fernsehpublikum den dreijährigen Hengst Acatenango aus dem Gestüt Fährhof in Sottrum bei Bremen. *Auf den Derby-Sieger, der auch* bei fünf weiteren Starts in diesem Jahr ohne Niederlage blieb, entfielen 48,8 Prozent der 331 712 abgegebenen Stimmen. Mit einer Jahresgewinnsumme von 550 025 Mark ist Acatenango auch in finanzieller Hinsicht der erfolgreichste Galopper der Saison. Für das Gestüt Fährhof des Kafferösters Walther Jacobs, das in den letzten drei Jahren auf einer nie dagewesenen Woge des Erfolges reitet, ist es der erste Gewinn bei der bereits seit 1957 *durchgeführten Wahl zum* Galopper des Jahres. Bei der Proklamation des Titelträgers im Rahmen der gestrigen ARD-Sportschau gaben Besitzer Jacobs und Trainer Heinz Jentzsch bekannt, daß Acatenango in der nächsten Saison voraussichtlich auch in ausländischen Prüfungen aufgeboten werden soll.

Den zweiten Platz bei der Wahl be*legte mit dem dreijährigen Lirung* gleich ein weiterer Fährhofer (25,9 Prozent der Stimmen), knapp vor Gestüt Röttgens Daun, der gestern noch einen Start beim 5. Japan-Cup in Tokio absolvierte. In dieser 2400-m-Prüfung belegte der Vierjährige den fünften Platz und war mit Patrick Gilson *im Sattel damit erfolgreichster europäischer* Vertreter. Für seine Plazierung erhält das Gestüt Röttgen noch 90 000 Mark.

TENNIS

Kohde ist verletzt

sid/dpa, Melbourne

Die 74. „Australian Open" sind schon vor dem ersten Ballwechsel von ungewöhnlicher Hektik geprägt. Denn diesmal ist im Kampf um 1,48 Millionen Dollar Preisgelder alles am Start, was im internationalen Tennissport Rang und Namen hat. Schillerndste *Figur* ist freilich auch in Melbourne Boris Becker, der im Vorjahr in Australien als fast Unbekannter startete und erst nach einer Viertelfinal-Niederlage gegen den Amerikaner *Testerman das Turnier beenden* mußte.

Becker trifft in seinem ersten Einzel am Mittwoch auf den Gewinner der Partie zwischen Wolfgang Popp aus Neuss *und dem Holländer* Schapers.

Claudia Kohde aus Saarbrücken muß hingegen um ihren Einsatz in Melbourne bangen. Beim Turnier in *Sydney zog sie sich kurz vor ihrem* Halbfinal-Spiel gegen Hana Mandlikova (CSSR) eine schwere Bauchmuskelzerrung zu, verdrehte sich obendrein das linke Knie – und verlor 0:6 und 5:7. Im Finale revanchierte sich Martina Navratilova mit 3:6, 6:1 und 6:2 über Hana Mandlikova für ihre *Niederlage* bei den offenen amerikanischen Meisterschaften in Flushing Meadow.

Beim internationalen Turnier in Wien verlor Michael Westphal nach seinem 6:4, 6:3-Sieg über Anders Jarryd (Schweden) im Viertelfinale gegen dessen Landsmann Gunnarsson nach nur 48 Minuten mit 1:6, 2:6.

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

GOLF

Europapokal der Landesmeister in Aloha-Marbella/Spanien mit 21 Teams *aus 20 Ländern,* Endstand nach 72 Löchern: 1. Real GC El Prat Barcelona 606 Schläge, 2. Helsingtur GC (Dänemark) 609, 3. Racing Club Paris 611, 4. Reykjavikur GC (Island) 616, 5.–6. Claudeboye GC (Irland), Royal Zoute GC (Belgien) je 617, 7. Porterspark GC (England) 620, 8.–10. Grans sur Sierre GC (Schweiz), Hamburger GC Falkenstein, Wiener GC alle 625, 11. Hubbelrather GC 628. – *Einzelwertung* (Standard 74/Par 72): 1. Viador (Spanien) 74+73+73+74=294, 2. Rasmussen (Dänemark) 75+74+73+76=298, 3. Dupas (Frankreich) 73+78+73+80=304 und Petursson (Island) 80+72+77+75=304. – Falkensteiner: 8. Schuchmann 77+74+76+84=311, 28. Pagel 82+79+79+80=320, 40. Huschke 77+85+80+83=325. – Hubbelrather: 8. *Schlig 76+80+75+80=311,* 28. Schieffer 86+77+72+85=320, 55. Hübner 90+83+82+82=337 von 62 Konkurrenten. – **World Cup** in La Quinta, US-Bundesstaat Kalifornien, Stand nach der dritten Runde: 1. Kanada 413 Schläge, 2. USA 418, 3. England 420, 4. Japan 424, ... 21. Deutschland (Gideon, Kessler) 454.

EISHOCKEY

Bundesliga, 19. Spieltag: Kaufbeuren – Düsseldorf 6:4, Landshut – Iserlohn 8:5, Köln – Rießersee 9:1, Mannheim – Schwenningen 8:4, Bayreuth – Rosenheim 1:2.

FUSSBALL

„DDR"-Oberliga, 11. Spieltag: Erfurt – Karl-Marx-Stadt 2:3, Zwickau – Brandenburg 1:3, Frankfurt – Dynamo Berlin 2:1, Jena – Dresden 2:0, Riesa – Lok Leipzig 0:2, Union Berlin – Rostock 3:2, Aue – Magdeburg 1:0. – Tabellenspitze: 1- Dynamo Berlin 17:5, 2. Dresden 15:7, 3. Jena 14:8, 4. Brandenburg 13:9. – **Erste englische Division,** 18. Spieltag: Birmingham – Liverpool 0:2, Chelsea – Aston 2:1, Coventry – West Ham 0:1, Everton – Nottingham 1:1, Leicester – Manchester United 3:0, *Manchester City* – Newcastle 1:0, Oxford – Ipswich 4:3, Sheffield – Southampton 2:1, Tottenham – Queens Park 1:1, Watford – *Luton* 1:2, Bromwich – Arsenal 0:0. – Tabellenspitze: 1. Manchester United 35:10 Tore/42 Punkte, 2. Liverpool 41:17/40, 3. Chelsea 30:19/36, 4. West Ham 31:19/35.

BASKETBALL

Bundesliga, Damen, 10. Spieltag: Porz/Hennef – Barmen 67:68, Düsseldorf – München 76:46, Heidenheim – Osterfeld 69:72.

HANDBALL

Super-Cup, Herren, Vorrunde: Rumänien – Schweden 26:23, Jugoslawien – „DDR" 23:23, Dänemark – CSSR 20:30, Deutschland – UdSSR 23:16. – *Halbfinale: Dänemark – Jugoslawien* 21:23, Deutschland – „DDR" 18:26, CSSR – Schweden 31:26, UdSSR – Rumänien 26:26 (23:23, 20:20, 12:6) nach zweimaliger Verlängerung, 4:2 im Siebenmeterschießen. – Spiel um Platz fünf: Jugoslawien – CSSR 28:27; Spiel um Platz sieben: Schweden – Dänemark 20:21.

HOCKEY

„Champions Trophy", Herren in Perth/Australien: Deutschland – Australien 1:2, Deutschland – Holland 3:3, England – Pakistan 1:1, England – Indien 2:1, Pakistan – Australien 3:1. – Abschluß: 1. Australien 8:2, 2. England 6:4, *3. Deutschland 5:5, 4. Pakistan 5:5,* 5. Holland 3:7, 6. Indien 3:7. – **Bundesliga,** Damen, Gruppe Süd: Hanau – Frankenthal 7:4, BW Köln – Düsseldorf 11:4, Frankfurt – Bad Kreuznach 13:5, Leverkusen – Duisburg 5:4.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, 8. Spieltag: Steinhagen – Düsseldorf 8:8, Altena – Grenzau 2:9, Jülich – Bremen 9:2, Heusenstamm – Reutlingen 0:9. – Nachholspiel: Jülich – Heusenstamm 9:2. – **Damen,** 8. Spieltag: Frankfurt – Ahlem 9:1, Stuttgart – *Donauwörth 7:9, Reinickendorf* – Saarbrücken 3:9.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren: Berlin – Fort. Bonn 3:2, Dachau – Hamburg 0:3, Paderborn – Leverkusen 3:1, Friedrichs*hafen – Celle 3:1.* – *Damen:* Rüsselsheim – Augsburg 1:3, Feuerbach – Münster 0:3, Oythe – Stuttgart 3:0, *Vilsbiburg* – Berlin 2:3.

RINGEN

Endrunde DM, Gruppe A: Aschaffenburg – Reilingen 21:13, Wiesental – Schifferstadt 17:22. – Gruppe B: Urloffen – Witten 15:22, Aldenhoven – Aalen 17:22.

TURNEN

„Chunichi-Cup" in Nagoya, Japan, Männer, Kür-Sechskampf: 1. Pei (China) *57,80* Punkte, 2. Yamawaki (Japan) 57,75, 3. Shan (China) 57,70, ... 12. Aguilar (Deutschland) 54,45. – **Frauen,** Kür-Vierkampf: 1. Popa (Rumänien) und Ricna (CSSR) beide 38,90.

BOXEN

63. Deutsche Amateur-Meisterschaft in Mainz, Finale: Halbfliegen (48 kg): Dubielzig (Wolfsburg) 5:0-PS – Müller (Hamburg); Fliegen (51 kg): Kamm (Neumarkt) 5:0-PS – Besken (Dortmund); Bantam (54 kg): Maczuga (Stockstadt) 5:0-PS – Gailer (Nürnberg); Feder (57 kg): Gertel (Worms) 3:2-PS – Hainzer (Hausham); Leicht (60 kg): Gies (Kaiserslautern) Aufgabe s. 2. Rd. – Häusl (Traunstein); Halbwelter (63,5 kg): Tencer (Kostheim) 4:1-PS – Junger (Berlin); Welter (67 kg): Gertel (Worms) 4:1-PS – Künzler (Karlsruhe); Halbmittel (71 kg): Nieroba (*Gelsenkirchen*) 5:0-PS – Herrmann (Gunzenhausen); Mittel (75 kg): Ottke (Berlin) 4:1-PS – Zielonka (Düren); Halbschwer (81 kg): Bott (Karlsruhe) 4:1-PS – Spürgin (Hamburg); Schwer (91 kg): Schwab (Heidelberg) 5:0-PS – Künstler (Alsfeld); Superschwer (+ 91 kg): Hussing (Mülheim) 5:0-PS – Geuß (Kulmbach).

SEGELN

WM der olympischen Starboot-Klasse vor Nassau/Bahamas, sechste und letzte Wettfahrt: 1. Gorla/Peraboni (Italien), 2. Buchan/Erickson (USA), 3. Fritz/Hösch (Deutschland). – Endstand: 1. Buchan/Erickson 30,7 Punkte, 2. Bakker/Vanderberg *(Holland)* 38,4, 3. Cayard/Keefe 40,4, 4. Diaz/Duane (alle USA) 48,7, 5. Fritz/Hösch.

REITEN

Internationales Mächtigkeitsspringen in Berlin: 1. Wiltfang (Deutsch*land) mit Wiland und Frühmann* (Österreich) mit Ferdl je 0 Fehlerpunkte, 3. Wiltfang mit Gordon, Pessoa (Brasilien) mit Miss Moet, Schewe (Deutschland) mit Elrond, Simon (Österreich) mit Gräfin und Luther (Deutschland) mit Landrätin je 4. – **Nationale S-Dressur:** Klimke (Münster) mit Pascal 880,0 Punkte, 2. Lange (Pforzheim) mit Caracas 878,0.

SCHACH

Mannschafts-WM in Luzern, 7. Runde: Deutschland – Frankreich 1:3, *zwei* Hängepartien, England – Argentinien 1,5:2,5 zwei Hängepartien, Schweiz – Ungarn 1,5:2,5 zwei Hängepartien, Afrika – UdSSR 0:4 zwei Hängepartien, Rumänien – China 2,5:1,5 zwei Hängepartien. – Stand: 1. UdSSR 26,5 vier Hängepartien, 2. Ungarn 25,5 drei Hängepartien, 3. England 25,0 drei Hängepartien, ... 9. Deutschland 17,0 drei Hängepartien.

RAD

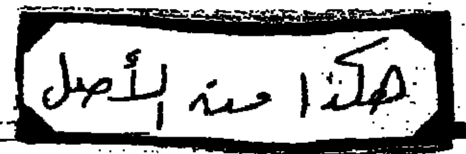
DM im Zweier-Mannschaftsfahren in Köln, 75 km in 1:36,18 Std.: 1. Donike/Messerschmidt (Worringen/Stuttgart) 29 Punkte, drei Rd. zur. 2: Kappes/Günther (Bremen/Berlin) 31, vier Rd. zur. 3. Röhrich/Schäfer (Köln) 10.

EISSCHNELLAUF

Weltpokal in Trondheim/Norwegen, Herren, 500 m: 1. Jansen 38,88 Sek., 2. Henriksen 39,18, 3. Thometz (alle USA) 39,19, ... 9. Oberhuber 39,59, ... 13. Streb 40,01, ... 18. Gawenus 40,85 (alle Deutschland). – *1000 m:* 1. Jansen 1:17,72, ... 8. Streb 1:19,71, ... 12. Gawenus 1:21,20, ... 16. Oberhuber 1:22,00. – 1500 m: 1. Bengtsson (Schweden) 2:00,68, ... 16. Baltes 2:06,44, ... 18. Lemcke (beide Deutschland) 2:06,75.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 8, 15, 31, 38, 39, 48, Zusatzzahl: 24. – **Spiel 77:** 0 4 9 1 8 3 8. – **Toto, Elferwette:** 1, 1, 2, 1, 0, 2, 1, 0, 2, 2, 1. – **Glücksspirale,** Endziffern: 9, 18, 977, 4796, 22555, 472038. – Los-Nummer: 3845696, 6257033, 9694054. – Prämienziehung: 285149, 359869, 451629. (Ohne Gewähr).



Pankraz, Budapest und das seichte Salonstück

In Budapest geht heute das sogenannte KSZE-Kulturforum zu Ende. Das Datum wäre kaum des Aufhebens wert, hätte es nicht einige das Forum begleitende, „illegale" Nebenveranstaltungen gegeben, auf denen sich ost- und ostmitteleuropäische Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler höchst ungeschminkt und präzise zu Fragen der Zeit und der aktuellen Politik äußerten. Wegen dieser Äußerungen lohnte sich die Reise nach Budapest.

Was dem westlichen Beobachter an ihnen auffiel: Obwohl durch die Bank in privater Verantwortung und ohne Abstimmung mit irgendwem vorgetragen, zeichneten sie sich durch einen großen Gleichklang der Meinungen und der Rhetorik aus. Da gab es keine wahrnehmbaren Unterschiede zwischen rechts und links, zwischen Katholik und Atheist, zwischen Ungar, Pole und Rumäne, zwischen Lyriker und Soziologe. Offenbar ist in Ost- und Ostmitteleuropa ein ganz bestimmter Intellektuellentyp im Entstehen, der über weltanschauliche, fachliche und auch nationale Grenzen hinweg sehr leicht zu politischer Gemeinsamkeit findet, ja, die Gemeinsamkeit in politischer Absicht ausdrücklich herstellt.

Der Westen dürfte *gut daran tun*, sich so schnell wie möglich auf diesen „östlichen" Intellektuellen einzurichten und ihn als ernstzunehmende politische Kraft zu respektieren. Das gilt nicht zuletzt für die vielen politisierenden Linksintellektuellen im Westen, besonders in der Bundesrepublik, die immer noch und immer wieder versuchen, bei Begegnungen mit östlichen Intellektuellen zwischen „guten" (sprich linken) und „bösen" (sprich rechten) Gesprächspartnern zu unterscheiden, „zwischen den Solschenizyns und den Václav Havels", wie es so falsch wie schnöde heißt, zwischen „verbissenen Antikommunisten" und „kritischen Sozialisten".

Es ist das verlorene Liebesmüh. Bei wirklich wichtigen Fragen ordnen sich die östlichen „Linken", die Michniks und Zagajewskis, die Václav Havel und György Konrád, nahtlos in den allgemeinen Zug ein, nicht aus Opportunismus oder vordergründiger Taktik, nicht einmal aus bloßer Solidarität, sondern weil er den elementaren Erfahrungen und der unter Schmerzen *erarbeiteten* Überzeugung auch dieser Intellektuellen entspricht.

Was sind das für Erfahrungen und Überzeugungen? An erster Stelle steht stets, wenn Pankraz richtig zugehört hat, die vollkommene Desillusionierung über die marxistisch-kommunistische Glaubens- und Staatsdoktrin. Der östliche Intellektuelle erwartet nichts mehr vom Marxismus-Kommunismus, auch nichts von der Theorie. *Die hat er längst als Zwangsinstrument* und sinnlos-magische Beschwörungsformel erlitten und durchschaut und kann nur noch müde und bitter lächeln angesichts westlicher Versuche, wenigstens Teile davon zu retten.

Mit fast noch größerer Bitterkeit reagiert er auf die von Moskau inaugurierte und im Westen vielfach nachgebetete Formel, daß es „im Interesse des Friedens" wichtig sei, in Europa den Status quo anzuerkennen und sich mit „Jalta" abzufinden. „Jalta" ist für ihn ein rotes Tuch, und zwar sehr zu Recht, denn hinter dem Wort verbirgt sich faktisch alles, was ihn demütigt und unterdrückt: die vorenthaltene Selbstbestimmung, die fremde Willkürherrschaft, das künstliche Abgeschnittensein *von gesamteuropäischen* Grundwerten und Traditionen.

Der östliche Intellektuelle mißtraut abgrundtief allen Verträgen, die der Westen mit dem Kreml schließt, allen Absprachen und Willensbekundungen, wie sie jetzt wieder in Genf laut wurden. Allzu große Einigkeit zwischen Washington und Moskau, so weiß er, geht immer auf seine Kosten. Er hat Angst, daß sich der „dumme, gutgläubige Westen" von den Kommunisten aufs Kreuz legen läßt. Die ungeheure, systembedingte Militarisierung des Ostens tagtäglich vor Augen, wünscht er sich einen militärisch starken Westen. Nichts überzeugt ihn mehr als Reagans SDI, also der Plan, die „plumpen" Raketen der Moskowiter gegebenenfalls mit raffiniertester, eben „typisch westlicher" Technik schon beim Anflug auszuschalten.

Das alles bedeutet freilich nicht, daß der östliche Intellektuelle dem Westen unkritisch gegenüberstünde; er setzt nur die Akzente anders als unsere hiesigen Linksintellektuellen. Typisch dafür war die Rede des ungarischen Dramatikers István Czurka während eines der „illegalen" Nebentreffen in Budapest. Czurka sagte, die liberale Demokratie, so wie sie im Westen im Augenblick praktiziert werde, komme ihm vor wie ein Drama von Sophokles oder Shakespeare, das man in eine seichte französische Salonkomödie *umfunktioniert* habe. Damit ist in der Tat der entscheidende Punkt bezeichnet.

Der östliche Intellektuelle zeigt sich oft abgestoßen von der Art, wie man im Westen mit dem Rechtsstaat, mit der Freiheit und der Demokratie umgeht. Was für ihn einzige Hoffnung und heiligstes Gut ist, wird hier – und zwar besonders gern gerade aus Auch-Intellektuellen – schneidend mißachtet und verhöhnt. Statt mit den teuren Gütern klug hauszuhalten, werden sie leichtsinnig verschleudert und mittels wildester Provokationen ununterbrochen auf ihre „Belastbarkeit" getestet. „*Sie wissen gar nicht, was sie haben*", meinte in Budapest achselzuckend György Konrád im Hinblick auf solche Exzesse.

Pankraz kann darüber nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Sicherlich, die Freiheit erfährt man dadurch, daß man sie in Anspruch nimmt, und die Lautstärke ihrer Verächter bestätigt nur ihren Rang. Aber schon der Gedanke, daß diese gleiche Freiheit direkt nebenan im europäischen Haus nur noch ein ferner Horizont der Hoffnung ist und man sich „die Eintrittskarte zu ihr mit Blut erkaufen muß" (Czurka), sollte alle Verantwortungsbewußten zum sorgsamen Umgang mit ihr veranlassen. Nur so können wir auf die Dauer auch „Jalta" und die Raketen überwinden.

Pankraz

„Sie haben wie ein Mensch gespielt!" – Gruß an den Pianisten Wilhelm Kempff zum 90. Geburtstag

Von den Einflüsterungen der Schönheit

Selbst „unter dem Zimbelstern" läßt es sich irren, dem Orgelregister, das dem Titel hergab zu den Jugenderinnerungen des Organistensohnes und -enkels Wilhelm Kempff, der als Doyen der deutschen Pianisten heute seinen neunzigsten Geburtstag feiert. Der „Zimbelstern" ist *offensichtlich ein* besonders glückliches Zeichen. Unter ihm irren aber kann man dennoch. Denn nicht erst im März 1917 gingen die Römer in Kempffens sinfonischer „Hermannsschlacht" mit Mann und Maus unter, wie Kempff (in seinem im Piper Verlag soeben neuaufgelegten „Unter dem Zimbelstern") fröhlich erzählt. Die Niederlage für beide, Römer wie Kempff, erfolgte auf den Tag genau schon am 13. Januar im Berliner Beethovensaal.

„Die Hermannsschlacht, ein Vorspiel mit Männerchor und Luren", streckte nach Kempffs gutgelaunten Bericht die Hörer reihenweis nieder, leider freilich in Lachkrämpfen. *Denn der Potsdamer Sängerchor sah* sich aus unerfindlichen Gründen fahrlässigerweise in den Gewölben des Saals eingeschlossen, und der wackere Hermann Henze am Pult konnte sich abrackern, wie er wollte, er dirigierte nur mörderisches Schweigen herauf.

Wo war der Chor geblieben? Das fragten sich am nächsten Tag mit mitleidsvoller Häme die Zeitungen. Derweil dampfte der Landsturmmann Kempff, zweiundzwanzig Jahre jung, *in die Kaserne nach Groß-Breesen* zurück – und einer großen musikalischen Zukunft entgegen, wenn auch nicht gerade als Komponist.

In Wilhelm Kempff verehrt und feiert die Welt einen Pianisten, dessen musikalisches Deutschtum nie in Deutschtümelei ausartete: in jene eigentümliche Gewichtigkeitsverfettung des Ausdrucks, die noch jedem Sechzehntel allen Tiefsinn der Welt aufzudrücken versucht. Aber auch pianistische Nüchternheit, gern zur Werktreue hochgelobt, war Kempffs Sache nicht. Er war ein erfindungsreich freier Geist, entdeckungsfreudig am Klavier wie auch fern von den Tasten. Er hat sich bis ins hohe Alter (erst mit 85, in Paris, zog er sich vom Podium zurück) eine glückliche Spontaneität bewahrt, die es ihm gestattete, der Routine ein Schnippchen zu schlagen. Er erhielt sich Impulsivität am Klavier, verstand es, die Gunst der Stunde zu nutzen. Er war unabhängig von ihr, aber er segelte hörbar *gern mit dem Wind frischer Inspiration*.



Gourmet der Klaviermusik: Wilhelm Kempff, der sich vor fünf Jahren vom Podium zurückgezogen hat FOTO: HEINZ WIESELER/DPA

Der konnte von überall wehen und Kempffs Spiel hoch hinauftragen, das Wunder zünden, die Unvergeßlichkeit. Ich erinnere mich eines Konzerts, das er eines Nachts unter offenem tunesischem Himmel gab, im Hof eines alten Palastes, umstellt von Geheimnis und Ehrwürdigkeit. Elisabeth Schwarzkopf sang, aber was und wie schön sie auch sang, es schien fehl am arabischen Platze, Wien in die Wüste zu verschlagen.

Den zweiten Teil des Konzerts bestritt Wilhelm Kempff. Als er sich anschickte, das behelfsmäßige Künstlerzimmer zu verlassen, hielt ihn der tunesische Türhüter erschrocken zurück: „Wo wollen Sie hin?" – „Auf's Podium. Ich bin jetzt dran." – „Allein? – Sie haben ja Mut!"

Den hatte Kempff immer – und noch viel mehr. Er spielte mit einer inneren Begeisterungsfähigkeit, die nie zu erlöschen schien. Er ließ sich von der Gnade des *Augenblicks* gern überwältigen. Er stand jeder Einflüsterung zusätzlicher Schönheit offen, doch hielt er die Stücke, die er unter den Fingern hatte, aus jeder improvisatorischen Läßlichkeit strikt heraus. Er gab sich gern preis dem glücklichen Moment. Die Werke hütete er wie mit Argusaugen.

Aus diesen subtilen inneren Auseinandersetzungen zwischen Werk und Mensch ziehen Kempffs Darstellungen einzigartig Gewinn. Sie blühen auf unter seinen Händen. Sie besitzen Charme; eine unübliche Eleganz bei aller ihr innewohnender Nachdenklichkeit. Sie wirken nie intellektuell kühl, eher *warmblütig* durchgeistet. Gefühl und Verstand ergänzen sich.

Kempff ist so etwas wie die Übersetzung Arthur Rubinsteins ins Deutsche: ein Grandseigneur, repräsentativ und witzig zugleich, seiner Sache und seiner selbst auf entschiedene, aber biegsame Art sicher. Ein Deutscher mit der Weltmusik als einzigem Vaterland und daher keinen Hymnen geneigt, nicht einmal denen, die man auf ihn selbst sang.

Er war und ist ein Mann der Heiterkeit und Vernunft, aber der Bewunderungsfähigkeit auch, und die *gilt nicht einzig und allein* Beethoven. Wer ihn einseitig zum Beethoven-Spieler hinab-(oder herauf-)interpretieren will, dem antwortet er unverhohlen mit seiner Bewunderung für Franz Liszt und Chopin. Dazu, schließlich, war Kempff auch als Pianist zu sehr Gourmet, von gerade den verführerischsten Platten der Klaviermusik *nicht immer* wieder schlemmend zu kosten.

Man hat ihm das mitunter verübelt, als stünde jeder Klavierspieler immerfort mit jedem andern im Wettstreit, Platzhalter einer Weltrangliste im Chopin-, Liszt- oder Beethovenspiel. Noch immer aber spielt man selbst Beethoven nicht für das Guinness-Buch der Rekorde, wer denn am Ende der tiefste ist.

Kempff spielte Schumann mit nervöser Hellsichtigkeit für die irrlichternden Stimmungen, die auf einzigartig klavierpoetische Weise unter seinen Händen zu Gebilden zusammenschossen, die immer ein Zentimeterchen über den Tasten zu liegen schienen und deren es nur mit geradezu irrsinnigem Bedacht habhaft werden gelang wie in einem Akt der Beschwörung. Kempff machte aber *auch noch den vernachlässigsten* Sonatensatz Schuberts ohne jede eigene Wichtigtuerei wichtig. Soviel er auch spielte, er spielte sich niemals auf.

Der fünfjährige Wilhelm hatte seinerzeit in Jüterbog an Weihnachten schon empfunden, „daß Gottvater noch selbstens auf Erden nach dem Rechten sah". Und wenn der ältere Wilhelm Kempff vielleicht später in dieser Ansicht mitunter ins Wanken geriet, so blieb sie doch offenbar, was das Klavierspiel betraf, für ihn ewig gültig. *Er erkannte so etwas wie den* Anteil Gottes an der Musik, und den versuchte Kempff unermüdlich, wenn auch mit wechselndem Erfolg, hörbar zu machen.

Wodurch? – Darüber hat Jean Sibelius Auskunft gegeben. Nach dem privaten Vortrag der Hammerklaviersonate sagte der Zweiundneunzigjährige zu Kempff: „Sie haben nicht wie ein Pianist gespielt, sondern wie ein Mensch." KLAUS GEITEL

Fortsetzung folgt: Uraufführung von Herbert Achternbuschs „Weg" an den Münchner Kammerspielen

Was in Dallas das Öl, ist in Breitenbach der Mist

Endlich, mit fast dreistündigem Gebarme mit beschränkter Haftung, *röchelt Achternbuschs bleiche* Oma zum letzten Mal. Die zwei Marsmenschen, nein, es *sind* trippelnde Grillen, legen sie aufs Totenbrett. Es *folgen, nicht* enden wollend, die von ungeduldigen Buhs unterbrochenen Jammerlaute einer fernöstlichen Totenklage. Da erscheint, nach einer Beifallssalve für das Ensemble, der (von „Theater heute" gewählte) „Theaterautor des Jahres" und hängt doch seinem verkauzten, verkuhwedelten Stück-Werk eine neunte, ganz persönliche Szene an. Mit Schlapphut, als Operettenfigur zwischen Gasparone und schwarzem Sheriff, stiefelt er die Rampe entlang. Reckt *die Faust (könnte heißen: „Siegen tun mir eh!")*. Zeigt dann ringsum mit Daumen und Zeigefinger: „So klein seid's!" und grimassiert an der flachen Hand sowas wie: „Weg'blasen g'hört's!" Gegenstimmen aus dem Publikum: „Gehirntumor!" und als Titel-Retourkutsche: „Weg! Weg!"

Ist das nun, uraufgeführt in den Münchner Kammerspielen, die Fortsetzung der Bierbichler-Revolte (der Schauspieler verlas am Vortag im Residenztheater eine private politische *Erklärung*)? *Fallen sie zurück* ins Theater-Mißverständnis der 68er, die einmal geglaubt haben, dieses „rückständige Medium" müßte umfunktioniert werden zum politischen Bekenner-Forum für Schauspieler, denen auf der Bühne die Ausübung ihres Berufs nicht mehr genügt?

Den Fans ist die schon mehrfach ausgeschlachtete Familie so vertraut wie bei „Dallas" (denen ihr Öl ist den anderen ihr Misthaufen). *Starring* diesmal: Annamirl Bierbichler als Herberts Oma, viel zu jung und daher mit einer grauen Perücke, Brille und zunehmend eckigen Bewegungen mehr künstlich als künstlerisch gealtert. Sie werkelt, brabbelt und kritzelt in ihrer Breitenbacher Wohnküche, die Gunter Freyse mit Achternbuschs Spezial-Symbolik ausgestattet hat. Darunter ein paar Pferdeköpfe (?) – denen sie womöglich, weil größer, das Denken überlassen? Wer hier eintritt, stößt an eine Kuhglocke, das urig bäuerliche Auftrittsmotiv also.

Es fängt damit an, daß die Oma Unmengen von Hamsterware bei dem vor Schüttelfrost schier verzitternden Herbert im Bett versteckt, so *daß fünf volltrunkene Polizisten* nichts finden, außer zwei alte Semmeln im Mieder der Oma. Eine Nummer wie für den Touristen-Bedarf im alten Münchner Platzl. Aber gespielt als Kasperltheater mit Wegwerfstil-Ehrgeiz. Hat Achternbusch hier etwa vorbildlich gezeigt, wie die Texte des Jahres-Autors zu lesen wären? Nicht mit dem letzten Ernst, sondern als Vorschlag zum Blödeln für Anfänger?

Das täuscht. Nach der erbarmenswürdigen Zitter-Nummer (was steht der Kammerspiel-Schatz Irene Clarin als Kind Herbert alles durch!) spricht aus Annamirl Bierbichler das warme, aber tonlose Herz einer Oma, die aus der aufdringlich sozial-realistischen „Heidi"-Neufassung einer Laiengruppe stammen könnte. Schlichter Blick *und* perlendes „R". *Still going* resch. Und ein schulmädchenhaftes Geleier, wenn sie an Tochter Luise diese naiv-genauen Aufsatzbriefe schreibt, voller dörflichem Trödel und Klatsch und Essen und Ängsten ... was ja alles richtig gesehen und ein bißchen larmoyant dahingenörgelt sein mag. Doch noch soviel Fakten-Kleinkram führt *unweigerlich* zu der Frage: na und? Sollte es sich um eine Heimatdichtung handeln, die nicht ganz dicht ist?

Irene Clarin, die den Herbert nervös blinzelnd und manchmal mit einem Abglanz des jungen Buster Keaton spielt, hat ihre dankbarste Szene beim Malen eines Mädchenportraits, wenn sie Vergleiche mit dem Haar sucht und verwirft – da glänzt auch Achternbuschs Hohn auf den unbehelflichen Kunst-Intellekt.

Als Mutter Luise muß Gabi Geist beim Weihnachtsessen eine Horror-Pantomime an Affektiertheit liefern (offenbar als Herberts Erinnerung). Martin Flörchinger ist als Metzger wie als Postbote wohl aus demselben Grund ein ungeheuerlicher Dorf-Mythos. Und Josef Bierbichler, der „Gust" vom Residenztheater, zieht seine kurze Alte-Manns-Nummer so rotnasig-verbiestert ab, als wollte er hier den besseren Weg finden zum aktuellen Polit-Clown des Abends. Das als Kammerspiel? Nein danke!

ARMIN EICHHOLZ

Chouraquis Film „Duett zu dritt" mit der Deneuve

Pop-Konzert mit Tarzan

Die Story ist banal, ohne große Sensations- oder Schockelemente: Ein Mann, Schriftsteller mittleren Alters und mittlerer Qualität, verläßt seine Frau und seine zwei Kinder, um wieder in Schwung *zu kommen* oder wie immer man das nennen mag, was Männer zur Flucht aus dem Ehekäfig treibt. Die Frau, Konzertagentin mittleren Alters und mittleren Erfolgs, findet einen jungen Lover, einen Pop-Musikus, den man auch nicht gerade als Genie bezeichnen kann. Ein Trio der Mittelmäßigkeit also, das sich mit kaum minder durchschnittlicher Leidenschaftlichkeit aneinander zu reiben beginnt. „Duett zu dritt" nannte der deutsche Verleih des Franzosen Elie Chouraqui jüngsten Film „Paroles et musique", in dem sich Catherine Deneuve mit dem soften Tarzan-Typ Christopher Lambert liiert.

Die Franzosen, man weiß es, verstehen es gemeinhin perfekt, eine Alltagsgeschichte mit Drei- oder Vierecksverschränkungen auf entzükkend beiläufige und unsentimentale Art zu erzählen. Zwischen Beobachtung und Reflexion schieben sie statt Pseudotiefsinn einfach ein kleines, rasches Lächeln, das selbst frivole Anspielungen nicht als Schamlosigkeit erscheinen läßt. Einer der bestechendsten Meister dieser eleganten Distanzierungskünste ist ohne Zweifel *Eric Rohmer*. Doch *hat sich der* heute 35jährige Elie Chouraqui nicht an ihm, sondern an einem seiner seichteren Kollegen orientiert, an Claude Lelouch, dem der ehemalige „France Soir"-Sportjournalist einst als Assistent diente, bevor er seine eigene Regisseurskarriere begann.

So hat sein Film zwar eine leichte, improvisatorische Gangart und auch handwerklichen Pfiff, das geistreich kalkulierte Pointenspiel, die subtilere Aufsplittung und Analyse der Gefühle, die *uns Rohmer filmisch* so unvergleichlich in Vollmondnächten und anderen Gestirns-Konstellationen vorexerziert, gehen ihm jedoch ab. Dabei ist die Deneuve, die unter mediokren Regisseuren oft so fade wirken kann, hier starker Facettierung fähig. Sie spielt die verlassene, irritierte und doch keineswegs zerbrechende Margaux *mit* jener sensiblen Härte und attraktiven Impulsivität, die die Figur souverän aus der Gefahrenzone des schwammigen Kitsches heraushält.

Der Franko-Amerikaner Christopher Lambert, nach seinen Tarzan-Aventüren Frankreichs neuer Superstar, zieht da ungleich blassere Spuren. Er turnt zwar mit jungmännlichem Charme und langmähniger Schlaksigkeit durch die Pariser Liebesangelegenheit, die vom geflüchteten Ehemann aus New York immer wieder eifersüchtig konterkariert wird, aber seine schauspielerische Ausstrahlung ist ohne Langzeitwirkung. Ja, mitunter wird er von seinem musikalischen Partner, dem aus „Wahl der Waffen" und „Am Rande der Nacht" bestens bekannten Richard Anconina, an die Wand gespielt.

Und die Pop-Duette, mit denen die beiden Sanges-Freunde ihre Karriere und die Stimmung der Kinogänger anzuheizen versuchen? Sie sind recht hübsch, aber doch ohne jene treibende Kraft, die den Film über den Unterhaltungsdurchschnitt zu erheben vermöchte. KLÄRE WARNECKE

Renoir: „Auf dem Wege zum Konservatorium", 1877, aus der Stuttgarter Ausstellung FOTO: KATALOG

Sammlung Reader's Digest zu Gast in Stuttgart: „Pariser Kunst seit Renoir"

Freuden einer Gärtnerin aus Liebe

Die Ausstellung ist bezaubernd schön, ihr Titel freilich nicht unbedingt korrekt. Er verspricht „Pariser Kunst seit Renoir". Aber Renoir ist nicht der älteste der hier präsentierten Künstler; Pissarro, Manet, Monet, auch Degas waren zum Teil erheblich älter. Doch abgesehen von den Lebensdaten, die gewiß keine entscheidende Rolle spielen, setzt die Ausstellung auch entwicklungsgeschichtlich vor Renoir ein, mit Manet nämlich, der gemeinhin allzu unbedenklich dem Impressionismus zugerechnet wird; in Wahrheit hat er ihn entscheidend vorbereitet, sich später aber nie den Impressionisten angeschlossen.

Sie waren alle miteinander befreundet, mehr oder weniger, haben sich gegenseitig angeregt, ermuntert oder auch kritisiert; Paris war damals ein Tummelplatz der künstlerischen Individualitäten und Temperamente. So spiegelt es sich auch in dieser Ausstellung in der Stuttgarter Galerie Valentien wider. „Renoir" bezeichnet einen Zeitraum; auf exakte Kunstgeschichte kommt es nicht an. Leicht ließe sich auch an dieser Auswahl die Reihenfolge der Ismen verfolgen vom Impressionis*mus* über den Neo-Impressionismus, die Nabis bis zum Fauvismus, die fließenden Übergänge der einzelnen Stilrichtungen und ihr allmähliches Verschwinden, dazwischen die großen Einzelgänger, Cézanne, van Gogh, Gauguin, später Brancusi, Picasso.

Aber das spielt hier keine Rolle: jedenfalls hat es die Sammler nicht in erster Linie interessiert. Es handelt sich bei dieser Ausstellung – die vorher bereits in mehreren amerikanischen Städten zu sehen war und anschließend noch in London, Mailand und Paris gezeigt wird – nämlich um eine Auswahl aus der Sammlung des Ehepaares DeWitt Wallace und Lila Acheson Wallace, der Gründer von „Reader's Digest". Es ist eine im ursprünglichen Wortsinn Liebhaber-Sammlung. Vornehmlich Mrs. Wallace hat diese Bilder- und Skulpturensammlung, wenn man so will, „planlos" zusammengetragen, indem sie *Kunstwerke der letzten hundert* Jahre erwarb, in die sie sich nach eigenem Geständnis „verliebt" hatte.

Die Auswahl bildet ein Kabinett erlesener Kostbarkeiten, beiläufig auch ein Stück Kunstgeschichte von den subtilen Farbgeweben der Impressionisten bis zu den kräftigen Pinselzügen der Fauves; im wesentli*chen vereinigt sie Einzelwerke faszi*nierender Malerei.

Die Vorlieben der Sammlerin sind unverkennbar. Sie liebt Blumen und Gärten. Mit ihrer finanziellen Hilfe, nebenbei, konnte der Garten Monets mit seinem berühmten Seerosenteich in Giverny wiederhergestellt werden. Eine „Seerosenstudie" Monets ist auch in der Ausstellung zu sehen, neben Manets Gemälde einer „Jungen Frau im Blumengarten", die übrigens die Frau des Malerfreundes Monet darstellt. Von diesem sind weiterhin ein blühender Obstgarten und ein blühender Wiesenpfad zu sehen, von Bonnard, van Gogh, Vlaminck, Vuillard, Matisse und Braque Blumenstilleben, von Chagall ein zauberhaftes Bild mit Blumen, Engeln, Musikanten, Tieren und einem Liebespaar. Von hier ist, mit Prousts Hilfe, leicht der Übergang zu finden zu dem „Zauber junger Mädchenblüte", wie er uns aus den Bildern von Renoir, Degas, Berthe Morisot und Modigliani berührt.

Landschaften von Monet, Cézanne, Gauguin, Bonnard, Sisley, Pissarro, van Gogh, Seurat und Soutine, ein Stadtbild (Chartres) von Utrillo vervollständigen das Ensemble, das durch charakteristische Werke von Brancusi, Giacometti und Picasso auch einige skulpturale Akzente erhält. (Bis 30. Nov.; Kat. 23.50 Mark)

EO PLUNIEN

JOURNAL

Fassbinder-Stück: Doch Aufführungen?

dpa, Köln

Beim Frankfurter Schauspiel gibt es „Überlegungen", das nach Protesten aus jüdischen Kreisen wiederholt abgesetzte Theaterstück „Der Müll, die Stadt und der Tod" von Rainer Werner Fassbinder vom Jahreswechsel an in Frankfurt im Rahmen sogenannter geschlossener Aufführungen zu zeigen. Das deutete der Dramaturg dieser Inszenierung, Heiko Hohlfleisch, in Köln an. Vereinigungen wie die „Dramaturgische Gesellschaft" oder „Die Akademie der Darstellenden Künste" könnten diese Aufführungen kaufen, um sie so ihren Mitgliedern zugänglich zu machen. Erklärtes Ziel aber bleibe es, die Inszenierung später öffentlich vorzuführen. Der Intendant des Frankfurter Schauspiels, Günther Rühle, sprach von „Gesprächen" über geschlossene Aufführungen, die „jedoch noch nicht weiter gediehen" seien. Im Grunde seien aber geschlossene Vorführungen „ein übliches Verfahren, das nur in den letzten 30 Jahren nicht mehr praktiziert wurde, weil es um Theaterinszenierungen keine Konflikte mehr gegeben *hatte*", betonte Rühle.

Landesarchiv erwarb Hans-Habe-Nachlaß

dpa, Berlin

Den Nachlaß des 1977 gestorbenen Schriftstellers und Journalisten Hans Habe hat der Berliner Kultursenator mit Unterstützung der Stiftung Preußische Seehandlung jetzt für das Landesarchiv Berlin erworben. Habe schrieb unter anderem die *Romane „Die Mission"* und „Das Netz" sowie den Bericht „Der Tod in Texas" über die Ermordung John F. Kennedys.

Konferenz zum Jubiläum des Fontane-Archivs

dpa, Berlin

Das staatliche Theodor-Fontane-Archiv in Potsdam besteht im Dezember 50 Jahre. Aus diesem Anlaß findet im Juni nächsten Jahres in *Potsdam eine internationale Fontane*-Konferenz statt, zu der Anmeldungen von Fontane-Forschern aus zahlreichen Ländern vorliegen. Das Archiv besitzt mehr als 2600 Bände Literatur von und über Fontane.

Stefan Pauls Argentinien-Film

dpa, Tübingen

Der Tübinger „Arsenal"-Kinobesitzer und Filmemacher Stefan Paul *wird mit seinem Streifen* „Sera posible el Sur" auf drei Filmfestivals vertreten sein. In dieser Woche nimmt Paul in seinem Geburtsort Leipzig am viertägigen Internationalen Spiel- und Dokumentarfilm-Festival teil. Anschließend ist der Film bei den Filmfestspielen in Rio de Janeiro und später in Havanna im Wettbewerb zu sehen. Der Film begleitet die argentinische Sängerin Mercedes Sosa auf einer Konzerttournee durch ihre Heimat.

Gegen Enzensbergers „Fidelio"-Fassung

dpa, Leipzig

Als einen „ebenso ärgerlichen wie folgenreichen Mißgriff" bezeichnete die „DDR"-Zeitung „Der Morgen" eine Neuinszenierung von Beethovens Oper „Fidelio" in der Textfassung von Hans Magnus Enzensberger, mit der das neue Leipziger Opernhaus sein 25jähriges Be*stehen feierte. Die Zeitung nannte* Enzensbergers Bearbeitung, die damit ihre „DDR"-Erstaufführung erlebte, „unseriös". Die „gestelzt versimpelte Textfassung" führen einen lehrerhaft erklärenden Sprecher ein, der die Oper in „das Reich des Scheins" verbanne, wurde kritisiert. Dieser „fragwürdigen Manipulierung" werde, „zu allem Überfluß noch die Beethovensche Ouvertüre geopfert".

UN für Rückerstattung von Kunstwerken

AFP, New York

Die Generalversammlung der *Vereinten Nationen hat sich mit 123* Stimmen bei 15 Enthaltungen zum zehntenmal innerhalb der letzten zwölf Jahre für die Rückgabe von Kunstwerken an ihre Ursprungsländer ausgesprochen. Die Resolution war von 13 afrikanischen Staaten sowie von Ecuador vorgelegt worden. Nur die westlichen Länder *enthielten sich ihrer Stimme*. Der Delegierte Großbritanniens, das die Rückgabe des Parthenon-Frieses an Griechenland ablehnt, begründete die Haltung Londons damit, daß der Fries auf legalem Weg erworben worden sei.

Henri Vincenot †

AFP, Dijon

Im Alter von 73 Jahren starb in Dijon der französische Schriftsteller Henri Vincenot. Im Mittelpunkt seiner Romane („Le Pape des Escargots", „La billebaude", „Je fus un saint", „Les Chevaliers du Chaudron", „Walther, ce boche mon ami") standen das Leben und die Traditionen in seiner burgundischen Heimat.

Gletscherfloh und Gipfelstürmer

In Fritz Moravec' Kinderkletterschule Kaprun-Großglockner lernen die Kleinen mühelos das Kraxeln

Zum Thema „Berge – letzte Zuflucht" veranstaltet die Naturfreunde-Internationale in Zusammenarbeit mit Ruhr-Universität und Stadt vom 28. bis 30. November in Bochum einen Alpin-Kongreß. Der Wiener Bergprofessor Fritz Moravec ist Leiter der Veranstaltung, zu deren Auftakt ein Symposion über „Unfallverhütung in den Bergen" stattfindet. Dabei wird insbesondere auf Moravec' „Kinderseilschaft" eingegangen, die durch Ausbildung von Zehn- bis Dreizehnjährigen die Zahl von Kinder-Unfällen in den Bergen zu senken versucht. Die WELT hat im Sommer Moravec' Hochgebirgsschule Glockner-Kaprun besucht.

Von WALTER H. RUEB

„Gerhard, laß die Absätze fallen! Martin, belaste die ganze Sohle. Renate, die Arme strekken und mit dem Körper weg vom Fels! Nicht springen, die Füße nicht kanten. Ja, jetzt ist es richtig, Renate."

Professor Fritz Moravec ist ein Pionier auf dem Gebiet des Kinder-Bergsteigens. Geduldig leitet der bärtige Himalaya-Veteran ein Dutzend zehnjährige Mädchen und Jungen an. Sie tummeln sich unweit der Hochgebirgsschule Glockner-Kaprun in einer Heimatfilm-Szenerie, Bergstiefel an den Füßen, Begeisterung in den Augen und Schutzhelm auf dem Kopf.

Der 63jährige Wiener Bergprofessor – der Professorentitel wurde ihm 1968 vom österreichischen Bundespräsidenten für seine Verdienste um das Bergsteigen verliehen – begründet seine Initiative einleuchtend: „Jedes Jahr verunglücken im europäischen Alpenraum beinahe 200 Kinder und Jugendliche beim Bergsteigen. Allein in Österreich sterben jährlich 70 Kinder bei tödlichen Bergunfällen."

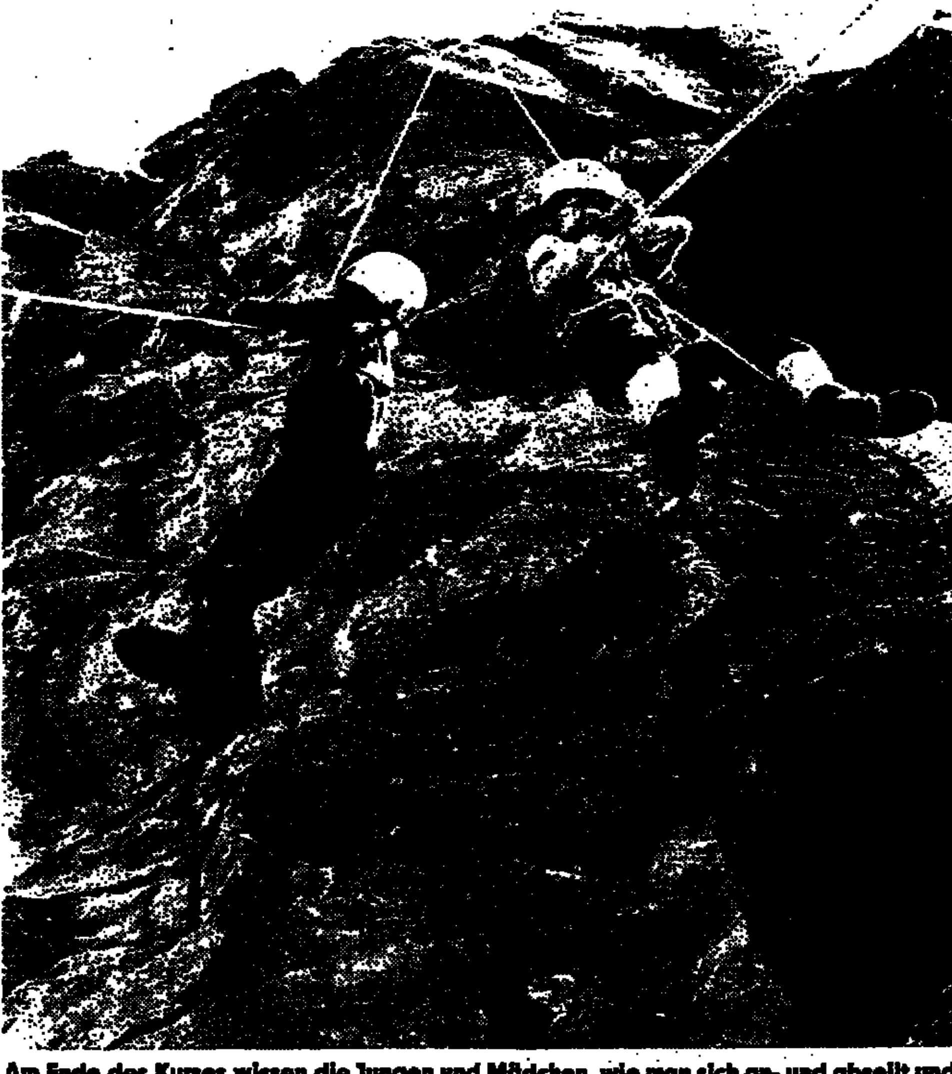
Moravec' Initiative ist es zu danken, daß heute auch andere Alpinschulen Kinderkurse im Programm haben; der Deutsche Alpenverein beispielsweise führt alljährlich Ausbildungskurse im Felsklettern und Eisgehen für Kinder und Jugendliche von zehn bis 20 Jahren durch.

Moravec aber war der erste, der unter dem Motto „Sicherheit am Berg kann man lernen" bereits Zehnjährigen natürliches Verhalten im Hochgebirge beibrachte, ihnen „Expeditionserlebnisse" in Fels, Eis und Firn vermittelte und mit einem Lehrplan aufhorchen ließ, der vom Seilknoten bis zum „Alpinen Quiz" und vom „Kraxeln" bis zum Iglu-Bau reicht. Und von ihm stammen die Bezeichnungen „Schneeigel", „Gletscherfloh", „Eistiger" und „Gipfelstürmer", die den Kindern auf dem über 2000 Meter hoch gelegenen Mooserboden, oberhalb der berühmtesten Hochgebirgs-Stauseen Österreichs, bald Spaß, bald Kummer bereiten. Die Bezeichnungen stehen nämlich für die verschiedenen Alters- und Leistungsgruppen, in die er die Mitglieder seiner inzwischen berühmten Kinderseilschaften einteilt – ungeachtet der Sehnsucht vieler, statt eines „Schneeigels" gleich ein zünftiger „Gipfelstürmer" zu sein ...

„Wir züchten keine Super-Bergsteiger heran", stellt Moravec fest. Der Erstbesteiger des Karakorum-Achttausenders Gasherbrum II möchte ganz andere Ziele erreichen. Toni Hiebeler, der kürzlich verstorbene weltberühmte Bergsteiger-Kollege, beschrieb sie seinerzeit so: „Am Ende einer Woche wissen Mädchen und Jungen nicht nur, wie man sich an- und abseilt, wie man klettert, wie man das Gleichgewicht auch an schwierigen Stellen bewahrt und wie man sich gefährliche Firnhänge untertan macht – sie kennen auch das zwischenmenschliche Erlebnis und das Gefühl des Zusammengehörens."

Das ABC des Bergsteigens wird den Kindern fernab kritischer Augen von Vätern und ängstlicher Blicke von Müttern beigebracht. Alles lernen sie spielend, und der Bergprofessor ist auch für die Kleinsten nur der „Fritz". Gelacht wird viel, gespielt fast unentwegt. „Fritz" ist großzügig, geduldig, in Fragen der Sicherheit jedoch unnachgiebig und konsequent. „Helm ab gibt es nicht", sagt er immer wieder – selbst wenn unter den orangen und roten Kopfbedeckungen Schweißperlen fließen und die Riemen drükken.

Gestärkt, gesund und entschlossen zur Wiederkehr nehmen die Zehn- bis Dreizehnjährigen vom Mooserboden Abschied – die meisten ohne zu wissen, bei welch berühmtem Mann sie ihre ersten Schritte in die Bergwelt unternahmen. Immerhin war der gelernte Kfz-Mechaniker, Maschinenbau-Student, Gebirgsjäger, Kriegsgefangene, Gewerbeinspektor, Berufsschullehrer, Staatspreisträger für Jugendliteratur, Bergfilmer, Referent, Redakteur, Kongreß-Veranstalter und heutige Leiter der Hochgebirgsschule Glockner-Kaprun in jüngeren Jahren bei acht Expeditionen zum Himalaya, zwei nach Spitzbergen, vier nach Kenia und einer zum südamerikanischen Aconcagua dabei.



Am Ende des Kurses wissen die Jungen und Mädchen, wie man sich an- und abseilt und stets das Gleichgewicht bewahrt FOTO: WALTER H. RUEB

Drei Tote bei Zugunglück in der „DDR"

dpa, Berlin

Bei einem Zugunglück in der „DDR" sind am Wochenende drei Menschen ums Leben gekommen, 19 wurden verletzt. Von den Verunglückten erlitten fünf schwere Verletzungen. Auf der Strecke Neubrandenburg–Friedland waren nach Angaben der Nachrichtenagentur ADN am Samstag zwei Güterzüge, wovon einer Personenwagen mitführte, zusammengestoßen. Menschliches Versagen war die Ursache des Unglücks. Erst vor gut einem Monat hatte ein Eisenbahnunglück bei Magdeburg zwölf Todesopfer und etwa 40 Verletzte gefordert. Damals prallte ein Personenzug mit einer entgegenkommenden Diesellok zusammen.

Ausnahmezustand

dpa/UPI, Philadelphia

Wegen befürchteter Rassenunruhen hat der Bürgermeister von Philadelphia den Ausnahmezustand über einen Teil der Stadt verhängt. Dort hatten Hunderte von weißen Einwohnern gegen den Zuzug von drei schwarzen Familien in einer nur von Weißen bewohnten Gegend protestiert. Der Ausnahmezustand solle zwei Wochen dauern, sagte Bürgermeister Wilson Goode, selbst ein Schwarzer.

Schwimmendes Casino

dpa, Graz/Genua

Das italienische Kreuzfahrtschiff „Achille Lauro", das durch einen Terrorakt von Palästinensern zu trauriger Berühmtheit gelangte, wurde zu einem schwimmenden Casino. Wie der Generaldirektor der Casinos Austria, Leo Wallner, am Wochenende mitteilte, lief die „Achille Lauro" am Freitag abend mit einem österreichischen Spielcasino an Bord aus dem Hafen Genua Richtung Indischer Ozean aus.

Großbrand in Fabrik

AP, Göttingen

Auf mehr als eine Million Mark wird der Schaden geschätzt, der in der Nacht zum Sonntag bei einem Großbrand in der Zuckerfabrik in Nörten-Hardenberg bei Göttingen ausbrach. Nach Angaben der Polizei wurde die Transport- und Förderanlage vernichtet. Brandursache sei vermutlich ein technischer Defekt.

Zusätzliche Züge

dpa, Frankfurt

Die Deutsche Bundesbahn (DB) wird vom 12. Dezember bis 13. Januar 488 Entlastungszüge im Fernreiseverkehr einsetzen. Das teilte ein Sprecher der DB-Hauptverwaltung am Samstag in Frankfurt mit. Von den 488 Zügen werden 179 im Bundesgebiet und 255 auf den Strecken in die europäischen Nachbarländer eingesetzt. Nach West-Berlin sowie in die „DDR" fahren 19 zusätzliche Züge.

Menuhin geehrt

SAD, Paris

Der amerikanische Violinvirtuose Yehudi Menuhin wurde vom französischen Kulturminister in den Stand des Großen Offiziers der Ehrenlegion erhoben. Die außergewöhnliche Auszeichnung wurde bisher sehr selten einem ausländischen Künstler zuteil. Menuhin wird den Orden bei seinem nächsten Aufenthalt in Frankreich Anfang Dezember erhalten.

Der Winter bleibt

dpa, Hamburg

An den überraschend früh eingekehrten winterlichen Verhältnissen in Stadt und Land wird sich vorerst nichts ändern. Die Meteorologen rechnen mit mehr Schnee. Bei Temperaturen um null Grad und niedriger lag die Bundesrepublik Deutschland auch am Wochenende unter Schnee und Eis. Größere Unfälle ereigneten sich nicht. Zum Skilaufen reichen die Schneemassen bislang nur an wenigen Stellen aus.

„Einen würdigen Tod"

Kongreß über Sterbehilfe / Problematik des Kunstherzens

DW./ww. Frankfurt/New York

Der international bekannte Herzspezialist Professor Christiaan Barnard hat sich am Samstag für passive und aktive Sterbehilfe durch den Arzt ausgesprochen. Auf dem 5. Europäischen Kongreß der Deutschen Gesellschaft für humanes Sterben sagte Barnard, es sei „die Pflicht des Arztes, die Lebensqualität zu verbessern", nicht aber, das Leben um jeden Preis zu verlängern. Er selbst habe niemals Herzen verpflanzt, um das Leben zu verlängern, sondern ausschließlich, um die Lebensqualität der Patienten zu verbessern, indem er sie von der ständigen Atemnot und den damit verbundenen Ängsten befreit habe.

Barnard sprach sich dafür aus, die Entscheidung über Zeitpunkt und Art der Sterbehilfe dem Arzt zu überlassen. Zum Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient gehöre die „Fähigkeit des Arztes, dem Patienten ein gutes Leben und einen würdigen Tod zu verschaffen".

Seit einem Jahr lebt der Amerikaner William S. Schroeder mit dem Jarvik-7-Herzen, das ihm Ärzte am „Humana Hospital Audubon" in Louisville (Kentucky) am 25. November 1984 einpflanzten. Dieses Kunstherz ist an einen großen Kompressor außerhalb des Körpers angeschlossen. Schroeder hätte ohne Operation nur noch kurze Zeit zu leben gehabt.

Zunehmend wird deutlich, daß Schroeder als ein medizinischer Testfall anzusehen ist. Er sei geradezu ein Symbol der Kunstherz-Problematik, nicht aber ein Symbol der Hoffnung und Zuversicht, die das Jarvik-Herz eigentlich verkörpern sollte, meinen Kritiker.

Drei Schlaganfälle, die offensichtlich Hirnschädigungen zur Folge hatten, haben Schroeders Sprach- und Erinnerungsvermögen in Mitleidenschaft gezogen. Er ist kaum noch in der Lage, seine Familie zu erkennen, und er leidet an Gedächtnisschwund. Schlimmer noch: Er soll geäußert haben, es wäre wohl besser gewesen, er wäre gestorben. Seine Frau bestätigt dies indirekt mit den Worten: „Er dachte, er würde entweder bei der Operation sterben – oder ein besseres Leben führen können als vor der Operation. Hätte er alles vorausgesehen ... hätte er sich vielleicht gar nicht operieren lassen."

Ein frischer „Kosakenzipfel" oder Loriots Perfektionismus

HANNE-L. HEILMANN, Aachen

Wer bislang ihre Existenz leugnete, wird eines Besseren belehrt. Es gibt sie tatsächlich, und sogar anschauen kann man sie: den Lottogewinner Herrn Lindemann, die Jodelschülerin Frau Hoppenstedt und den Restaurantbesucher, dem „ins Essen gequatscht wird". Im Stadttheater Aachen stehen sie bis Ende Dezember auf der Bühne; gezeigt werden „Loriots dramatische Werke", der Spielplan nennt sie neben Goethes „Faust" und Beethovens „Fidelio".

Nicht als Interpret, sondern als Regisseur seiner eigenen Stücke hat Vicco von Bülow sechs Wochen mit den Aachener Schauspielern seine – dem deutschen Fernsehpublikum hinreichend bekannten – Sketche geprobt. Und als Perfektionist, der Komik von detaillierter Planung bestimmt sieht, gab er sich nicht mit normalen Theaterrequisiten zufrieden. Das Mokka-Trüffel-Parfait mit einem Zitronencrème-Bällchen, das als „Kosakenzipfel" eine auf einem Campingplatz bei Klagenfurt geschlossene Freundschaft beendet, wird von einem Aachener Café für jede Vorstellung frisch zubereitet; ebenso wie die Käsesahne-Torte, deren Verzehrzwang bei der Ankunft von „Mutters Klavier" den Panislowskischen Enkeln Übelkeit bereitet. Realismus auch beim „Bettenkauf": Das Modell Allegro mit kreuzweise verspannten Federmuffen sowie die Doppelliege Presto mit dreifachem Federkern und Polyesterauflage wird von einem Geschäft geborgt.

Zu seinen schönsten beruflichen Erfahrungen zählt Vicco von Bülow diese Theaterarbeit. Doch bei allem Perfektionismus zeigt sich eine *Schwierigkeit: Zu groß ist zuweilen* für die Schauspieler die Versuchung, nicht nur ihre Rollen, sondern gleichzeitig auch Vicco von Bülow zu spielen. Erst wenn die Distanzierung vom großen Vorbild gelingt, zeigt sich: „Loriots dramatische Werke" sind wirklich bühnenreif, sie sind auf jeden Darsteller zugeschnitten.

Für die Schauspieler des Aachener Stadttheaters waren die Proben mit „Loriot" ein Erlebnis: Nach der Premiere schenkten sie ihm ein kleines Tischklavier und eine Urkunde, in der sie ihn baten, bei weiteren Bühneninszenierungen zuerst an ihr Ensemble zu denken.

Die Koffer sind gepackt

Jünger des Bhagwan verlassen ihre Kommune in Oregon

AFP, Rajneeshpuram

Gewaltige Probleme haben sich nach der Rückkehr des Sektenführers Bhagwan Shree Rajneesh nach Indien für seine in den Vereinigten Staaten zurückgelassenen Anhänger aufgetan. „Wir haben über die Auswirkungen seiner Abreise nachgedacht und festgestellt, daß wir ohne ihn nicht leben können", meinte am Samstag resignierend der „Bürgermeister" der Gemeinschaft, Swami Prem Niren.

Die 1981 im US-Bundesstaat Oregon von dem Guru gegründete „Rancho Rajneesh", zu der landwirtschaftliche Nutzflächen, Hotels, ein Lehrzentrum und ein Supermarkt gehören, steht zum Verkauf. Laut Swami Prem Niren werden in zwei bis drei Wochen praktisch alle Guru-Anhänger aus der Kommune abgereist sein. Derzeit packen pro Tag zwischen 30 und 40 Bhagwan-Jünger die Koffer.

Daß den Bhagwan-Jüngern nicht nur der Lehrmeister fehlt, machte ein Sprecher der Gemeinschaft, Anand Bhagwati, deutlich. Wie er sagte, hat seit der Verhaftung des Guru im US-Bundesstaat North Carolina am 28. Oktober das Interesse an der Kommune abrupt nachgelassen. Mit dem Besucherschwund – früher waren zu den hier organisierten Festen und Sitzungen Guru-Anhänger aus der ganzen Welt angereist – ist auch die Haupteinnahmequelle der „Rajneeshes" versiegt.

Bhagwan Shree Rajneesh war Mitte November wegen Verstoßes gegen das amerikanische Einwanderungsgesetz in Portland (Oregon) zu einer Haftstrafe von zehn Jahren und einer Geldstrafe von 400 000 Dollar verurteilt worden. Die Haftstrafe wurde unter der Bedingung ausgesetzt, daß der Sektenführer die Vereinigten Staaten verläßt. Der 53jährige kehrte daraufhin nach Indien zurück, wo er einst in Poona seine Gemeinschaft gegründet hatte.

Nach Querelen mit dem indischen Fiskus war er 1981 in die USA gekommen, wo er zuletzt mit rund 2000 Anhängern lebte. Seine Sekte soll weltweit mehr als eine halbe Million Mitglieder haben, die sich nun als Waisen fühlen müssen. Der Guru hat ausdrücklich darum gebeten, daß ihm niemand nach Indien folgt. Unklar ist, ob sich auch die deutschen Rajneesh-Gemeinden auflösen werden.

WETTER: Weiterhin kalt

Lage: Bei geringen Luftdruckgegensätzen bestimmt weiterhin kalte und verhältnismäßig feuchte Luft das Wetter.

Vorhersage für Montag: Überwiegend starke, nur örtlich kurz auflockernde Bewölkung, zum Teil auch neblig-trüb. Vor allem in Bayern zeitweise Schneefall, höchste Temperaturen zwischen minus 4 bis null Grad. Nachts Frost von minus 3 bis minus 8 Grad. Schwacher Wind um Ost. Weiterhin verbreitet Straßenglätte durch Schnee und Schneematsch.

Weitere Aussichten: Zunächst noch wenig Änderung.

Sonnenaufgang am Dienstag: 7.57 Uhr*, Untergang: 16.26 Uhr; **Mondaufgang:** 15.38 Uhr, Untergang: 6.50 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 25. Nov., 7 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren

Reykjavik, Haparanda, Stockholm, Hamburg, Berlin, London, Frankfurt, Paris, München, Wien, Nizza, Rom, Dubrovnik, Madrid, Lissabon, Malaga, Palma, Tunis

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Sonntag, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:

Berlin	0	Sp
Bielefeld	-1	bd
Braunlage	-1	bd
Bremen	1	bd
Dortmund	0	bd
Dresden	0	Sp
Düsseldorf	-1	bd
Erfurt	-2	Ne
Essen	-3	bd
Feldberg/S.	-8	iW
Flensburg	2	bw
Frankfurt/M.	-2	bw
Freiburg	-3	Ne
Garmisch	-2	bd
Greifswald	1	bd
Hamburg	2	bd
Hannover	0	bd
Kahler Asten	-4	iW
Kassel	-1	bw
Kempten	-3	bd
Kiel	3	bw
Koblenz	-1	be
Köln-Bonn	2	be
Konstanz	-1	bd
Leipzig	-1	Ne
List/Sylt	3	bd
Lübeck	1	bd
Mannheim	-3	bd
München	-2	Sr
Münster	-1	bd
Norderney	2	bd
Nürnberg	-3	S
Oberstdorf	-3	bd
Passau	-1	Sr
Saarbrücken	-3	he
Stuttgart	-4	bd
Trier	-1	bw
Zugspitze	-8	he

Ausland:

Algier	14	he
Amsterdam	-1	bd
Athen	19	bw
Barcelona	10	bw
Belgrad	4	R
Bordeaux	8	he
Bozen	7	he
Brüssel	-1	bd
Budapest	4	R
Bukarest	2	bd
Casablanca	14	R
Dublin	8	he
Dubrovnik	13	bw
Edinburgh	6	bw
Faro	13	bd
Florenz	11	wl
Genf	2	he
Helsinki	0	bd
Hongkong	22	he
Innsbruck	-2	bd
Istanbul	12	bd
Kairo	25	wl
Klagenfurt	2	bd
Konstanza	5	bd
Kopenhagen	3	bd
Korfu	14	R
Las Palmas	24	bw
Leningrad	-2	bd
Lissabon	9	bd
Locarno	5	bw
London	4	he
Los Angeles	20	he
Luxemburg	-2	bw
Madrid	6	bw
Mailand	5	Ne
Malaga	14	bw
Mallorca	12	bw
Moskau	-6	bd
Neapel	13	he
New York	8	be
Nizza	8	bw
Oslo	-2	he
Ostende	0	bw
Palermo	15	bw
Paris	0	S
Peking	7	wl
Prag	-1	Ne
Rhodos	20	bw
Rom	11	bw
Salzburg	1	S
Singapur	30	bw
Split	14	he
Stockholm	-1	he
Straßburg	-3	bd
Tel Aviv	25	he
Tokio	21	Rs
Tunis	15	he
Valencia	12	he
Varna	5	bd
Venedig	8	bw
Warschau	-1	bd
Wien	0	S
Zürich	-1	bd

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; iW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos

Auf dem Weg zum Mediengiganten

Silvio Berlusconi richtet ein europaweites Netz von privaten Fernsehsendern ein

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Vom Gelegenheitsfotografen bei Hochzeiten und Beerdigungen zum Antennenzar Europas – die Karriere des 48jährigen Silvio Berlusconi hat amerikanische Selfmademan-Dimensionen. Sie begann vor 25 Jahren, als sich der Sohn eines Mailänder Bankdirektors einem Bauunternehmer als Finanzierungs- und Lizenzvermittler anbot. Sie führte über den Aufbau eines eigenen Bauunternehmens, das schnell die Spitzenstellung in Mailand errang, zum Einstieg in das Massenmediengeschäft.

Sie erreichte ihren vorläufigen Höhepunkt dieser Tage, als sich Berlusconi die Beteiligung am ersten privaten Fernsehsender Frankreichs sicherte. Das von ihm anvisierte Ziel ist die Herrschaft über ein europäisches Fernsehimperium, das über Italien und Frankreich hinaus zunächst auf Spanien, dann auf die Beneluxländer, England und die Bundesrepublik ausgedehnt werden soll.

Mit Kleinigkeiten hat sich Berlusconi nie zufriedengegeben. Stets hat er das unmöglich Scheinende angestrebt. Mit Phantasie und Aggressivität hat er es bisher auch immer erreicht. Eines seiner Erfolgsrezepte bestand darin, sich nicht dem Markt zu beugen, sondern ihn zu „erfinden". Als Bauunternehmer reichte es ihm nicht, Häuser zu bauen. Er errichtete Satellitenstädte – die erste 1972 in Brugherio zwischen Mailand und Monza, dann „Mailand 2" in Segrate und „Mailand 3" in Basiglio, das „Sonnenblumen"-Handelszentrum in Lacchiarela bei Pavia und ein Touristenzentrum in Olbia auf Sardinien.

Als er sich in den siebziger Jahren von der soliden Grundlage seines Zementimperiums aus dem Informationswesen zuwandte, hielten das viele zunächst für die Laune eines allzu schnell reich gewordenen Mannes. Mit einem kleinen Anteil beteiligte er sich zuerst an der rechtsliberalen Zeitung „Giornale Nuovo". Heute ist er mit 37,5 Prozent deren größter Anteilseigner, besitzt außerdem die auflagenstärkste Illustrierte Italiens, „Sorrisi e Canzoni", eine weitere Illustrierte und ein Filmmagazin.

Dann baute er den lokalen Mailänder Privatsender „Telemilano" auf. Heute ist er der Herrscher über ein „Network", das in Europa seinesgleichen sucht und in der Zuschauerfrequenz die staatliche RAI überflügelt hat. Ihm gehören die landesweit ausstrahlenden Privatsender „Italia I", „Rete 4" und „Canale 5". Das Rezept: leichte, populäre, aber gekonnt dargebotene Kost mit viel Werbung.



Vor allem leichte Kost angeboten: Silvio Berlusconi FOTO: ZOLTAN NAGY

Seine langjährige Freundschaft mit dem Sozialistenführer Bettino Craxi half ihm, als sein neu aufgebautes privates „Network" ins Visier der politischen Kritik und der Justiz geriet. Ein Gesetzesdekret, von Regierungschef Craxi gegen allerlei Widerstände durchgedrückt, sicherte Berlusconis privater TV-Senderkette das Überleben. Selbst seine Mitgliedschaft in der Geheimloge P2 blieb für ihn ohne nachteilige Folgen.

Jetzt hat ihm Frankreichs sozialistischer Präsident Mitterrand den Einstieg ins private Fernsehen seines Landes ermöglicht, wohl um sich damit eine Plattform für den Wahlkampf '86 zu schaffen. Berlusconi sieht jedoch über solch enge Grenzen hinaus: Sobald „La Cinq", die Schwester von „Canale 5", den Sendebetrieb aufgenommen hat, kann er über den französischen Satelliten TDF 1 mit seinen Programmen und einer gewinnträchtigen Werbung 250 Millionen Zuschauer in Europa und Nordafrika erreichen – mehr Menschen, als in den USA wohnen.

ZU GUTER LETZT

„Einigermaßen verblüfft war der Direktor des Goethe-Instituts in Boston, Hans Winterberg, als ihn ein Schreiben des republikanischen Präsidentschaftskandidaten für 1988, Bob Dole, erreichte. Dole, offenbar mehr politischer Pragmatiker als literarischer Schöngeist, kam schnell zur Sache. ‚Dear Goethe', schrieb er, ‚ich freue mich, daß es mir gelungen ist, Sie persönlich auf die Einladungsliste des Republican Senatorial Inner Circle zu setzen.'" – Es stand im Bonner General-Anzeiger.